

N i e d e r s c h r i f t

**der 5. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
17.12.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:06 Uhr bis 21:09 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Teilnahmeverzeichnis

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:32 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 15:55 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ab 16:47 Uhr
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Stan Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Fabian Borggreffe	SPD-Fraktion	
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion	
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion	
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Bernward Rothe	SPD-Fraktion	ab 14:20 Uhr
Kay Senius	SPD-Fraktion	
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion	
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ann-Sophie Bohm- Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dietmar Weihrich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 16:55 Uhr
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Sabine Wolff	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Helmut-Ernst Kaßner	Stadtrat	ab 14:10 Uhr
Markus Klätte	Stadtrat	
Gisela Wagner	Stadträtin	
Gerhard Pitsch	Stadtrat	

Egbert Geier
Uwe Stäglin
Dr. Judith Marquardt
Tobias Kogge
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Anja Schneider

Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordnete
Beigeordneter
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Dr. Michael Lämmerhirt
Frank Sängler
Dr. Karamba Diaby
Katharina Hintz
Gottfried Koehn

CDU/FDP-Stadtratsfraktion
CDU/FDP-Stadtratsfraktion
SPD-Fraktion
SPD-Fraktion
SPD-Fraktion

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 5. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Herr Thomas zum Leitbild Riebeckplatz

Herr Thomas kritisierte das geplante Leitbild für den Riebeckplatz. Die halleschen Architektenbüros würden mit dem Riebeckplatzleitbild weitere Abrisse vorschlagen. Mit der heute zu erwartenden Zustimmung zum Leitbild erwarte er auch, dass die gesamte Bauverwaltung ihre ganze Kraft in den Erfolg des monumentalen Eingangstores der Stadt widmet.

Er führte aus, dass er bezüglich der Darstellung in der Beschlussvorlage, dass es keine finanziellen Auswirkungen gäbe, dies nicht nachvollziehen könne. Die finanziellen Auswirkungen des Beschlusses würden Hunderte Millionen Euro betragen.

In diesem Zusammenhang fragte er an, ob er Einsicht in die Kosten-Nutzen-Analyse des Riebeckplatzprojektes nehmen könne.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, stimmte einer Einsichtnahme in die Unterlagen zum Wettbewerbsverfahren zu. In diesem Prozess waren hallesche Architektenbüros ebenso, wie außerhalb von Halle einbezogen.

Heute gehe es aber um ein Leitbild, welches noch keine finanziellen Auswirkungen habe. Diese kommen dann, wenn einzelne Projekte konkreter werden.

Im Beschlusstext zum Leitbild sei auch erkennbar, dass sich ein Rahmenplan anschließt. Im Planungsausschuss habe man sich darüber verständigt, dass insbesondere die Frage der Geschossigkeit im Bereich des Riebeckplatzes diskutiert werden soll. Auf Basis des Rahmenplanes gehe es darum, mit einzelnen Bebauungsplänen Baurecht zu schaffen. Es sei aber dann noch nicht bestimmt, ob das geschaffene Baurecht durch die Stadt oder den Konzern Stadt ausgeschöpft wird oder ob Dritte investieren. Deshalb sei die Aussage zu den finanziellen Auswirkungen richtig.

Auf Basis der mit dem Leitbild Rahmenplan und Bebauungsplan stattfindenden Baumaßnahmen gäbe es jedoch finanzielle Auswirkungen, welche aber nicht originär bei der Stadt lägen.

Herr Beigeordneter Stäglin schlug Herrn Thomas vor, sich in einem Termin im Fachbereich Planen die Unterlagen zum Prozess für die Erarbeitung des Leitbildes Riebeckplatz vorstellen zu lassen.

Zum Thema Möglichkeiten für Wohnbebauung teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass in der Konkretisierung der Entwürfe das Thema enthalten sei, auch innerhalb der Weiterentwicklung des Leitbildes Riebeckplatz.

Des Weiteren bat **Herr Thomas** um die Einsichtnahme in den Kosten-Nutzen-Analyse der großräumigen Bedeutung des Böllberger Weges Nord und die Auswirkung des Bauabrisses des Künstlerhauses 188.

Herr Beigeordneter Stäglin verwies auf sein Angebot eines Gesprächstermins mit Herrn Thomas.

Bezüglich des Künstlerhauses 188 wurden in den entsprechenden Stadtratsvorlagen die für den jeweiligen Bereich zuständigen finanziellen Auswirkungen dargestellt.

Herr Fritz zum TOP 10.1 Quartalsbericht Stadtbahnprogramm

Herr Fritz bezog sich in seinen Ausführungen auf den Tagesordnungspunkt 10.1. Quartalsbericht zum Stadtbahnprogramm und fragte nach, wer Eigentümer des Grundstückes Böllberger Weg 188 inklusive der Gebäude sei, ob ein Eigentumsübergang stattfand und an wen, in welcher Form.

Des Weiteren fragte er, ob der Fördermittelgeber den Abriss finanziert bzw. wie sich dieser in der Entschädigungssumme darstellen würde.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass im Moment das Thema nördlicher Teil des Böllberger Weges im Stadtbahnprogramm auf Eis liege, weil die Thematik Abbruchgenehmigung nicht geklärt sei und der Maßnahmeträger des Stadtbahnprogramms auf Erteilung einer entsprechenden Genehmigung den Klageweg beschritten hat.

Bei dem Grundstück würde es sich um ein städtisches Grundstück handeln und die weiteren Details der Finanzierung müssten vom Maßnahmeträger beantwortet werden.

Herr Fritz fragte weiter nach, in welchem Rahmen die HAVAG handelt, ob es einen Bevollmächtigungsvertrag gäbe und ob er Einsichtnahme in diesen nehmen könne.

Herr Beigeordneter Stäglin informierte darüber, dass das Agieren der HAVAG auf einer Entscheidung der Verwaltungsspitze auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses basiert. Da sich dieser Beschluss nicht verändert habe, gäbe es dementsprechend auch keine Veränderung der Grundlage für das Agieren der HAVAG.

Auf die weitere Nachfrage von **Herrn Fritz** zur Einsichtnahme in die Entscheidung der Verwaltungsspitze verwies **Herr Beigeordneter Stäglin** auf eine rechtliche Prüfung der Anfrage und sicherte zu diesem Punkt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Lange informierte darüber, dass von Vertretern einer Bürgerinitiative eine Petition zur geplanten Altreifenverwertung in Trotha übergeben werden soll.

In diesem Zusammenhang liege eine Anfrage von TV Halle vor, das Thema bzw. die Übergabe der Petition in einer entsprechenden Nachricht darzustellen. Nach Eröffnung der offiziellen Sitzung werde er die Genehmigung zur Aufzeichnung der entsprechenden Einwohnerfrage einholen.

Bürgerinitiative - Überreichung Unterschriftensammlung Reifenverbrennungsanlage

Herr Hacker bedankte sich als Vertreter der Bürgerinitiative für die Möglichkeit der Übergabe der Petition gegen die geplante Altreifenverwertung in Trotha.

Zum Stand des Projektes teilte er mit, dass bisher zwei Bürgerversammlungen stattfanden. Im Ergebnis der Bürgerversammlungen sei festzustellen, dass die Fragen nicht beantwortet worden sind. Bei Interesse könnten die Fragen unter www.fuer-halle.de eingesehen werden.

Bei Herrn Oberbürgermeister bedankte sich **Herr Hacker** für die Einladung zum Runden Tisch am 12. Januar 2015.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass er sich über eine Einladung der Stadträtinnen und Stadträte freuen würde, um mit diesen über das Für und Wider einer solchen Anlage zu sprechen.

Herr Schmidt von der Bürgerinitiative informierte darüber, dass er aus Sorge um die Gesundheit seiner Familie die Petition vor einem halben Jahr ins Netz gestellt habe. In kurzer Zeit konnte er sehr viele Unterschriften sammeln, welche das Quorum der Stadt Halle von 2.500 Stimmen bei weitem überschritten hätten. Die Zahl der Unterschriften aus der Stadt Halle würden bei knapp 6.000 liegen.

Damit seinen jetzt die Stadträte und die Verwaltung moralisch in der Pflicht, eine Stellungnahme abzugeben. Eine schriftliche Einladung erfolge noch von der Plattform.

Abschließend wurde durch die Vertreter der Bürgerinitiative die Petition mit mehr als 8.200 Stimmen aus Halle und den umliegenden Gemeinden an Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand übergeben.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 5. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 48 Mitglieder des Stadtrates (84,21 %) anwesend.

Auf die Nachfrage von **Herrn Lange**, ob es Bedenken oder Einwände gäbe, dass TV Halle den Teil der Petitionsübergabe als Nachricht verwendet und den entsprechenden Teil aus der Einwohnerfragestunde sendet, gab es keine Widersprüche.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

6.11 Neufassung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)
Vorlage: VI/2014/00295

Wurde im Fachausschuss vertagt.

7.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen
Vorlage: VI/2014/00236

Wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

- 7.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der Saalesparkasse
Vorlage: V/2014/12753
Wurde im Fachausschuss vertagt.

Herr Lange informierte, dass folgende Dringlichkeitsvorlagen auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

- 6.25 Beschluss zur Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2014 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 09. Dezember 2014
Vorlage: VI/2014/00489

Herr Bürgermeister Geier begründete die Dringlichkeit damit, dass nach dem neuen Kommunalverfassungsgesetz ein Nachtragshaushalt bis spätestens zum Ablauf des entsprechenden Haushaltsjahres bekannt gemacht sein muss. Dementsprechend sei ein Beitrittsbeschluss zeitlich im Vorlauf zu beschließen. Nach Beschlussfassung kann die Nachtragshaushaltssatzung mit dem kommenden Amtsblatt veröffentlicht und die gesetzten Fristen eingehalten werden.

Herr Lange bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2014/00489 einstimmig zugestimmt

Damit wird der Dringlichkeitsantrag unter dem TOP 6.25 behandelt.

- zu 8.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Besetzung des Bildungsausschusses mit einem sachkundigen Einwohner
Vorlage: VI/2014/00505

Herr Lange bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2014/00505 einstimmig zugestimmt

Damit wird der Dringlichkeitsantrag unter dem TOP 8.6 behandelt.

In Bezug auf den TOP

- 6.11 Neufassung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)
Vorlage: VI/2014/00295

wies **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, darauf hin, dass der zuständige Fachausschuss, der Finanzausschuss, dem Punkt in seiner Sitzung zugestimmt habe und dieser nicht vertagt wurde. Insofern müsse der Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung behandelt werden. Es sei denn, die Verwaltung ziehe die Vorlage zurück.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bestätigte die Vertagung im Finanzausschuss aufgrund der Kurzfristigkeit. Auf Wunsch einiger Mitglieder des Finanzausschusses sei kein Beschluss gefasst worden.

Herr Lange machte darauf aufmerksam, dass auch laut dem Protokoll des Finanzausschusses dieser Punkt vertagt wurde.

In Bezug auf den Haushalt wies **Herr Lange** darauf hin, dass zum Änderungsantrag des Finanzausschusses jetzt noch ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters

6.1.33.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Änderungsantrag des Ausschusses für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften (VI/2014/00490) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013" Vorlagen-Nr.:VI/2014/00158
Vorlage: VI/2014/00499

und der Änderungsantrag

6.1.34 Antrag des Stadtrates Ulrich Peinhardt (CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 - VI/2014/00158 (Breitbandkonzept)
Vorlage: VI/2014/00468

vorlägen.

Herr Dr. Meerheim merkte an, dass der Änderungsantrag 6.1.34 Bestandteil des Antrages des Finanzausschusses ist und nur rein formal aufgenommen wurde.

Des Weiteren läge noch der Antrag

6.1.6.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle(Saale) zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013
Vorlage: VI/2014/00470

vor.

Herr Lange schlug vor, dass die Fraktionen sämtliche Änderungsanträge, welche mit dem Vorschlag des Finanzausschusses subsumiert sind, zurückziehen.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, darum, den Sammelantrag vorzuziehen, um nicht bei einer Ablehnung des Gesamtantrages die Änderungsanträge zu verlieren.

Diesem Vorschlag wurde durch **Herrn Lange** zugestimmt.

Zum gleichen Thema merkte **Herrn Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, an, dass die Möglichkeit bestehen müsse, die Anträge noch einmal einzubringen.

Herr Krause machte deutlich, dass der Antrag seiner Fraktion

7.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für die Katzenkastration
Vorlage: V/2014/12728

in der Beratung zum Haushalt mit zu behandeln wäre.

Dazu stellte **Herrn Dr. Meerheim** klar, dass die Ablehnung des Antrages 7.2 Bestandteil des Kompromisses sei und der Antrag, ebenso wie der Antrag

7.4 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen*

Vorlage: VI/2014/00236

im Kompromiss enthalten wäre. Bei der Abstimmung des Paketes müsste erklärt werden, dass die Anträge 7.2 und 7.4 erledigt seien.

Herr Lange machte darauf aufmerksam, dass es jeder Fraktion unbenommen bleibe, noch einmal einen Änderungsantrag zu stellen. Er bat Herrn Krause um das Vorlegen des Änderungsantrages.

Des Weiteren informierte **Herr Lange**, dass nachfolgende Änderungen bzw. Ergänzungen auf die Tagesordnung zu setzen sind:

6.5 Besetzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse
Vorlage: VI/2014/00452

soll an den TOP

6.3 Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Landkreis Saalekreis und der Stadt Halle (Saale) über die Vereinigung der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle und der Kreissparkasse Merseburg-Querfurt und die gemeinsame Trägerschaft über die Saalesparkasse vom 5. Dezember 2007
Vorlage: VI/2014/00447

angebunden werden.

6.7 Nachmeldungen zum Maßnahmeplan der Stadt Halle vom 11.09.2013 für Investitionen nach dem Hochwasser 2013 und

Beschluss zur Höhe und Veränderung der Schadensmeldung von Fördermitteln nach der Richtlinie Hochwasser des Landes Sachsen-Anhalt zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00446

Hierzu wurde die Beschlussvorlage geändert.

6.15 Leitbild Riebeckplatz
Vorlage: VI/2014/00187

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.

6.21 1. Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (Vorlage- Nr. V/2013/11910)

2. Umsetzung bzw. Abschluss einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum folgenden Schuljahren, bis zum Schuljahr 2020/21.
Vorlage: V/2014/12788

Hierzu liegt eine Änderung im geänderten Beschlusstext vor.

7.1 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der CDU/FDP-Fraktion im Stadtrat von Halle zur Erarbeitung eines Wirtschaftskonzepts
Vorlage: VI/2014/00224

Hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor.

Herr Krause machte darauf aufmerksam, dass im Wirtschaftsausschuss der Antrag inklusive aller vorgeschlagenen Änderungen geändert wurde.

- 8.4 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI und MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Interessenbekundungsverfahren zur
Betriebung des Stadtbads
Vorlage: VI/2014/00450

Hier ist die CDU/FDP-Stadtratsfraktion als antragstellende Fraktion hinzugekommen.

- 10.4 Konzeption zu den Marketingaktivitäten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00479

und

- 10.5 Mitteilung zur Realisierung personalwirtschaftl. Maßnahmen zur Reduzierung v.
Personalaufwendungen im Zeitraum 2014-2018

liegen jetzt vor.

Herr Krause beantragte, die Tagesordnungspunkte

- 6.5 Besetzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse
Vorlage: VI/2014/00452

- 6.3 Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Landkreis Saalekreis
und der Stadt Halle (Saale) über die Vereinigung der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle
und der Kreissparkasse Merseburg-Querfurt und die gemeinsame Trägerschaft über die
Saalesparkasse vom 5. Dezember 2007
Vorlage: VI/2014/00447

zu vertagen und begründete es damit, dass die Mitglieder des Kreistages Saalekreis erst am
21. Januar 2015 die öffentlich-rechtliche Vereinbarung beschließen werden. Er machte den
Vorschlag, eine wortgleiche Beschlussvorlage zugrunde zu legen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte vom Vorschlag von Herrn Krause zu.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung auf Vertagung
der Tagesordnungspunkte 6.3 und 6.5.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung vor und **Herr Lange**,
Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der
Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften

- 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 29.10.2014
- 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 26.11.2014
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Bericht des Oberbürgermeisters
- 6. Beschlussvorlagen
- 6.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den
Beteiligungsbericht über das Jahr 2013
Vorlage: VI/2014/00158
 - Haushaltsrede Fraktionsvorsitzender Herr Krause
 - Haushaltsrede Fraktionsvorsitzender Herr Dr. Meerheim
 - Haushaltsrede Fraktionsvorsitzender Herr Bönisch
 - Haushaltsrede Fraktionsvorsitzende Frau Dr. Brock
 - Haushaltsrede Fraktionsvorsitzender Herr Wolter
 - Haushaltsrede Herr Bürgermeister Geier
- 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung
und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über
das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00432
- 6.1.2 Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie
Beschäftigung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015
sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013, VI/2014/00158
Vorlage: VI/2014/00425
- 6.1.3 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung
und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über
das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00438
- 6.1.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur
Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 -
Stellenplan" (Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00359
- 6.1.5 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur
Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 -
Stellenplan/FB Soziales (Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00368
- 6.1.6 Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und
Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das
Jahr 2013, VI/2014/00158
Vorlage: VI/2014/00395

- 6.1.6.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle(Saale) zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013
Vorlage: VI/2014/00470

- 6.1.7 Änderungsantrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 - VI/2014/00158 (Freizeitflächen)
Vorlage: VI/2014/00360

- 6.1.8 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Rüdiger Fikentscher (SPD-Fraktion) und des sachkundigen Einwohners Werner Misch zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00376

- 6.1.9 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00442

- 6.1.10 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00441

- 6.1.11 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00440

- 6.1.12 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00437

- 6.1.13 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00436

- 6.1.14 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00433

- 6.1.15 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00371

- 6.1.16 Änderungsantrag der Stadträte Harald Bartl (CDU/FDP), Dr. Annegret Bergner (CDU/FDP), Dr. Hans-Dieter Wöllenweber (CDU/FDP) und Dr. Ulrike Wünschler (CDU/FDP) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015,

VI/2014/00158
Vorlage: VI/2014/00318

- 6.1.17 ÄA der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013, VI/2014/12542
Vorlage: VI/2014/00398
- 6.1.18 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00435
- 6.1.19 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013, VI/2014/00158
Vorlage: VI/2014/00397
- 6.1.20 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00434
- 6.1.21 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zum Haushaltsplan 2015, hier GB IV, Produkt 1.36201 Jugendarbeit (Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht Vorlage VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00343
- 6.1.22 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zum Haushaltsplan 2015, hier GB IV, Produkt 1.36301 Jugendsozialarbeit (Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013, Vorlage VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00345
- 6.1.23 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zum Haushaltsplan 2015, hier des GB IV, Produkt 1.36302 Förderung der Erziehung in der Familie (Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht Vorlage VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00346
- 6.1.24 Änderungsantrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 (Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00379
- 6.1.25 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00367
- 6.1.26 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015" (Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00362

- 6.1.27 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015" (Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00387
- 6.1.28 Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 (VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00426
- 6.1.29 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158 – hier: Aufwendungen für die Unterhaltung schulischer Grundstücke und Anlagen
Vorlage: VI/2014/00356
- 6.1.30 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158 – hier: Aufwendungen für die Unterhaltung städtischer Grünflächen und Parkanlagen
Vorlage: VI/2014/00363
- 6.1.31 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158 – hier: Kulturförderung, Stadtbibliothek und Stadtmuseum
Vorlage: VI/2014/00454
- 6.1.32 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015" (Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00357
- 6.1.33 Änderungsantrag des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013" Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158 (Empfehlung)
Vorlage: VI/2014/00490
- 6.1.33.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Änderungsantrag des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften (VI/2014/00490) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013" Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158
Vorlage: VI/2014/00499
- 6.1.34 Antrag des Stadtrates Ulrich Peinhardt (CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 - VI/2014/00158 (Breitbandkonzept)
Vorlage: VI/2014/00468
- 6.2 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung
Vorlage: V/2013/12291
- 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und der

CDU/FDP-Fraktion zur Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH -
Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung (V/2013/12291)
Vorlage: V/2014/12767

- 6.3 *Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Landkreis Saalekreis und der Stadt Halle (Saale) über die Vereinigung der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle und der Kreissparkasse Merseburg-Querfurt und die gemeinsame Trägerschaft über die Saalesparkasse vom 5. Dezember 2007*
Vorlage: VI/2014/00447 vertagt
- 6.4 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung)
Vorlage: VI/2014/00455
- 6.5 *Besetzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse*
Vorlage: VI/2014/00452 vertagt
- 6.6 Teilnahme von zwei Stadträten an der 38. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 09. bis 11. Juni 2015 in Dresden
Vorlage: VI/2014/00420
- 6.7 Nachmeldungen zum Maßnahmeplan der Stadt Halle vom 11.09.2013 für Investitionen nach dem Hochwasser 2013 und

Beschluss zur Höhe und Veränderung der Schadensmeldung von Fördermitteln nach der Richtlinie Hochwasser des Landes Sachsen-Anhalt zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00446
- 6.8 Vorschlagsliste der Stadt Halle (Saale) zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die Amtszeit vom 01. Februar 2015 bis 31. Januar 2020
Vorlage: VI/2014/00385
- 6.8.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorschlagsliste der Stadt Halle (Saale) zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die Amtszeit vom 01. Februar 2015 bis 31. Januar 2010 (V: VI/2014/00385)
Vorlage: VI/2014/00513
- 6.9 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2013
Vorlage: VI/2014/00051
- 6.10 Satzung zum Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Halle (Saale) für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2014/00194
- 6.11 *Neufassung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)*
Vorlage: VI/2014/00295 vertagt
- 6.12 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2014 im Geschäftsbereich IV
Vorlage: VI/2014/00377

- 6.13 Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, Haltepunkt Rosengarten
Vorlage: VI/2014/00309
- 6.14 Einziehung von Verkehrsflächen im Bereich Steg
Vorlage: VI/2014/00298
- 6.15 Leitbild Riebeckplatz
Vorlage: VI/2014/00187
- 6.15.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Leitbild Riebeckplatz (VI/2014/00187)
Vorlage: VI/2014/00509
- 6.16 Baubeschluss - Umbaumaßnahme mit Sanierung Gebäude Radeweller Weg 13/14
Vorlage: VI/2014/00258
- 6.17 Bebauungsplan Nr. 159 „Stadteingang Riebeckplatz“ - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2014/00245
- 6.18 Einziehung einer Teilfläche der Querfurter Straße
Vorlage: VI/2014/00246
- 6.19 Widmung der Straße Am Sophienhafen
Vorlage: VI/2014/00268
- 6.20 Einziehung von Teilflächen der Straße An der Moritzkirche, gelegen vor dem Grundstück
An der Moritzkirche 1 - 4
Vorlage: VI/2014/00248
- 6.21 1. Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die
Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (Vorlage- Nr. V/2013/11910)

2. Umsetzung bzw. Abschluss einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum
folgenden Schuljahren, bis zum Schuljahr 2020/21.
Vorlage: V/2014/12788
- 6.21.1 Änderungsantrag des Sachkundigen Einwohners Ralf-Jürgen Kneissel und der Stadträtin
Dr. Ulrike Wünscher (CDU) zur Beschlussvorlage V/2014/12788 (Fortschreibung der
Schulentwicklungsplanung)
Vorlage: VI/2014/00510
- 6.22 Änderung der Satzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00321
- 6.23 Jahresabschluss 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00297
- 6.24 Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VI/2014/00079
- 6.25 Beschluss zur Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr
2014 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 09. Dezember
2014
Vorlage: VI/2014/00489

- 7. Wiedervorlage
- 7.1 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der CDU/FDP-Fraktion im Stadtrat von Halle zur Erarbeitung eines Wirtschaftskonzepts
Vorlage: VI/2014/00224
- 7.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der CDU/FDP-Fraktion im Stadtrat von Halle zur Erarbeitung eines Wirtschaftskonzepts
Vorlagen-Nummer: VI/2014/00224
Vorlage: VI/2014/00503
- 7.2 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für die Katzenkastration*
Vorlage: V/2014/12728 *abgesetzt*
- 7.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale): Beschluss des Stadtrates zur Errichtung einer Gedenk- und Informationstafel zu Ehren von Fritz Hartnagel und Alfred Bauer
Vorlage: VI/2014/00226
- 7.4 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen*
Vorlage: VI/2014/00236 *abgesetzt*
- 7.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beirat Stadtmarketing
Vorlage: VI/2014/00238
- 7.6 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erstellung einer Analyse über die Leistungsfähigkeit der Saalesparkasse*
Vorlage: V/2014/12753 *vertagt*
- 7.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Durchführung eines Gratis-Flohmarktes und einer Online-Gratis-Börse
Vorlage: VI/2014/00222
- 7.8 Antrag des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Vermeidung der örtlichen Massierung von Wahlplakaten
Vorlage: VI/2014/00211
- 8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zu Neupflanzungen von Bäumen und Sträuchern
Vorlage: VI/2014/00407
- 8.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Nutzungskonzepts für das Künstlerhaus 188
Vorlage: VI/2014/00445
- 8.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Beschlüsse zur Kleingartenkonzeption der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00448

- 8.4 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI und MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Interessenbekundungsverfahren zur
Betriebsführung des Stadtbads
Vorlage: VI/2014/00450
- 8.5 Antrag der Stadträtin Frau Wagner zur Ablehnung von Vollstreckungsmaßnahmen
Vorlage: VI/2014/00404
- 8.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur
Besetzung des Bildungsausschusses mit einem sachkundigen Einwohner
Vorlage: VI/2014/00505
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Lärmbelästigungen durch HAVAG-Trasse im Steinweg
Vorlage: VI/2014/00405
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum Paternoster im
Rathaus
Vorlage: VI/2014/00424
- 9.3 Anfrage der Stadträte Dr. Hans-Dieter Wöllenweber und Andreas Hajek (beide CDU/FDP-
Fraktion) zur Gefahrenabwehrverordnung
Vorlage: VI/2014/00381
- 9.4 Anfrage der Stadträte Dr. Hans-Dieter Wöllenweber und Andreas Hajek (beide CDU/FDP-
Fraktion) zum Leitbild Riebeckplatz
Vorlage: VI/2014/00382
- 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorbereitung
des 70. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus
Vorlage: VI/2014/00316
- 9.6 Anfragen der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Sachverhalt
"Essensteilnahme von Kindern in Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)"
Vorlage: VI/2014/00306
- 9.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Unterstützung
der Sanierung der St. Moritz-Kirche zu Halle
Vorlage: VI/2014/00429
- 9.8 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Parkplätzen im Umfeld des Geistes-
und Sozialwissenschaftlichen Zentrums
Vorlage: VI/2014/00444
- 9.9 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Versorgung mit öffentlichen
Toiletten
Vorlage: VI/2014/00451
- 9.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Überarbeitung der
Stellplatzsatzung
Vorlage: VI/2014/00449

- 9.11 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Festplatz Gimritzer Damm
Vorlage: VI/2014/00416
- 9.12 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beleuchtung von Straßen
Vorlage: VI/2014/00415
- 9.13 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu den Kitakosten und zu den nicht abgeschlossenen LQE
Vorlage: VI/2014/00419
- 9.14 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zur Einführung eines Sozial-Tickets bei der HAVAG
Vorlage: VI/2014/00414
- 9.15 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zur Sicherung des Lebensunterhalts bei Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien
Vorlage: VI/2014/00413
- 9.16 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zur beabsichtigten Erweiterung der Plätze für Asylbewerber im Stadtgebiet von Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00412
- 9.17 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zu Maßnahmen der Stadt Halle (Saale) zur schnelleren Durchsetzung von Ausreisearrangements durch Abschiebung von Asylbewerbern, deren Anträge auf Asyl abgelehnt wurde.
Vorlage: VI/2014/00411
- 9.18 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zur Finanzierung der Kosten für Unterkunft und Versorgung von Asylbewerbern, deren Antrag auf Asyl, in letzter Instanz abgelehnt wurde
Vorlage: VI/2014/00410
- 9.19 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zur Zinsbelastung im Zusammenhang mit der Finanzierung der Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00409
- 9.20 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zur Sicherheit in der Dunkelheit im Park der einheimischen Gehölze im Stadtteil Silberhöhe
Vorlage: VI/2014/00408
- 9.21 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zur Finanzierung der Kosten für Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00406
10. Mitteilungen
- 10.1 Quartalsbericht III/2014 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: VI/2014/00252
- 10.2 Turnusmäßige projektorientierte Berichterstattung des FB Bauen
Statusberichte für die Bauprojekte Radweg Kröllwitz, Haupterschließungsstraße 4. Abschnitt und ÖPNV-Schnittstelle Halle-Nietleben
Vorlage: VI/2014/00300

- 10.3 Bericht zur Suchtkrankenhilfe in der Stadt Halle (Saale) 2014
Vorlage: VI/2014/00175
- 10.4 Konzeption zu den Marketingaktivitäten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00479
- 10.5 Mitteilung zur Realisierung personalwirtschaftl. Maßnahmen zur Reduzierung v.
Personalaufwendungen im Zeitraum 2014-2018
- 11. mündliche Anfragen von Stadträten
- 12. Anregungen
- 13. Anträge auf Akteneinsicht
- 13.1 Antrag auf Akteneinsicht in Vertragsunterlagen zur Herstellung von Wegen und
Parkplatzflächen sowie zur Aufwertung eines Badestrandes im Bereich des Hufeisensees

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 29.10.2014

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 3. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.10.2014.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 26.11.2014

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 4. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 26.11.2014.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über folgende in der Stadtratssitzung am 26.11.2014 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse:

zu 4.1 Vergabebeschluss FB 50-L-03/2014: Bereitstellung und Betrieb von 50 Wohneinheiten je für bis 4 Personen nach Landesaufnahmegesetz LSA im Stadtgebiet von Halle (Saale) einschließlich der soziales und technischen Betreuung
Vorlage: VI/2014/00256

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Zuschlag an

1.) Dr. Clauß und Sohn GmbH, Krausenstraße 22, 06112 Halle

zu den Einzelpreisen 12,50 € pro belegtem Platz/Tag und 10,20 € pro unbelegtem Platz/Tag für den Leistungszeitraum 12.01.2015 bis 11.01.2018 zu erteilen

Der Auftrag kann mit einer Option um jeweils ein weiteres Jahr bis längstens zum 11.01.2020 verlängert werden.

Der Stadtrat beschließt, den Zuschlag an

2.) Stu-hous 1/2 GmbH, Ludwig- Wucherer- Str. 27, 06108 Halle

zu den Einzelpreisen 12,50 € pro belegtem Platz/Tag und 11,50 € pro unbelegtem Platz/Tag für den Leistungszeitraum 01.06.2015 bis 31.05.2018 zu erteilen.

Der Auftrag kann mit einer Option um jeweils ein weiteres Jahr bis längstens zum 31.05.2020 verlängert werden.

zu 4.2 Vergabebeschluss: FB 50-L-04/2014: Gesonderte Beratung und Betreuung von Personen gemäß Artikel 1 § 1 Abs. 1 Satz 1 Landesaufnahmegesetz LSA im Stadtgebiet von Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00273

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dem Landesverband DER PARITÄTISCHE SACHSEN-ANHALT Regionalstelle Süd zu einer Bruttosumme von 91.707,00 € bis höchstens 275.121,00 € für den Leistungszeitraum vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 mit der Option auf Verlängerung um jeweils ein Jahr bis 31.12.2017 den Zuschlag zu erteilen.

zu 4.4 Erwerb eines 1/2 Miteigentumsanteils an einem Grundstück
Vorlage: VI/2014/00037

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Erwerb des 1/2 Miteigentumsanteils an dem in der Beschlussvorlage genannten Grundstück zu den darin aufgeführten Bedingungen.

Die Umsetzung des Beschlusses steht unter dem Vorbehalt der Bestätigung des Holzplatzes (Gasometer) als Standort für den Neubau des Planetariums.

zu 4.5 Vertragliche Regelung zur Umsetzung der Liquidation des EISSPORTHALLE Halle (Saale) e.V. und Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung
Vorlage: VI/2014/00380

Beschluss:

1. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister den in der Anlage beigefügten Vertrag (Heimfall der Vertragsobjekte zum 1.12.2014 durch einvernehmliche Einigung) zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem EISPORTHALLE Halle (Saale) e.V. abzuschließen.
2. Der Stadtrat genehmigt eine überplanmäßige Auszahlung i. H. v. **150.000 €** zur Übernahme nachgewiesener Verbindlichkeiten und für Liquidationskosten des Vereins.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt monatlich über den Fortgang der Verhandlungen zu den laufenden Rechtstreitigkeiten des Vereines zu berichten und hier weitergehenden Finanzbedarf anzuzeigen.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über einen Bericht in der „Welt“. Demzufolge nimmt die Stadt Halle in einem Vergleich mit anderen Städten Platz 3 im Preis-Leistungsvergleich der Hotels in Deutschland ein. Nach dem Ranking in der „Wirtschaftswoche“ liege die Stadt im Mittelfeld und habe im Bereich Niveau den Platz 59 erreicht und sei im Bereich Dynamik von Platz 38 auf Platz 28 gestiegen. Dies stelle einen weiteren Leistungsnachweis der Stadt Halle dar.

Zum Thema Star-Park berichtete er über weiter fortschreitende Bautätigkeiten des Unternehmens Ebay. Es werde damit gerechnet, im März 2015 das Logistikzentrum zu eröffnen.

Bei den geplanten Investitionen habe es keine Veränderungen gegeben. Anhand einer Übersicht erläuterte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die Städtebaufördermittel in Höhe von 10 Mio. Euro. Die Summe verdanke man dem ausgeglichenen Haushalt.

In Bezug auf das Organigramm zum Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft erläuterte er die Veränderungen und die Bedeutung für Bestandsunternehmen, Investoren und wissenschaftliche Einrichtungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand begrüßte außerordentlich, dass im Wirtschaftsausschuss zur Erarbeitung eines alle Bereiche umfassenden Wirtschaftskonzeptes mit einem Workshop gearbeitet werde. Die Planung dazu sei für Anfang Januar 2015 vorgesehen.

Zum Bahnknoten Halle informiert **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Bautätigkeiten fortgeführt und neue Gleise verlegt werden.

Bezüglich des Gimritzer Dammes erläuterte er erneut die Linienführung des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft (LHW).

Zur Entwicklung des Riebeckplatzes machte er deutlich, dass eine intensive Bürgerbeteiligung angestrebt wird. Die Verwaltung wolle alle Meinungen diskutieren. Das Leitbild wurde bereits erarbeitet, derzeit werde die Machbarkeit geprüft.

Die Untersuchung zu den Planungen, die Verwaltungsgebäude der Stadt anbelangen, werde in den nächsten Tagen abgeschlossen. In der Stadtratssitzung im Januar 2015 sollen die Ergebnisse präsentiert werden. Verantwortlich ist der Fachbereich Immobilien.

In der weiteren Präsentation erläuterte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die Vorstellungen der Architekten.

Des Weiteren informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darüber, dass das Landesverwaltungsamt den Widerspruch zum Beschluss des Stadtrates zur Ausgestaltung der städtischen Internetseite beanstandet und nochmals deutlich gemacht habe, dass für das Funktionieren, die Einheitlichkeit und die Führung der Behörde der Oberbürgermeister verantwortlich sei. Der Stadtrat habe keine Kompetenzen zur Aufstellung von Richtlinien, nach denen die Verwaltung zu führen ist.

Damit seien die Kriterien und die Voraussetzungen der Zuständigkeiten deutlich geklärt.

In Bezug auf die Flutmittel mit einer Gesamtsumme von 235 Mio. Euro habe sich die Frist auf den 30.06.2015 verlängert. Der zuständige Erlass liege jetzt vor. Die Verwaltung habe jedoch das Ziel, alle Anträge noch in diesem Jahr zu stellen. Die bisherigen Anträge wurden sorgfältig erarbeitet und vom Land wurden bereits 97 % der Maßnahmen und 85 % der Schadenssumme bestätigt. Damit befinde man sich nunmehr in der Umsetzungsphase der einzelnen Maßnahmen.

Zu den sieben noch offenen, geplanten Flutmittelanträgen teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass sich diese auf der heutigen Tagesordnung befinden.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 Vorlage: VI/2014/00158

Zu den Haushaltreden wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Krause, Fraktionsvorsitzender - SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

Zunächst zum Positiven. Die Stadt Halle wird am Beginn des Jahres 2015 einen beschlossenen Haushaltsplan haben. Mehr Positives kann ich leider nicht sagen.

Der Haushaltsplan für das Jahr 2015 selbst kann uns alle nicht zufrieden stellen. Die Beratungsfolge und die Art der Beratung wird die SPD-Fraktion so in den kommenden Jahren nicht mehr mitmachen und die Risiken der kommenden Jahre bedeuten für die Verwaltung und den Stadtrat dringenden Handlungsbedarf.

Herr Wiegand hat auch in diesem Jahr wieder einen Begriff der schwarzen Null bemüht. Ich kann nur sagen, wir können uns diese Nullen nicht mehr leisten. Der Ausgleich der Bilanz steht zwar auf dem Papier, aber nur da.

In Wahrheit sind wir tief in den roten Zahlen seit 2012 und steigen die Schulden der Stadt dramatisch an.

In den Jahren 2006 und 2007 hatten wir Fehlbeträge aus den laufenden Haushaltsjahren von 42 und 43 Mio. Euro. 2008 waren es 9 und 2009 waren es 15 Mio. Euro Fehlbeträge. 2010 und 2011 waren es 11 Mio. und 2012 waren es 4 Mio.

Wir haben in diesen Jahren zwar keinen Haushaltsausgleich erreicht, aber die Konsolidierungsmaßnahmen griffen sichtbar.

Bei Ihrem ersten Haushaltsplan 2013, Herr Oberbürgermeister, lag das Defizit bereinigt um verspätete Einnahmen aus dem Jahr 2012, die erst 2013 gebucht wurden, bei 20 Mio. Euro. 2014 waren es 39 Mio. Euro Fehlbetrag geplant. Das ist so viel, wie in den Jahren 2008 bis 2012 zusammen. 2015 planen Sie nochmal mit 40 Mio. Fehlbetrag.

Das Land hat in diesem Jahr den Kommunen die Möglichkeit abgeschnitten, unter der Decke einer ausgeglichenen Bilanz unendliche Schulden anzuhäufen. Deshalb müssen wir damit rechnen, dass unser Haushalt beanstandet wird. Die schwarze Null, die Politik der schwarzen Null wird also Konsequenzen haben.

Damit die Schulden nicht noch höher ausfallen, nehmen wir eine seit Jahren andauernde Unterfinanzierung vieler Bereiche in Kauf. Ich nenne hier das Beispiel der Bauunterhaltung von Fuß- und Radwegen sowie Straßen.

Von knapp 1.600 Kilometer Fußweg in Halle sind knapp 1.000 reparaturbedürftig. Berücksichtigt man die geplante Fußwegerneuerung im Zuge des kommenden Ausbaus von Straßen bleibt ein Reparaturstau von 7,5 Mio. Euro.

Bei den Radwegen sind es darüber hinaus 10 Mio. Euro für die dringendsten Reparaturen. Um diese Reparaturen in einem einigermaßen überschaubaren Zeitraum von zehn Jahren abzuarbeiten, müssten wir den Unterhaltungsansatz für Fuß- und Radwege um 1,7 Mio. Euro pro Jahr erhöhen.

Für den Reparaturstau bei Fahrbahnen, also Straßen, liegt die eigentlich notwendige Summe dafür noch einmal sehr viel deutlich höher.

Dasselbe ist es bei der Grünpflege, bei der Bauunterhaltung von Schulen und Verwaltungsgebäuden sowie von Sportanlagen.

Alle Fraktionen haben in den Beratungen dazu beigetragen, die schlimmsten Kürzungen zu verhindern. Wir haben darüber hinaus sichergestellt, dass die Stadtmarketing Gesellschaft und der Zoo 2015 ohne Gefahr der Insolvenz oder schwerer Einschnitte weiter arbeiten können.

Wir haben außerdem von der Verwaltung die Zusage erhalten, und auf diese Zusage Herr Oberbürgermeister aus dem Finanzausschuss werden wir uns berufen, dass es auch nach dem Auslaufen der BUT-Mittel mit der Schulsozialarbeit in ihrer jetzigen Form weitergeht.

Ferner konnten wir das Budget für integrativbeschulte Schüler erhöhen.

Dank unserer Initiative und der Unterstützung vieler Stadträte wird unsere Stadtbibliothek auch im nächsten Jahr noch ein WLAN-Netz vorhalten. Der Vorschlag der Stadtverwaltung, dieses Angebot im Wert von sage und schreibe 1.000 Euro zu kürzen, zeigt die teilweise Hilflosigkeit, mit der die Stadtverwaltung denkt, Konsolidierung betreiben zu können.

Gleichzeitig wollte sich Herr Wiegand 50.000 Euro mehr für die eigene Pressearbeit genehmigen. Diese Erhöhung haben wir um 30.000 Euro gemindert.

Nicht zu vergessen, die unsägliche Kürzung für die Unterhaltung des Künstlerhauses 188.

Diese Liste ließe sich beinahe beliebig fortsetzen.

Als zweiten Schwerpunkt hat die SPD-Fraktion neben den Kürzungsminderungen im Kulturbereich versucht, den Verfall unserer Stadt abzubremsen. Ich sage bewusst, zu bremsen, von Werterhaltung kann schon längst keine Rede mehr sein.

Die jährlichen Abschreibungen auf unser Vermögen, also Gebäude, Straßen, Plätze und vieles mehr, übersteigen die Investitionspauschale, die uns das Land zur Verfügung stellt, vorsichtig geschätzt, um das Vierfache. Investitionen nur aus Eigenmitteln können wir uns aufgrund unserer desolaten finanziellen Lage ohnehin fast nicht mehr leisten.

Dennoch haben wir in den Haushaltsberatungen erreicht, dass der Zuschuss für die Unterhaltung unserer Friedhöfe, zumindest gegenüber dem Vorjahr, konstant gehalten werden kann.

Wir haben Kürzungen bei den Grünflächen und der Unterhaltung unserer Spielplätze rückgängig gemacht.

Die Wege in der Dölauer Heide werden nicht zuletzt durch die Anschaffung eines Wegehobels wieder in einen angemessenen Zustand gebracht.

Zuletzt konnten wir bei der investiven Sportförderung wenigstens noch eine kleine Schippe draufpacken und hoffen, dass sich im Laufe des Jahres noch der eine oder andere Euro findet. Der Ansatz war trotzdem, trotz eines außergewöhnlich guten Vorjahres, im Vorschlag der Verwaltung bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen worden.

Entgegen dem, was uns bisweilen vorgeworfen wird, konnten die vom Stadtrat vorgeschlagenen Änderungen gedeckt werden, beispielsweise durch Kürzungen bei den Wasserspielanlagen. Die Bürgerinnen und Bürger Halles brauchen sich übrigens aus unserer Sicht keine Sorgen zu machen. Wir sind überzeugt davon, dass die kleinen und großen Fontänen unserer Stadt im nächsten Jahr dennoch sprudeln. Wir werden das Projekt der Brunnenpatenschaften wieder aufleben lassen und sind sicher, dass sich etliche private Sponsoren finden werden.

Einer Übertragung der Anlagen an die HWS werden wir jedoch nicht zustimmen. Die Idee mag charmant erscheinen, allerdings ist unsere Fraktion der Ansicht, dass die städtischen Beteiligungen bereits jetzt an der Grenze des Verträglichen belastet sind.

Es bleibt festzuhalten, alles erreichte ist Makulatur, verglichen mit dem Investitionsstau und den Herausforderungen vor denen sich unsere Stadt gegenüber sieht.

Der Haushaltsplan ist und bleibt vor allem ein Ergebnis verzweifelter Bemühungen, überall ein wenig zu kürzen.

Negativ wirkt sich die seit 2012 ins Stocken gekommene Haushaltskonsolidierung aus.

Der Oberbürgermeister hat uns mit einem Hin und Her von Ideen konfrontiert, dabei aber die Stabsstelle Haushaltskonsolidierung zerschlagen und deren kontinuierliche Arbeit auslaufen lassen. Nun soll sie neu gebildet werden. Das begrüßen wir ausdrücklich. Es ist Zeit, dass mehr Dampf vom Signalhorn in die Maschine umgeleitet wird.

Ein weiterer Faktor, der in diesem Jahr negativ auf den Haushalt wirkt, ist die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes. Hier haben uns Einnahmeverluste von mehr als 10 Mio. Euro gedroht. Die SPD-Fraktion hat sehr früh gegen die ursprünglichen Pläne des Finanzministeriums protestiert. Wir nehmen für uns in Anspruch, einen kleinen Beitrag dazu geleistet zu haben.

Dennoch wird es hier Kürzungen geben. Die ist zum Teil wegen höheren eigenen Einnahmen der Stadt gerechtfertigt. Der Finanzausgleich ist eine Fehlbedarfsfinanzierung. Wir akzeptieren, dass der Fehlbedarf sinkt, wenn die eigenen Einnahmen steigen.

Für die Bedarfsberechnung allerdings wünschen wir uns mehr Transparenz. Die ursprünglich für 2015 geplanten strukturellen Eingriffe hingegen lehnen wir ab. Wir fordern das Land an dieser Stelle auf, bei den 2012 im finanzpolitischen Dialog verabredeten Grundsätzen des Finanzausgleiches zu bleiben.

Darüber hinaus erwarten wir dringend, dass das Land die Abschreibungen auf städtische Investitionen bei der Ermittlung des kommunalen Finanzbedarfs anerkennt. Es kann nicht dauerhaft so sein, dass das Land so tut, als würden Gebäude und Straßen ewig halten und müssten nie grundhaft erneuert werden. Für Halle wären das nach Aussage des Kämmers etwa 18 Mio. Euro Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleichsgesetz.

Neben den Faktoren, die wir seit Jahren zur Kenntnis nehmen müssen, wirken sich seit 2012 die Handlungen des Oberbürgermeisters aus. Die Mehrausgaben der sogenannten Verwaltungsstrukturreform des Oberbürgermeisters werden sich Ende 2015 voraussichtlich auf mehr als 1 Mio. Euro summiert haben. Auch 2015 sollen Führungsstellen neu geschaffen werden und Stellen aufgewertet werden. Die Führung wird also breiter und teurer.

Sie, Herr Oberbürgermeister, haben in den vergangenen beiden Jahren, ohne eine Grundlage, einen jeweils beschlossenen Stellenplan zu haben, Veränderungen vorgenommen, Umsetzungen, Neuschaffungen, Neubewertungen und Funktionsveränderungen. Diese Veränderungen wurden in vielen Fällen ohne Stellenplanbeschluss vorgenommen und dann einfach in den nächsten Stellenplanentwurf mit hineingeschrieben.

Der Sinn dieser Veränderungen ist für uns vielfach zweifelhaft. An einigen Stellen sogar klar, dass Sie zu weniger effektiver Aufgabenerledigung führen. In einem Fall ist das in einer Organisationsuntersuchung bestätigt worden. Zum Teil hatten Mitarbeiter Stellen ohne Aufgabe.

Mit Blick auf die Entwicklung des Stellenplanes muss sich auch die Kommunalaufsicht die Frage gefallen lassen, ob sie ihrer Prüf- und Sorgfaltspflicht im ausreichenden Maße nachgekommen ist. Das trifft auch auf ihre eigenen Manipulationsvorwürfe aus dem Jahre 2013 zu.

Der Oberbürgermeister hat seit 2012 Personal für Aufgaben eingestellt, für die bereits Personal vorhanden war. Er hat vermeintlich ungeeignete Führungskräfte bei Seite geschoben, ich sage mal in Klammern, Sozialamt, um Platz für neue zu haben. Seinerseits angeblich ungeeignete Führungskräfte sind heute wieder in Führungspositionen tätig.

Im Maschinenraum werden hingegen Einstellungen verschoben, Stellen abgebaut, Stellenbedarfe nicht akzeptiert. Im Gegenteil. Die Arbeitsverdichtung hat inzwischen in einigen Bereichen unverhältnismäßig zugenommen.

Gleichzeitig haben wir zusätzlich über 8 Mio. Euro VNG-Mittel in sogenannte personalwirtschaftliche Maßnahmen investiert, um die Anzahl der Beschäftigten über Abfindungen und andere Instrumente zu reduzieren. Das bisherige Ergebnis ist allerdings sehr mager. Ich wage mir nicht auszudenken, was passiert wäre, hätten wir die 250 angezeigten kw-Setzungen genehmigt, die Sie uns vorgeschlagen haben.

Ein solcher Umgang mit dem Stellenplan und die Stellenbewirtschaftung ist in Sachsen-Anhalts Kommunen aus unserer Sicht einmalig. Wir können und wir werden das nicht durch eine Zustimmung zum Stellenplan legitimieren.

Dem Ergebnisplan, dem Investitionsplan, dem Finanzplan können wir zustimmen.

Der Stellenplan ist aber ebenso ein fester Bestandteil des Haushaltsplanes. Darum wird die SPD-Fraktion sich in der Gesamtabstimmung zum Haushaltsplan enthalten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Dr. Meerheim, Fraktionsvorsitzender - Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Stadträtinnen und Stadträte.

Jetzt kommt es vielleicht so, da werden Sie sagen, der hat vielleicht eine völlig andere Wahrnehmung von dem, was da gelaufen ist und was er da gelesen hat, als das, was Johannes Krause gerade vorgetragen hat. Aber dafür gibt es unterschiedliche Denkweisen, unterschiedliche Positionen.

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich mich als Ausschussvorsitzender recht herzlich erst mal bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung, aber auch bei allen anderen am Diskussionsprozess im Finanzausschuss teilhabenden Vertretern anderer Verwaltungsbereiche dafür bedanken, dass sie versucht haben, wie immer unserer hohen Wiss- und Aufklärungsbegier zu entsprechen. Das gehört einfach, glaube ich, zum guten Ton dazu, dass man das zu Beginn vornimmt.

Zum Haushalt 2015 selbst.

Der ist unserer Meinung nach sowohl zu kritisieren und nicht nur zu kritisieren, sondern auch positiv zu würdigen.

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2015 wurde in der Septembersitzung des Stadtrates durch den OB und seinen Finanzbeigeordneten eingebracht.

Am Planentwurf ist kritisch anzumerken, dass er wiederholt oder zum wiederholten Male, durch Zuschusskürzungen des Landes Sachsen-Anhalt bestimmt wird. Die Landesregierung, welche uns zur Haushaltskonsolidierung in den letzten Jahren berechtigt oder unberechtigt, mit oder ohne Grund, zwang, honoriert dies fortlaufend mit Zuschusssenkungen, mit neuen

Gesetzen, deren Paragraphen das eigene Landesverwaltungsamt dann auffordern, die so in Not geradenen Kommunen wieder mit immer neuen Auflagen und Verboten zu knebeln.

Und der letzte Clou dieser Art war eben die Beschlussfassung zum Doppelhaushalt des Landes Sachsen-Anhalt, mit darin enthaltenen Zuschusskürzungen für die Kommune in der Höhe von mehr als 150 Mio. Euro.

Das verrückte daran ist, dass die Landesregierung mit solchen Ansätzen immer wieder durchkommt. Nämlich damit, zu sagen, wir geben euch weniger Geld, aber die Entscheidungen, was ihr dafür zwangsweise an Leistungen streichen müsst, dürft, könnt oder sollt, trifft ihr bitte mal schön selber. Wir machen uns doch die Finger nicht dreckig.

Auf diese Art und Weise wird die kommunale Selbstverwaltung immer mehr absurdum geführt.

Dass Sie das jetzt akzeptieren, wundert mich ein wenig. Bisher hatten Sie als Kommunalpolitiker immer die Position der Stadt Halle vertreten. Dass Sie jetzt die Position des Finanzministers Bullerjahn übernehmen, finde ich ein wenig traurig und widerspricht glaube ich auch den Interessen der Stadt Halle.

Ich hoffe, dass wir das noch mal korrigieren können, vielleicht dann für den Haushalt 2016, beziehungsweise in der Wahl- oder Legislaturperiode des Landes nach der jetzigen Landesregierung.

Positiv an unserem Haushaltsplanentwurf ist, dass er schon im September eingebracht wurde. Das muss man einfach mal sagen. Die Vorgänger, alle davor, haben es in der Regel nicht geschafft, ihn im September einzubringen.

Kritisch war, dass er aber ursprünglich tatsächlich vorgehabt hat, unser Oberbürgermeister, uns den schon im November beschließen lassen zu wollen. Wir haben es Gott sei Dank vor Beschluss im Stadtrat geschafft, den Oberbürgermeister davon zu überzeugen, ihn erst im Dezember zu beschließen. Das war auch gut so.

Denn immerhin ein Drittel aller Stadträtinnen und Stadträte wurden ja zum ersten Mal mit so einem riesigen Kompendium an Zahlen und Texten konfrontiert.

Und ich meine, bei über 1.300 Seiten Haushalt, bei über 500 Seiten Beteiligungsbericht und wenn man alle Änderungsblätter dazu nimmt, einschließlich der Wirtschaftspläne, die zum Teil nicht vorliegen, der kommunalen Unternehmen, die zuschusspflichtig sind sozusagen oder zuschussbedürftig, da kommen wir locker mal in zweieinhalb Monaten auf über 2.000 Seiten, die ein pflichtbewusster Stadtrat oder eine pflichtbewusste Stadträtin selbstverständlich gelesen hat.

Da hängt also eine ganze Menge Arbeit dran. Und Demokratie braucht eben deshalb auch Zeit. Und die haben wir uns, glaube ich, auch abweichend von den Vorjahren, mit fünf Sitzungen des Finanzausschusses nach unserer Auffassung auch in ausreichender Art und Weise genommen.

Dies war im Übrigen dann auch die Grundlage dafür, dass wir uns auf einen großen Kompromiss, so wie er Ihnen heute vorliegt, einigen und verständigen kommen. Im Finanzausschuss wurde diesem einstimmig, und zwar ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen, zugestimmt. Das war auch gut so.

Alle Fraktionen haben sich in den Haushaltsberatungen auch mit Änderungsanträgen zum Haushaltsplanentwurf oder zum Stellenplan eingebracht. Manche Themen wurden dabei mit ähnlichen oder gleichlautenden Anträgen von Fraktionen bedacht.

Am Ende glaube ich, oder besser besagt, glauben wir, dass sich alle Fraktionen in diesem Kompromiss wiederfinden können. Alle haben etwas eingebracht und alle mussten auch auf Antragsumsetzungen mit diesem Kompromiss verzichten.

Wir haben es aber geschafft, trotz der damit einhergehenden Erhöhung der Aufwendungen um ca. 1 Mio. Euro, die schwarze, vorgegebene Null zu halten. Das heißt, wir haben eine reale Deckung gefunden, die nicht zu einer Erhöhung des Defizits im Finanzplan führte und die schwarze Null im Ergebnisplan belässt.

Bei einer Antragslage von erhöhten Aufwendungen in Höhe von fast 3 Mio. Euro zeigt im Übrigen das Ergebnis von großer Verantwortung und politischem Augenmaß aller Beteiligten an der Erstellung dieses Kompromisses.

Damit dies überhaupt möglich war und der Kompromiss an sich selbst auch, bedurfte es der Zuarbeit der Finanzverwaltung.

Für die gute Zusammenarbeit im Vorfeld des Entstehens des Kompromisses möchte ich mich als Ausschussvorsitzender bei Herrn Geier, bei Frau Wolff, bei Frau Müller und bei Frau Beßler ausdrücklich bedanken. Ebenso bei meinem Kollegen und Stellvertreter, André Cierpinski von der CDU-Fraktion.

Umso trauriger und unverständlicher ist es, dass der Oberbürgermeister dem Beschluss des Finanzausschusses nicht im Vorfeld der heutigen Sitzung schon beigetreten ist. Schade.

Wieder scheint es nach außen hin zumindest so, als ob es nur Zoff zwischen dem Oberbürgermeister und den Ratsfraktionen gibt.

Die Fraktionen haben jedoch mit dieser Einigung glaube ich, im Finanzausschuss eine riesige Brücke für einen positiven Beschluss zur Haushaltssatzung gebaut. Und Kröten schlucken mussten am Ende irgendwie alle.

Aber dazu kommen wir später noch mal und zu den Inhalten des Kompromisses werde ich dann auch noch mal etwas sagen wollen.

Zu kritisieren am Haushalt 2015 ist des Weiteren, dass der Finanzplan, Herr Krause hatte es schon gesagt, mit 40 Mio. Defizit leider unausgeglichen ist, wobei die Hälfte davon aus der Verwaltungstätigkeit selbst herrührt. Dies zieht natürlich sofort das Ansteigen der sogenannten Altschulden und der aufzunehmenden Kassenkredite nach sich. Insofern, die schwarze Null im Ergebnisplan ist dann natürlich Makulatur.

Nur sage ich, anders als mein Kollege Krause, da ist nicht ausschließlich die Stadt Halle Schuld. Ich erinnere an meine Worte zu Anfang meines Vortrages.

Positiv, so schätzt unsere Fraktion ein, ist der Ansatz zur Aufstellung des Haushaltes. Wir interpretieren ihn auch in diesem Jahr wieder so, dass davon ausgegangen wird, zuerst nach Effektivierungspotentialen in der Verwaltung zu suchen, bevor man Leistungen in größerem Umfang für die Bürgerinnen und Bürger einschränkt oder gar einstellt. Einen solchen Ansatz können wir dem Grunde nach teilen.

Des Weiteren ist aber kritisch anzumerken, dass der Ergebnishaushalt eine ganze Reihe von erheblichen zusätzlichen Aufwands- und Ertragsrisiken nicht abbildet beziehungsweise Erträge vorgaukelt, die möglicherweise nicht kommen.

Dazu zählen wir die Ausschüttung kommunaler Unternehmen, wobei hier die beiden wohnungswirtschaftlichen Unternehmen HWG und GWG insbesondere gemeint sind. Beide zusammen sollen nach den Vorstellungen des Oberbürgermeisters im Jahr 2015 und in den Folgejahren mindestens 10 Mio. jährlich an die Stadt abführen. Jährlich, meine Damen und Herren. Dies ist nach jetzigem Kenntnisstand völlig illusorisch.

Mindestens hierzu erwarten wir vom Oberbürgermeister die öffentliche Aussage, sich an die Mittelfristplanung der beiden Gesellschaften, bezogen auf die Ausschüttungen, nach der Feststellung entsprechender Jahresabschlüsse, halten zu wollen.

Wir wollen nicht, dass die Mieter der HWG und GWG solche Vorstellungen mit einer saftigen Mieterhöhung bezahlen müssen.

Im Übrigen droht durch solche Umfänge von Ausschüttungen und deren Fremdfinanzierungen womöglich eine katastrophale Verschuldung der kommunalen Wohnungswirtschaft, die bis an den Rand der Existenz führen könnte.

Solche kritischen Verhältnisse kann unsere Fraktion nicht tolerieren. Das ist betriebswirtschaftlicher und unternehmerischer Wahnsinn. Wir werden dies, wenn notwendig, mit allen Mitteln bekämpfen.

Weitere Risiken sehen wir im Bereich der Kosten der Unterkunft, insbesondere vor dem Hintergrund des Auslaufens der sogenannten Bürgerarbeit und der daraus erwachsenden Wirkung in Richtung Inanspruchnahme von Leistungen nach Hartz IV.

Ohne Zweifel, ebenso mit Risiken verbunden, sind die geplanten Aufwendungen für die Hilfen zur Erziehung. Hier ist der Haushaltsansatz um 3 Mio. geringer als 2014.

Und gerade heute sollen wir unter TOP 6.12 noch einmal ein ordentliches Pfund für das Haushaltsjahr 2014 nachschieben, genau 2,42 Mio. Euro.

Bei solchen aktuellen Vorgängen sind dann doch Zweifel, so glauben wir, nicht ganz unbegründet.

Ähnliches trifft bezüglich der Risikobewertung auch auf die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen in unserer Stadt für das Jahr 2015 zu.

Positiv im Haushalt ist zu verzeichnen die gewaltige Summe von 92 Mio. Euro für Investitionen. Wobei 86,6 Millionen davon für direkte Baumaßnahmen vorgesehen sind. Von diesen Mitteln wiederum sind 56 Mio. aus dem Fluthilfefond zur Realisierung geplant.

Auch wenn die Verwaltung im Haushaltsplanentwurf die Absenkung der Mittel für die Unterhaltung und Instandhaltung der eigenen, und jetzt sage ich mal bewusst, noch unzerstörten Gebäude und Anlagen, damit begründet, dass Manpower freigesetzt werden muss, um die oben genannte Höhe von 86 Millionen zu verbauen. So haben wir doch hier erhebliche Sorgen, dass es damit getan ist.

Eine Absenkung um 1 Mio. von 5,7 auf 4,9 Mio. Euro zur Instandhaltung des eigenen unbeweglichen Vermögens soll 56,6 Millionen der Ausführung und Umsetzung auffangen. Das halten wir schlicht für Wunschdenken. Zu mindestens für einen sehr gewagten Plan.

Wir erwarten daher im Januar oder Februar 2015 von der Verwaltung eine Erklärung, wie diese Maßnahmen im Rahmen der Fluthilfe im Einzelnen durch die Verwaltung, und in welchem Zeitabschnitt und mit welcher Manpower umgesetzt werden sollen.

Hier dürfen uns auf keinem Fall Fehler unterlaufen, die zu drohendem Fördermittelverlust führen.

Ich erinnere da nur an den Vorgang, der gerade sich abspielt, traurig genug ist es ja, wenn man die Größe kennt, nämlich 1,6 Mio. Euro Turnhalle Kastanienallee. Für dieses eine, kleine, mickrige Projekt von 1,6 Millionen ist es uns nicht gelungen, das in einem Jahr zu schultern. Stattdessen mussten wir eine Verlängerung der Bauzeiten beantragen, damit uns die Fördermittel nicht verschwinden, nämlich bis zum 31.3. Und auch da ist es wahrscheinlich nicht endgültig, dass wir damit fertig werden.

Mit dem vorliegenden Kompromiss ist uns aber, erstmalig muss man sagen, seit zehn Jahren gelungen, keine Senkung der Zuschüsse für Vereine, die im Bereich Kinder, Jugend und junge Familien tätig sind, durch nur jährlich immerfort gleichbleibende Zuschüsse vorzunehmen, sondern, nein, wir haben eine angemessene Erhöhung der Aufwendungen hierfür in den Haushalt aufnehmen können.

Erstmalig sind auch Ergebnisse eines Gutachtens zur Organisations- und Arbeitsprozessuntersuchung sehr zeitnah im Geschäftsbereich IV zum Vorteil der Beschäftigten in der Stadtverwaltung und der von ihrer Arbeit partizipierenden Betroffenen zeitnah umgesetzt worden.

Auch das ist ein Erfolg der Diskussion im Sozial- und im Finanzausschuss. Uns ist es damit gelungen glaube ich, zeitnah auf höhere Fallzahlen im Bereich der Grundsicherung im Alter, aber auch im Bereich Kinder, Jugend und Familien in besonders schweren Lebenslagen sowie auch bei Flüchtlingen, entsprechend zu reagieren.

Wir haben uns ebenfalls erstmalig darauf verständigt, alle miteinander, im Rahmen der Haushaltsdurchführung gegebenenfalls finanzielle Mittel in einer Höhe von maximal 270.000 Euro für möglicherweise ausfallende, beziehungsweise nicht fortgeführte Förderprogramme des Bundes, da schließt sich an, Bildung und Teilhabe im Bereich der Schulsozialarbeit, bereitstellen zu wollen.

Dieser Punkt stellt ebenfalls einen Teil des heute hier vorliegenden Kompromisses dar.

Wir bitten, dies also auch ausdrücklich im Protokoll festzuhalten, da aus der Anlage des Antrages selbst dies so nicht deutlich wird.

Erstmalig, ebenfalls seit vielen Jahren, ist es mit dem vorliegenden Haushaltskompromiss vollbracht, auch gegen den anfänglichen Widerstand des Oberbürgermeisters, dem Zoo Halle den städtischen Zuschuss um zumindest 400.000 Euro zu erhöhen. Auch wenn das offensichtlich eine kommunikative Fehlleistung war des städtischen Vertreters, Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Denn ursprünglich hieß es ja wohl glaube ich, 460. Aber ich glaube, mit 400.000 kann der Zoo auch ganz gut leben.

Für diese Entscheidung des Wirtschafts- und auch des Finanzausschusses bedurfte es auch keines neuen gesondert zu erarbeitenden Konzeptes für den Zoo. Nein, diese 400.000 Euro sind einfach nur dringend notwendig, um die in den vergangenen Jahren unterlassene Instandhaltung an den Gebäuden und Anlagen des Zoos wenigstens ein bisschen nachzuholen.

Und auch die Beschäftigten des Zoos haben sich nach jahrelangem Lohn- und Gehaltsverzicht mal wieder eine entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhung verdient. Genauso wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter es jährlich hier in der Stadtverwaltung ebenfalls erfahren. Es gibt keinen Grund, ihnen diese weiter zu verwehren.

Vor diesem Hintergrund war es an der Zeit, diesen Schritt der dauerhaften Erhöhung zu gehen. Das Konzept hieß schlicht, so kann es nicht weitergehen, wenn unser Zoo nicht sterben soll.

Weitere Schritte müssen natürlich folgen, dann bitte auch nach Vorlage eines überarbeiteten Entwicklungskonzeptes für unseren schönen Bergzoo Halle. Dies sollte man aber getrost dann dem Nachfolger oder der Nachfolgerin des jetzigen Direktors Herrn Jakob überlassen.

Eine faire Lösung haben wir wohl auch für die Anträge der CDU/FDP-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezüglich der Erhöhung der Aufwendungen für die Unterhaltung und Instandhaltung von Straßen, Wegen und Brücken sowie Schulen gefunden. Da gibt es sozusagen noch bilanziell unverbrauchte Mittel als Rückstellungen, die weitere Maßnahmen zur Verbesserung dieser Infrastruktur möglich machen.

Gleichwohl wird dies aber schwierig werden, wenn wir an die Umsetzung der im nächsten Jahr von den gleichen Verwaltungseinheiten umzusetzenden Investitionen in Höhe von knapp 90 Mio. Euro denken, inklusive dann des Ansatzes aus dem Ergebnishaushalt. Aber sei es drum.

Im Übrigen möchte ich hier namens meiner Fraktion noch einmal darauf hinweisen, dass diese Aufwandsposition zu dem Antrag der CDU/FDP-Fraktion Straßen, Wege und Brücken heißt. Wobei es uns auf das Wörtchen Wege, und dabei insbesondere Fußwege, ankommt. Wir möchte nämlich die Verwaltung bitten, da wir es leider im Zuge der Haushaltsdiskussion verabsäumt haben, auch das kommt vor, einen entsprechenden Antrag zu stellen, die für diesen Titel zur Verfügung stehenden Mittel nicht nur für die Instandhaltung von Straßen oder Brücken, sondern auch für die Instandsetzung und Instandhaltung von Fußwegen zu verwenden.

Herr Krause hatte ja vorhin in seinen Ausführungen auf den riesigen Instandhaltungsstau diesbezüglich hingewiesen.

Wir dachten da an einen Anteil so von 20 % des Ansatzes. Es wäre schön, wenn wir da ein fröhliches ja, machen wir doch, Herr Kollege Stäglin, hören könnten. In dem Falle würden wir dann auf eine heutige Antragstellung großzügiger Weise noch mal verzichten.

Eigentlich wollten wir noch etwas auch zu dem Problem des Stadtmarketing sagen und zu den berühmten 200.000 strittigen Euros, die wir mit in den Kompromiss aufgenommen haben. Aber ich glaube, meine Kollegen, die noch nach mir kommen, werden auch dazu vielleicht noch etwas sagen. Sonst dauert die Veranstaltung noch länger, als wir sowieso schon alle glauben, dass sie dauert.

Kurzum, ich darf dann sagen, der Haushaltsplanentwurf stellt unsere Fraktion selbst mit dem Kompromiss natürlich nicht vollständig zufrieden, keine Frage. Jedoch gibt es, wie ich vortrug, nunmehr genügend Ansätze im Haushalt, unter Einschluss des Kompromisses, die uns dazu veranlassen, der Haushaltssatzung unsere Zustimmung zu geben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Bönisch, Fraktionsvorsitzender - CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es ist wieder einmal so weit, der Haushalt ist beraten und kann verabschiedet werden. Gestern fragte mich ein offenbar interessierter Hallenser: Und, was werden Sie morgen wieder mit dem Haushalt machen? Wieder markige Reden und Gepolter der Fraktionsvorsitzenden - und dann doch zustimmen? Ist doch immer dasselbe...

Ja, konnte ich nur antworten, so wird es wohl werden. Und der Grund ist zu guter Letzt eigentlich ganz einfach. Egal, ob einen der Haushalt gefällt oder nicht, es ist besser für die Stadt, einen genehmigten Haushalt zu haben, als keinen zu haben. So simpel ist das. Glücklicherweise waren wir damit beide nicht.

Und offenbar setzt die Verwaltungsspitze auch darauf, dass wir alle das so sehen, dass es eben besser ist, den genehmigten Haushalt zu haben, als keinen, denn das ist ja leider die Wahrheit.

Und deshalb muss sie sich auch nicht wirklich Mühe geben, uns einen nachhaltig zukunftsweisenden Haushalt vorzulegen. Also tut sie das auch nicht.

Aber eigentlich kann niemand wirklich glücklich sein mit dem, was wir heute zu beschließen haben, auch nicht der OB - wenn die Neuverschuldung von ca. 40 Mio. Euro steigt. Ich weiß nicht, Herr Dr. Wiegand, ob Sie eine reale Chance sehen, den Haushalt grundsätzlich zu verändern, Neuverschuldung absehbar zu vermeiden. Aber ich glaube das nicht, denn ich vermute, dass Sie das nicht hätten für sich behalten können. Jeder glänzt ja gern mit seinen tollen Ideen.

Aber zur Neuverschuldung haben Sie in Ihren sehr knappen Äußerungen zum Haushalt in diesem Jahr gar nichts gesagt. Eigentlich ist bei mir nur hängengeblieben, dass Sie zufrieden festgestellt haben, dass es wieder gelungen sei, einen ausgeglichenen Ergebnisplan zu präsentieren.

Im vergangenen Jahr haben Sie noch etwas zur Neuverschuldung gesagt, nämlich folgendes: „Wir haben aus der Sicht der Verwaltung einen ausgeglichenen Haushalt in den letzten Monaten in die Beratungen hineingebracht. Und es ist die gesetzliche Verpflichtung, dass ein ausgeglichener Haushalt wieder herauskommt. Ich muss an dieser Stelle deutlich machen, dass ich keiner Erhöhung zustimme. Das ist die gesetzliche Verpflichtung. Das heißt, die Stadt Halle wird definitiv keine neuen Schulden mehr machen.“

Damals haben etliche hier im Saal gelacht, denn schon damals betrug das Defizit im Finanzplan ca. 38 Mio. Euro. Den meisten ist aber wohl das Lachen im Halse stecken geblieben.

In diesem Jahr, wie gesagt, gar nichts zu Defiziten. Stattdessen sagten Sie vor zwei Monaten hier in der Sitzung, dass Sie immer wieder Hinweise auf Detailfragen bekämen, es aber doch viel spannender fänden, wenn man in größeren Blöcken auch politisch diskutiert. Die Diskussion, sagten Sie, möchtet ihr eine Brücke oder Kinderspielplätze, sei eine solche politische Diskussion, die es zu führen wert sei. „Es ist nicht angebracht und dazu dient die Doppik auch nicht, sagten Sie weiter, dass man dann in die letzte einzelne Haushaltsstelle hineingeht. Das überfordert auch die Diskussion.“

Sie würden also für die Diskussion um politische Schwerpunkte.

Ihre eigenen Schwerpunkte aber nannten Sie nicht, Herr Oberbürgermeister. Woran liegt das? Sind die geheim? Oder haben Sie am Ende gar keine?

Und wir können Ihnen ganz bestimmt nicht folgen, wenn Sie vorschlagen, dass wir darüber diskutieren sollten, ob wir eine Brücke oder Kinderspielplätze möchten. Wir brauchen nämlich beides.

Wenn wir als Stadt zukunftsfähig sein wollen, müssen wir vor allem auch familienfreundlich sein. Und das heißt, wir brauchen Kinderspielplätze und eine intakte Verkehrsinfrastruktur. Das sollte ich Ihnen nicht sagen müssen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wir in der CDU/FDP-Fraktion haben nicht die Patentlösung parat. Aber wir weisen seit Jahren auf Möglichkeiten hin, die andernorts erfolgreich genutzt worden, Aufgabenkritik und Benchmarkvergleiche.

Mit der Aufgabenkritik wurde ja begonnen, wie wir wissen. Das ist loblich. Zählbare Resultate kennen wir zwar noch nicht, aber ich denke, die werden Sie uns im nächsten Jahr präsentieren können. Wir sind gespannt darauf.

Aber von Benchmarkvergleichen habe ich noch nichts gehört. Und leider auch nicht von anderen Aktivitäten, die geeignet erscheinen, unser Haushaltsdefizit nachhaltig zu senken. Die Stabsstelle Haushaltskonsolidierung jedenfalls wurde ja sehr schnell aufgelöst.

Früher mal gab es bei den Haushaltseinbringungen eine politische beziehungsweise der Oberbürgermeisterin, in der das Stadtoberhaupt seine Schwerpunkte deutlich zu machen suchte und auf Chancen und Risiken für die Zukunft hinwies. Manchmal gab es dabei sogar Aussagen, wie man damit umzugehen gedachte.

Aber seit Frau Szabados Amtsantritt gibt es keine Haushaltreden mehr. Seitdem hält Herr Geier bei der Einbringung des Haushaltes eine Rede, die aber eher einem Rundflug über dem Haushalt gleicht. Aber so loblich seine Bemühungen sind, seine Reden beschreiben den Haushalt eher, als dass sie ihn interpretierten. Aber genau das brauchen wir.

Ich fordere Sie auf, Herr Oberbürgermeister, kehren sie zu der alten Tradition zurück und nehmen Sie uns Stadträtinnen und Stadträte bei Ihren Plänen mit, nicht nur den Ergebnisplan auszugleichen, sondern auch den Finanzplan. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

So viel erst einmal zu den allgemeinen politischen Aspekten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und jetzt mal etwas konkreter zum diesjährigen Haushaltsplan.

Der Haushalt ist der mit Abstand komplexeste Gegenstand unserer Beratungen im Stadtrat. Diesen Plan aufzustellen ist Sache des Oberbürgermeisters.

Und hier möchte ich Sie, Herr Oberbürgermeister, einmal mehr loben. Sie heißen offenbar nicht Schreck und treffen Entscheidungen zügig. Ich denke, daran liegt es, dass wir auch in diesem Jahr den Haushalt im September vorgelegt bekamen. Also rechtzeitig, um ihn noch im alten Jahr verabschieden zu können.

Wir wissen aus leidvoller Erfahrung, dass das nicht selbstverständlich ist. Das rechtzeitige Einbringen ist also wirklich ehrenwert und ich möchte mich namens meiner Fraktion ausdrücklich dafür bedanken.

Trotzdem sind wir nicht der vorhin zitierten Bitte gefolgt, sondern sind auch ins Detail eingestiegen. Ja, wir haben auch über Kinderspielplätze gesprochen. Aber weniger über das Ob, sondern vielmehr über das Wie. Über Pflege und Unterhaltung nämlich.

Und auch über Kunst- und Kultureinrichtungen haben wir beraten.

Aber auch über die Straßenunterhaltungsmittel, denn die sind im vorliegenden Haushaltsplan ja deutlich gekürzt worden. Das wurde schon erwähnt.

Der bundesdeutsche Standard liegt wohl bei etwa 1,80 Euro pro qm Straßenfläche im Jahr. Wir lägen mit dem jetzigen Ansatz angeblich bei etwa 55 Cent. Das zeigt schon, wo hier Nachholebedarf besteht.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass es nicht nur eine gesetzliche Verpflichtung zum Haushaltsausgleich gibt, sondern auch eine zur wirtschaftlichen, vernünftigen Haushaltsführung, im selben Paragraphen, im Absatz weiter vorn. Und Straßen soweit herunterzuwirtschaften, dass zuletzt nur noch Grundinstandsetzungen helfen, entspricht dieser Forderung nicht.

Ich fordere Sie also auf, Herr Oberbürgermeister, auch diese gesetzliche Verpflichtung bei zukünftigen Haushaltsplänen entsprechend zu berücksichtigen.

Und an diesem Punkt ist in den Finanzausschusssitzungen etwas Seltsames geschehen. Ich war nicht selbst dabei, es wurde mir berichtet. Als unser Antrag zur Erhöhung der Straßenunterhaltungsmittel zur Sprache kam, stellte der Finanzbeigeordnete fest, dass eine Erhöhung nicht nötig sei.

Auch Herr Dr. Meerheim wies gerade darauf hin, weil es für die Straßenunterhaltung irgendwelche Rücklagen gäbe, knapp 5 Mio. Euro. Der Fachbereich sei nicht in der Lage gewesen, dieses Geld umzusetzen.

Wir staunten nicht schlecht über diese Worte, aber interessanterweise der Fachbereich auch. Denn anscheinend wusste er davon gar nichts. Das ist schon sehr interessant.

Aber hier will ich darauf nicht weiter eingehen. Das wird, denke ich, noch einmal Thema im Finanzausschuss werden müssen. Also Taschenspielertricks mit Finanzpositionen die sollten wir uns gegenseitig nicht antun.

Es gab ja eine Vielzahl von Änderungsanträgen aus allen Fraktionen und es ist bemerkenswert, wie diesmal damit umgegangen wurde. Diese so zu einem Paket zu verschnüren, dass jede Fraktion mal bedacht wurde, aber auch Kröten schlucken musste und zwar so, dass am Ende im Finanzausschuss alle zustimmen konnten, ist schon eine reife Leistung.

Kompliment Herr Dr. Meerheim und Herr Cierpinski.

Auch wir hoffen, dass dieses Paket heute nicht mehr aufgeschnürt wird. Wenn wir uns auf eine neuerliche Diskussion aller Einzelanträge hier im Rat einlassen, weiß keiner, was hinten rauskommen wird. Ausgeglichen dürfte der Ergebnisplan dann jedenfalls kaum mehr sein. Und das sollten wir vermeiden.

Meine Fraktion wird dem Paket jedenfalls zustimmen.

Ich möchte aber trotzdem noch etwas näher auf den Inhalt dieses Paketes eingehen.

Fast alle einzelnen Anträge sind darauf gerichtet, die Ausgaben zu erhöhen. Deckungsvorschläge sind eher selten gebracht worden. Einige findige Ratsmitglieder und vor allem aber die Verwaltung haben trotzdem solche Deckungsvorschläge gefunden.

Wir hätten aber tatsächlich gern mehr Deckungsvorschläge selbst gebracht. Dass uns Ratsmitglieder das aber sehr schwer viel und immer fällt, hat aus meiner Sicht im Wesentlichen zwei Ursachen.

Die erste Ursache. Die Erläuterungen im Haushalt sind noch immer nicht in jedem Fall ausreichend, um die nackten Zahlen erschöpfend interpretieren zu können. Da fällt es schwer, kreativ zu werden und trotzdem genau zu wissen, was man tut. Und den Anspruch haben wir schon.

Ja, mein Eindruck ist schon, dass sich die Situation in dieser Hinsicht verbessert hat. Aber tatsächlich sind die Informationen bei weitem nicht zu jedem Produkt wirklich ausreichend. Gerade den neuen Kolleginnen und Kollegen unter uns wird es, denke ich, besonders schwer fallen, sich selbst an dieser Stelle kreativ und konstruktiv einzubringen.

Ich bitte also um Verständnis in den Fachbereichen und in der Kämmerei. Wir brauchen an dieser Stelle noch mehr Unterstützung.

Die zweite Ursache. Zur Beurteilung einzelner Haushaltsansätze ziehen wir Stadträte in der Regel, neben unserem persönlichen Wissen vom betreffenden Geschehen, gern den Vorjahresansatz und den Mittelabfluss im laufenden Jahr heran. Und wahrscheinlich machen nicht nur wir das so, ich vermute, die Kämmerei wird ähnlich vorgehen.

Den Vorjahresansatz kann man ja gut im Haushaltsblatt ablesen, sogar wir Stadträte. Aber mit dem Mittelabfluss haben wir ernsthafte Probleme. Es gibt einen Stadtratsbeschluss, dass die Ist-Zahlen quartalsweise vorzulegen sind. Das hat aber bisher nur sporadisch stattgefunden.

In diesem Jahr hat es wirklich ungebührlich lange gedauert, ehe wir eine Liste mit den Zahlen vom September bekamen, die aktuell ist, also für die Haushaltsdiskussion. Das ist nicht in Ordnung.

Und noch weniger in Ordnung ist, dass wir die Prognosen für die Erfüllung zum Jahresende überhaupt nicht bekommen haben. Die braucht man aber natürlich zur Beurteilung der einzelnen Ansätze, die ja häufig diskontinuierlich sind. Und sie wurden uns trotz der dringenden Forderung nicht in der Übersicht mitgegeben. Stattdessen hieß es im Fachausschuss, wir sollten die Prognosen, die uns interessieren, vom jeweiligen Haushaltsverantwortlichen erfragen.

Das ist nicht akzeptabel, Herr Geier. Es kann nicht sein, dass auch Sie . . . , es kann ja vielleicht sein, dass auch Sie zu einzelnen Größen keine Prognosen haben. Aber was Sie haben, sollten sie uns nicht vorenthalten.

Die Verwaltung findet immer irgendwelche Deckungsvorschläge, wenn sie nur will. Mich erinnert das ein bisschen an ein Katz- und Mausspiel. Na klar, die Verwaltung hat die wesentlich größeren Potenzen, auch im Umgang mit dem Haushalt. Aber mit uns zu spielen und mal eine Deckung aus dem Hut zu zaubern und mal nicht, ist schon sehr ärgerlich.

Ein illustres Beispiel dafür ist die eine kleine Stelle des Papierrestaurators. Die Streichung sei alternativlos lautete die Antwort auf eine entsprechende Anfrage. Welche Spielräume hier im Stellenplan und Personalwirtschaftsgeschehen aber tatsächlich bestehen, das wird nachher beim Thema Stellenplan noch deutlich werden. Das Agieren der Verwaltung an dieser Stelle jedenfalls war schäbig, mindestens.

Und es gibt leider noch mehr Grund zur Klage, zum Beispiel was die Erfüllung unserer Wünsche angeht. Aber darauf will ich hier heute nicht weiter eingehen. Ich erinnere nur an den Stadtratsbeschluss vom März dieses Jahres. Ich hoffe aber, das wird irgendwann im Finanzausschuss endlich mal schlüssig geklärt werden können.

Ich fordere jedenfalls den Vorsitzenden auf, noch mal für die nächsten Haushaltsdiskussionen vielleicht mit Mustern zu arbeiten, damit zum Schluss alle wissen, wovon wir sprechen, was wir wollen. Also gucken Sie sich den Beschluss vom März noch mal an, da stehen ein paar Sachen drin, die auch nicht erledigt worden sind.

Da solcherlei Gezerre aber schon lange geht, solange ich denken kann eigentlich, habe ich ehrlich gesagt, eigentlich wenig Hoffnung, dass das je grundlegend anders werden wird. Deshalb habe ich diesmal ernsthaft in Erwägung gezogen, meiner Fraktion zu empfehlen, die Haushaltsberatungen solange zu unterbrechen, bis unsere Forderungen erfüllt wären. Wir haben so etwas ja schon einmal gemacht. Und damals waren wir erfolgreich. Mancher wird sich daran sicher noch erinnern. Es ist noch keine zwei Jahre her.

Ich habe dann doch Abstand davon genommen, meiner Fraktion diesen Vorschlag zu unterbreiten. Warum, weiß ich eigentlich auch heute nicht mehr so genau. Jedenfalls habe ich mich an diese Idee rigoroserer Maßnahmen erinnert, als ich mich auf die heutige Rede vorbereitet habe. Denn es gibt noch weit mehr zu kritisierende Punkte, als die bisher aufgezählten. Auch wenn sie teilweise ziemlich lapidar wirken.

Zum ersten. Es gibt keine ordentliche Beschlussvorlage. Die vorliegende ist von Herrn Geier unterzeichnet. Antragsberechtigt im Stadtrat ist aber ausschließlich der Oberbürgermeister. Das tritt übrigens neuerdings auf viele Beschlussvorlagen zu. Auch heute haben wir noch mehrere davon.

Zweitens. War es nicht erst im vergangenen Jahr, dass aus der Ratssitzung noch mal jemand weggeschickt werden musste, um eine abstimmungsfähige Variante der Haushaltssatzung zu erstellen? Ist Ihnen das auch in diesem Jahr wieder passiert oder haben Sie eine in der Tasche, oder ist es am Ende so, dass ich mich irre und so gar nichts geändert werden muss? Könnte sein, ich bin gespannt.

Drittens. In der Gemeindehaushaltsverordnung heißt es im Paragraphen 1, ganz vorne, Absatz 2 „Dem Haushaltsplan sind beizufügen . . . ,“ und dann im Satz 5 . . . „die Haushalts- und Wirtschaftspläne und neuesten Jahresabschlüsse der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden. Das gleiche gilt für die Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde beteiligt ist“, unterschiedslos, an denen die Gemeinde beteiligt ist.

Ich habe nichts davon gefunden.

Wie sollen wir aber beispielsweise über den Wirtschaftsplan für den Zoo abstimmen, wenn der Aufsichtsrat einen Zuschuss von 460.000 Euro empfiehlt, der Zuschuss im Haushaltsbeschluss aber bereits auf 400.000 Euro festgelegt ist?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin eigentlich wirklich kein Paragrafenreiter, aber wenigstens einigermaßen sollten die Spielregeln eingehalten werden.

Na ja, vielleicht haben wir wieder mal Glück und die Kommunalaufsicht merkt es nicht.

Und es gibt noch einen vierten Punkt, der mich schon lange ärgert.

Nachdem der Haushalt eingebracht ist, diskutieren nicht nur wir in den Ausschüssen darüber, sondern offenbar auch die Verwaltung. Dagegen ist ja auch nichts zu sagen, prinzipiell. Ärgerlich ist aber, sogar sehr ärgerlich, finde ich, dass die Vielzahl der Änderungen, die die Verwaltung dann noch im Haushalt vornehmen möchte, nicht in den Plan eingearbeitet werden. Die unüberschaubaren Listen der Änderungen sind doch kaum mehr zu werten.

Ich denke, der Verwaltung sollte hier ein gewisses, vielleicht legt sie es sich auch selber auf, ein gewisses Ultimo gesetzt werden, von dem an keine Änderungen mehr eigenmächtig vorgenommen werden dürfen. Dann könnte der bis dahin erreichte Stand auf Austauschblättern gedruckt beziehungsweise für die Papierlosen in einer aktualisierten Datei ausgereicht werden. Weitere Änderungswünsche sollten dann nur noch über entsprechende Anträge beziehungsweise Beschlussvorlagen des Oberbürgermeisters in den Haushaltsplan implementiert werden können.

Ich denke, wir als Stadträte müssen wissen, worüber wir eigentlich abstimmen. Und bei dem bisherigen Verfahren ist das leider kaum der Fall.

Auch über diesen Punkt, finde ich, sollte im Finanzausschuss noch mal diskutiert werden.

Ich möchte gerne mal wissen, so richtig neugierig in den Raum hinein, hat jemand der anwesenden Damen und Herren ein Exemplar, was soweit gediehen ist, dass wir darüber abstimmen können? Gibt es das?

Oder stimmen wir eben ab über dieses und dann noch die Liste und da noch die Liste? Und mit welchem Datum und aus welchem Ausschuss und von wann?

Ja, schön Herr Meerheim. Dann sind sie aber wirklich . . . , nein, Sie können das nicht haben, den Stellenplan haben Sie auch nicht. Den haben Sie nicht. Also auch den haben Sie nicht. Was soll es.

Jedenfalls sollten wir uns viel mehr Mühe geben, denn es ist ja wichtig, dass das, was wir hier beschließen, auch wirklich seine Richtigkeit hat.

Ich habe nämlich beispielsweise beim Nachsehen in alten Haushaltsplänen durchaus unterschiedliche Varianten gefunden von Plänen. Und da muss man erst immer gucken, ja welche ist denn jetzt eigentlich die richtige.

Aber gut, wir sollten uns für die Zukunft an der Stelle Mühe geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal zurück zum Antragspaket kommen. An einer Stelle machen wir es nämlich trotz des Vorhingesagten noch einmal auf. Und zwar im allerletzten Punkt des Paketes, der Stellenstreichung im OB-Büro. Aber keine Angst, für das Gesamtpaket ist das völlig unschädlich.

Es handelt sich hier nämlich um eine Beamtenstelle, auf die ein leibhaftiger Mensch eingewiesen ist.

Wir hatten gefragt, welche Kosten insgesamt durch die Reaktivierung dieses Beamten aus der Altersteilzeit für die Stadt entstanden sind. Es war am vergangenen Dienstag im Finanzausschuss. Eine Antwort wurde uns für den Mittwoch zugesichert, dann für den Donnerstag. Wir haben sie bis heute nicht.

Das können wir nur so interpretieren, dass der Oberbürgermeister nicht antworten will. Denn dass diese Kosten nicht ermittelt werden konnten, wollen wir nicht glauben. Und ich muss Sie, Herr Oberbürgermeister, natürlich dringend auffordern, die Verweigerung dieser Information zu begründen.

Trotzdem ist es schon so, wir haben diese Stellenstreichung vorgeschlagen, weil wir aus dem „Grebe-Gutachten“ und aus der Stellenbeschreibung wissen oder der festen Überzeugung sind, wie das eben so ist, der Meinung sind, dass es dieser Stelle im OB-Büro nicht bedarf. Das OB-Büro ist erheblich gewachsen, wenn man den Stellenplan anguckt. Innerhalb von zwei Jahren von 34 auf 50 Stellen. Das ist schon eine ganze Menge Holz. Aber das ist die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters.

Eine zweite Stelle, wie sie eigentlich im Geschäftsbereich IV inhaltlich angesiedelt ist, müssen wir dort aber nicht unbedingt haben.

Also deswegen von uns der Antrag „ist zu streichen“.

Und wir waren dann auf der Suche nach einem Ersatz, denn ein eingewiesener Beamter der kann nicht in die Wüste geschickt werden, den kann man nicht entlassen, das geht gar nicht. Er braucht also eine andere adäquate Stelle. Wir haben sogar in Erwägung gezogen, eine andere Stelle, die möglicherweise etwas niedriger bewertet ist, aufzuwerten, mit einem „ku“ zu versehen und die als Möglichkeit für die Verwendung dieses Beamten anzubieten. Wir haben diese Stelle nicht gefunden.

Deswegen sind wir jetzt hier nicht stur und ziehen den Antrag dieser Stellenstreichung zurück, weil wir wissen, dass es technisch nicht umsetzbar ist. In der Sache suchen wir weiterhin nach Möglichkeiten, sage ich mal, das „Grebe-Gutachten“ umzusetzen. Aber jetzt, mit dem Haushalt geht es nicht.

Nach diesem Thema möchte ich aber doch zum Stellenplan kommen, der uns ja in den letzten beiden Jahren sehr intensiv beschäftigt hat.

Er ist in diesem Jahr eigentlich weniger aufregend, auch wenn Herr Krause sagt, der ist unübersichtlich, das ist wohl wahr, aber er ist weniger aufregend als bisher, aber harmlos ist er nicht, denn es werden wieder zahlreiche Änderungen in den Strukturen stattfinden. Zum großen Teil, wie auch Herr Krause vorhin sagte, haben sie sogar schon stattgefunden, unterjährig. Ja, ich weiß schon, die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters..., aber Stadtratsbeschluss und Stellenplan sind eben auch nicht ganz von der Hand zu weisen.

Im Vorbericht zu unserem Haushalt heute steht, den horizontalen Deckungskreis Personalaufwendungen plant und bewirtschaftet zentral der Fachbereich Verwaltungsmanagement. Personalaufwendungen sind übergreifend als deckungsfähig erklärt.

Ich will nicht ausschließen, dass das rechtlich sogar korrekt sein könnte; ich konnte das noch nicht prüfen. Aber so oder so: Es macht unser Agieren in diesem Bereich zur Farce! Dann brauchen wir eigentlich hier wirklich nichts mehr beschließen. Dann sagen wir, da haste deinen Sack voll Geld und dann mach damit was du denkst. Weil sowieso Tür und Tor wirklich der Verwaltung geöffnet sind und wir da nicht mal mehr unterjährig irgendwelchen Einfluss nehmen können.

Wir beschließen also etwa soundso viel Personal für eine bestimmte Aufgabe, für einen bestimmten Bereich, und der Oberbürgermeister zieht die Hälfte davon für eine andere Aufgabe ab. Dass das geht, kann wenigstens nicht im Sinne des Erfinders sein, wie man so sagt.

Und was solche Freiheiten mit einer Verwaltung anstellen können, sehen wir in Halle ganz deutlich. Offenbar ohne lange genug zu überlegen, haben Sie, Herr Dr. Wiegand, am ersten Tag Ihrer Amtszeit Strukturen gründlich durcheinander gewirbelt. Aber wenn jemand gedacht haben mag, dass das nur ein Anfangswirbel wäre, dann hat der sich gründlich geirrt – seit zwei Jahren wirbelt es beständig. Und was Sie jeweils als der Weisheit letzten Schluss hinstellen, Herr Oberbürgermeister, korrigieren Sie mit einer nicht für möglich gehaltenen Halbwertszeit selbst immer und immer wieder.

Auch seit der Einbringung des Haushalts ist der Stellenplan nicht unwesentlich verändert worden, und ich finde es richtig, dass der Personalausschuss jede Behandlung Ende November verweigert hat, ohne über entsprechende Unterlagen zu verfügen. Es war dann sehr kulant von den Mitgliedern dieses Ausschusses, dass sie eine Woche später diese Unterlagen als Tischvorlagen akzeptiert haben; das hätten sie nach unserer Geschäftsordnung nicht gemusst. Aber gut, sie haben es gemacht.

Und ich bin froh, dass wir diesen Ausschuss haben, denn ich bin auf ein Problem gestoßen, das wir ohne ihn wahrscheinlich gar nicht in Angriff nehmen könnten; es wird wahrscheinlich schon für den Ausschuss und die darin sitzenden Spezialisten schwierig genug werden, den jetzt aufzuwerfenden Fragen auf den Grund zu gehen.

Ich habe mir nämlich mal die Entwicklung des Stellenplans über die letzten Jahre angesehen, und dabei bin ich auf ein seltsames Phänomen gestoßen.

Die Entwicklung der Stellen insgesamt ist rückläufig, ziemlich kontinuierlich; das wissen wir eigentlich alle, das wollen wir auch so, und das trifft auch auf die IST-Besetzungen der Stellen per jeweils 30.06. zu. Aber es gibt einen Sprung in die andere Richtung. Im Jahr 2013 nämlich war die Gesamtzahl im IST am 30.06. bereinigt um alle schrägen Nebeneffekte, Altersteilzeit und so weiter, um ca. 90 Vollzeitstellen höher als ein Jahr zuvor. Und wahrscheinlich bezahlen wir im Moment noch immer mehr als 80 Vollzeitstellen mehr als vor dem Amtsantritt Dr. Wiegands, als besetzte Stellen. Der Stellenplan wird zwar zur Kalkulation, jede ausgebrachte Stelle wird mit ihren kalkulatorischen Kosten nach Personalkosten kalkuliert. Aber das IST, ist gewachsen. Und das finde ich bemerkenswert.

Es ist vielleicht nur eine Ironie des Schicksals, das kann ich mir jetzt aber nicht verkneifen, dass Ihre wesentlichste Neuschöpfung, Herr Oberbürgermeister, die Dienstleistungszentren, insgesamt im Moment 87,75 Vollzeitstellen führen, aber möglicherweise steckt ja tatsächlich System dahinter.

Möglicherweise sind die Dienstleistungszentren nicht umorganisierte, sondern zusätzliche Mitarbeiter? Ich will nicht weiter spekulieren, das sind Stichtagsbetrachtungen, aber ich kenne mich ein bisschen mit Statistik aus, es wäre schon komisch, wenn die nicht stimmten.

Aber ich hoffe, dass es für diesen bemerkenswerten Aufwuchs auch eine vernünftige Begründung gibt, wenn ich die wahrscheinlich auch nicht heute hier erwarten darf, damit wir nicht wieder weiter streiten müssen.

Und noch etwas habe ich mir angesehen: Die gut bezahlten Stellen. Sie hatten ja eine Straffung der Verwaltungsstrukturen proklamiert, Herr Dr. Wiegand, und dahinter habe ich – vielleicht in meiner Naivität – vermutet, dass das auch mit einer Reduzierung der Führungsstellen verbunden sei. Immerhin hat ja mancher der heutigen Chefs tatsächlich zwei oder mehr der früheren Struktureinheiten zu führen. Also war meine Vermutung vielleicht gar nicht so weit her geholt.

Aber, so ist das nicht: Auch die besserbezahlten Stellen sind angewachsen.

Also, unter dem Strich: die Personalkosten sind seit Ihrer Amtsübernahme, Herr Dr. Wiegand, deutlich angestiegen. Vielleicht durch Ihre Strukturreformen, vielleicht aber auch aus anderen, objektiven Gründen. Aber an der Schwelle der Personalkosten, denke ich, sind aber auch der Organisationshoheit des Hauptverwaltungsbeamten Grenzen gesetzt.

Ich denke, hier müssen wir noch gründlicher analysieren und agieren als bisher; am besten mit Ihnen gemeinsam, Herr Oberbürgermeister. Das möchte ich ausdrücklich als Angebot verstanden wissen. Denn wir sind ja, denke ich, alle daran interessiert, den begonnenen personalwirtschaftlichen Prozess erfolgreich weiterzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt sicher zahlreiche Einzelansätze, auf die man hier noch näher eingehen könnte, aber ich glaube, ich habe schon lange genug geredet; deshalb möchte ich darauf verzichten.

Die CDU/FDP-Fraktion wird nicht aus dem gemeinsam eingeschlagenen Kurs des konstruktiven Umgangs ausscheren. Die Atmosphäre in den Ausschussberatungen war alles in allem sehr angenehm, weil eben von Kollegialität und Konstruktivität geprägt. Und ich freue mich, wie sich die neuen Kolleginnen und Kollegen in dieses Klima in unserem Stadtrat eingelebt haben, so empfinde ich das, vielleicht darf man das an dieser Stelle auch mal sagen.

Danken möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und den Mitarbeitern der Verwaltung, die sich sichtlich Mühe gegeben haben, die Haushaltsberatungen zu einem guten Ende zu führen, trotz manchmal auch widriger Bedingungen.

Zur Begründung für unsere Zustimmung zum gemeinsam gefundenen Kompromiss und zum Haushalt insgesamt, möchte ich noch einmal auf die eingangs gebrauchten Worte verweisen.

Die Umsetzung der angestoßenen und geplanten personalwirtschaftlichen Maßnahmen geht besser, wenn wir einen beschlossenen und genehmigten Haushalt haben; und darauf warten ja auch nicht gerade wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Die neuen Investitionsmaßnahmen gehen, wir wissen das alle, nicht nur besser mit dem genehmigten Haushalt, sie gehen ohne gar nicht.

Wir haben diesmal als CDU/FDP-Fraktion nicht lange gezögert: Auch dieser Haushalt ist um Längen besser als gar keiner.

Aber wir erwarten, dass wir im nächsten Jahr nicht erst im Herbst, und das meinen wir wirklich ernst, mit einem neuen Haushaltsentwurf dann erst beginnen, über das strukturelle Defizit nachzudenken. Über die finanziellen Perspektiven der Stadt sollten wir uns jetzt wirklich dringend bemühen, schleunigst ins intensive Gespräch zu kommen, viel mehr, als das bisher der Fall war.

Das habe ich übrigens genauso schon im vorigen Jahr gesagt. Aber leider waren die Folgen nicht so deutlich. Uns kann und darf der ausgeglichene Ergebnisplan nicht über die sehr, sehr heikle Gesamtsituation hinwegtrösten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte auch Sie um Ihre Zustimmung!

Frau Dr. Brock, Fraktionsvorsitzende - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, wie schon im letzten Jahr, werde ich versuchen, dass einige Punkte, die sich sicherlich jetzt auch noch mal wiederholen werden, ein bisschen optisch unterstützt werden und dass deshalb vielleicht auch dazu beiträgt, dass wir wieder Lust in der Debatte entwickeln. Und ich würde mir wünschen, dass wir vielleicht in Zukunft diese Lust an der Debatte durch eine Einbringung, einer lustvollen Einbringung des Haushaltes sozusagen angeregt werden. Das fanden wir in diesem Jahr nicht so angenehm, dass wir letzten Endes ein Papierwerk vor der Nase hatten, was aber nicht entsprechend begründet und in seinen Eckpunkten erläutert uns hier vorgelegt worden ist. Sei es drum. Das ist vielleicht eine Anregung für das nächste Jahr.

Aber nun möchte ich gern in unsere Positionierung einsteigen.

Also zur Einleitung und zur Einführung zunächst. Wie die Kollegen das schon gesagt haben, die rechtzeitige Einbringung darf man nicht vergessen, ist ein Gewinn, den wir nun im zweiten Jahr erleben konnten. Wir haben aber einen Beratungsmarathon hinter uns, der aber eben genau geprägt war, durch die von den Kollegen bereits erwähnte konstruktive Auseinandersetzung.

Ich komme natürlich auch noch zu einigen Kritikpunkten, aber im Großen und Ganzen kann man schon sagen, dass es da auch eine klimatische Veränderung gab, im Verhältnis zu dem, wie wir früher auch Haushaltsberatungen gemacht haben.

Zunächst, für uns als Fraktion war der Haushalt nicht zustimmungsfähig, jedenfalls in seiner ersten Fassung. Das lag vor allem daran, dass es pauschale Kürzungen in Dezernaten gab,

eigentlich eine sinnfreie Reduktion von Leistungen, ohne aus unserer Sicht irgendeine Art von Aufgabenkritik zu haben, die das ganze untersetzt hätte.

Und wir hatten einen Prozess in der Fraktion, der natürlich auch in so einer kleinen Fraktion besonders emotional ist. Wo wir einfach gemerkt haben, es muss vielleicht sogar Überlegungen geben, die schwarze Null aufzugeben, weil wir uns versucht haben, im Vorfeld eben die Deckungsvorschläge auszusuchen. Und wir haben keine Deckungsvorschläge gefunden. Und da gab es einen Frustrationsprozess, der eben genau dazu geführt hat, gegebenenfalls sogar diesen Schritt gehen zu müssen. Das ist dann zum Glück im weiteren Verlauf nicht mehr notwendig gewesen.

Ja, all diese Gegenfinanzierungen, die wir gefunden hätten, hätten wir als unzumutbare Einschnitte wahrgenommen und deshalb nicht einbringen wollen.

Ja, was ist am Prozess letzten Endes doch noch zu kritisieren? An vielen Stellen haben wir dann doch noch den Willen der Stadtverwaltung vermisst, mehr Transparenz an den Tag zu legen. Und es war wenig Aussagefähigkeit zu spüren, zu den Folgen der Kürzungen, die von der Verwaltung vorgeschlagen worden sind.

Insbesondere unsere neuen Stadträtinnen und Stadträte standen dann oft mit offenem Mund davor, wenn ihnen nicht gesagt werden konnte, was das denn für Konsequenzen hat.

Und etwas, was man auch kritisieren muss, dass der Bürgerhaushalt letztlich tot ist. Man könnte sagen, er spielt eigentlich keine Rolle mehr.

Etwas, was wir auch schwierig finden, auch wenn es gerecht im Sinne von Tarifaufwuchs der städtischen Mitarbeiter ist, aber dass das letzten Endes der gleiche Topf ist, aus dem zum Beispiel dann im Sozialbereich freie Träger bedient werden und wo man dann sagt, ja, die sollen bluten für etwas und ausgleichen, was letzten Endes in der Stadtverwaltung an berechtigten Tarifaufwüchsen passiert. Auch da sollten wir uns in Zukunft und nicht nur im Sinne von Veränderungsanträgen da in der Gerechtigkeit auch mehr bewegen.

Uns fehlen nach wie vor noch strategische Überlegungen und Schwerpunkte.

Weitblick in der Finanzpolitik verliert sich gegebenenfalls eben gerade in den Debatten über einzelne Haushaltspositionen. Da haben wir jetzt noch mal sozusagen die Zuspitzung.

Ein bisschen noch zum Allgemeinen.

Der Vorwurf, der Entwurf wurde ja eingebracht, enthält im Ergebnishaushalt kein Defizit. Wir haben es schon gehört, die Lücke über 40 Mio. und er liegt uns vor mit allen Bestandteilen. Und wir haben im Rat 2014 im April ja einen Antrag beschlossen, von uns eingebracht, dass es zusätzliche Erläuterungen und Erklärungen gibt. Die sind aufgenommen worden und umgesetzt worden. Das ist allerdings weiterhin ausbaufähig.

Praktische Auswirkungen von Kürzungsvorschlägen in der Haushaltsberatung müssen unserer Meinung nach eingebracht werden und nicht erst auf gesonderte Nachfrage passieren.

Was sind es für Rahmenbedingungen? Das ist ja was, was Sie von unserer grünen Fraktion immer wieder gehört haben, dass es letzten Endes darum geht, die Landesregierung auch in die Pflicht zu nehmen.

Und die Forderungen des Städte- und Gemeindebundes sind eben gerade nicht von unserer Landesregierung aufgenommen worden. Der Landesregierung steht der Schuldenabbau immer noch über eine bessere Ausstattung der Kommunen. Wir werden allein gelassen mit den hohen Kosten und insbesondere, und das sollten wir nicht vergessen, auch in dieser Debatte, dass die Kürzungen der TOO und auch letzten Endes indirekt die an der MLU, sich auf die Stadtgesellschaft und den Haushalt auswirken werden.

Und letzten Endes, und das ist auch ein Kritikpunkt in Richtung Land, werden die Ausgleichszahlungen, Entlastungen des Bundes, eben zum Teil im Landeshaushalt aufgeessen. Gerade was KdU betrifft oder Grundsicherung im Alter, kommt da eben nichts wirklich von dem, was der Bund da an Entlastungen den Kommunen geben will, an.

Und wir haben letzten Endes auch keine aufgabenbezogene Berechnung beim Land. Das heißt, das Konnexitätsprinzip ist unserer Meinung nach nicht eingehalten.

Und da komme ich gleich zu den notwendigen Maßnahmen.

Wir hätten uns nämlich wirklich mehr Protest der Stadt auch gegen das FAG gewünscht. Leider sind Sie uns da nicht gefolgt, in Richtung Klage zu gehen.

Aber es gibt auch noch andere Punkte, die wir für notwendig halten, als jetzt nur auf die anderen zu schießen.

Wir müssen sehen, dass wir die Förderung von Prävention, insbesondere im Bereich Soziales und Jugendhilfe weiterhin stärken. Und das hat für uns eben auch was mit Bekämpfung von Kinderarmut zu tun.

Wir brauchen ausreichend Unterhaltung von Schulsachkosten, dass dort der Betrieb auch entsprechend würdig, kinder- und menschenwürdig, aufrechterhalten werden kann. Mit menschenwürdig meine ich insbesondere auch Sanitäreanlagen.

Und wir brauchen Radwege, Fußwege und Fahrradabstellanlagen, was ja zum Glück in diesem Haushalt auch berücksichtigt werden konnte, als erste Schritte.

Wir wollen natürlich, und das wird Sie nicht überraschen, die Zukunftsperspektiven weiter sichern in diesen Bereichen Grünflächen, Spielplätze. Wir sind die grünste Stadt in Sachsen-Anhalt. Dann sollten wir diese Rolle, oder sogar bundesweit, wir sollten diese Rolle nicht aufgeben.

Wir sollten weiterhin die Schulsozialarbeit voranbringen. Da haben wir es genau mit einer Aufgabenkritik zu tun. Da haben wir nämlich gemerkt, dass die wirkungsvoll ist. Und wenn sie uns jetzt nicht mehr von jemand anders finanziert wird, dann müssen wir an der Stelle auch in die eigene Tasche greifen.

Und, was uns auch wichtig ist, ist die Förderung der freien Kultur. So bitter das ist, was mit der TOO passiert, es kann doch nicht sein, dass der städtische Haushalt an anderer Stelle dann überhaupt gar nicht mehr in der Lage ist, in irgendeiner Form in Richtung freie Kultur zu argumentieren.

All das hat letzten Endes dazu geführt, dass wir Kompromisse unserer Vorschläge im Finanzausschuss erreichen konnten und das viele wichtige Anliegen durchgesetzt werden konnten.

Unsere Vorschläge sind für die Zukunft insbesondere, dass wir unbedingt ein Raumkonzept brauchen für die Verwaltungsgebäude der Stadt. Was nützt es uns, Am Stadion 5 irgendwann mal aufzugeben, wenn wir es vorher sanieren etc.? Wozu brauchen wir irgendwelche neuen Gebäude am Riebeckplatz, ohne zu wissen, ob wirklich was fehlt? Das ist für uns eine ganz wichtige Eckmarke für die zukünftige Haushaltsplanung.

Und wir haben eine Reihe von Konzeptionen, allerdings weiterhin auch dafür keine ausreichende finanzielle Ausstattung.

Die Kleingartenkonzeption, lange beschlossen, hat keine eigene Haushaltsstelle. Auch Radverkehrskonzeption, Spielflächenkonzeption sind nicht wirklich gut ausgestattet. Und wir haben ein kulturpolitisches Leitbild. Was ist mit deren Umsetzung? Und man könnte dem OB folgend sagen, Konzepte liegen vor, aber wo bleibt denn dann das Geld? Sie erinnern sich an das Zitat von Herrn Dr. Wiegand.

Investitionen in Nachhaltigkeit bedeutet eben, Schulen statt Straßenunfallsprojekte, aus unserer Sicht, wie den Hufeisensee und die Merseburger Straße zu vermeiden und insbesondere auch die Perspektive energetischer Sanierung bei allen Investitionsmaßnahmen mit in den Blick zu nehmen.

Das heißt, wenn man den Haushalt, der uns jetzt vorliegt, letzten Endes bewertet, kann man auch noch hinzufügen, was der Kollege auch schon erwähnt hatte, dass die Pflichtaufgaben viel zu gering angesetzt sind. Das ist in gewisser Weise auch ein Haushaltswahnsinn, weil wir dann immer wieder über Nachtragshaushalte letzten Endes nachkorrigieren müssen.

Wir haben das Problem der Einnahmenseite des Haushaltes. Und gerade da stecken auch immer wieder die potentiellen Deckungsmöglichkeiten, die aber insgesamt noch relativ unberechenbar sind.

Wir brauchen auch in Zukunft ein Kommunikationsklima, was Transparenz bedeutet und was eben auch Wirkungsanalysen beinhaltet. Und letzten Endes geht es glaube ich, um ein Grundverständnis von kommunaler Politik und dass es der Stadtrat gestaltet und die Verwaltung setzt um.

Die Risiken, die wir in diesem Haushalt noch sehen, seien hier noch mal zusammengefasst, bevor ich zu unserem Fazit komme.

Die Umsetzungen der Kürzungen der TOO sind noch keineswegs in trockenen Tüchern. Auch da gibt es noch Dinge, die uns möglicherweise im nächsten Jahr in irgendeiner Form erreichen werden, zumindest in der Debatte erreichen werden.

Wir haben eine Stadt der Kunst und Kultur. Im nächsten Jahr ist 100 Jahre Giebichenstein. Wo bleibt die Diversität? Wir haben kaum Möglichkeiten, die bildende Kunst zu unterstützen. Womit ich nicht die Burg als Institution meine, sondern die bildenden Künstler vor Ort. Und wie gesagt, die freie Szene.

Ein Risiko ist auch, da hat ein Kollege auch schon darauf hingewiesen, die Mammutaufgabe Investition Hochwasserhilfe und Stark III personell zu untersetzen. Möglicherweise ist wirklich nicht genug Personal da, um die Umsetzung all dieser Baubeschlüsse ordnungsgemäß voran zu treiben.

Und auch die Unberechenbarkeiten, was die Eissporthalle betrifft, sind letzten Endes Dinge, die wir gemeinsam möglicherweise auch im nächsten Jahr noch aufmerksam verfolgen und anpacken müssen.

Und, es gibt nach wie vor Unklarheiten im Bereich Marketing. Strategische Aufgaben für Optimierung der Einnahmen sind an der Stelle noch nicht zu Ende gedacht. Wir haben da ja nicht nur heute, sondern auch in den nächsten Stadträten sicherlich noch einige Debatten über das zu führen.

Und auch die Zukunft der Universität last but not least, auch wenn wir sie nicht direkt mit finanzieren, auch wenn sie sozusagen ein Landesunternehmen ist, sie wirkt in die Stadt hinein. Wir haben sie als Gesellschafter in der Stadtmarketinggesellschaft, wo wir uns freuen, dass es jetzt im Sinne des Kompromisses gelungen ist, da keine Kürzungen durchzusetzen.

Insofern tun alle Akteure dieser Stadt gemeinsam miteinander.

Unser Vorschlag für die Zukunft ist also, vielleicht so etwas wie eine Klausur zwischen Stadtrat und Stadtverwaltung im Vorfeld der Haushaltserstellung, wo Wegvorgaben, Eckpunkte, strategische Schwerpunkte gestaltet werden und man dann eben vielleicht die Möglichkeit hat, nicht erst nach der Einbringung zu debattieren. Das heißt, den Stadtrat mitzunehmen bei allen Entscheidungen des Konzern Stadt.

Wir brauchen ein Konzept der Entwicklungsrichtung unserer Stadt. Letzten Endes müssen wir wissen, wo wir hin wollen. Halle als mitteldeutsche Entwicklungsmetropole könnte unser aller Überschrift dabei sein.

Unser Fazit. Die konstruktive Atmosphäre, die neue Qualität in der Zusammenarbeit der Fraktionen, hat dazu beigetragen, dass wir sagen können, Dank an Alle zum Gelingen der Haushaltsberatungen, Dank an Dezernat I und die Kollegen im Finanzausschuss. Und uns ist auch der Glaube an Wunder geblieben, im Sinne, dass dann doch immer noch mal ein Geld zu finden war. Und in diesem Sinne ist bei uns die Zustimmung möglich.

Ich danke Ihnen.

Herr Wolter, Fraktionsvorsitzender, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Ja, gemessen an der Größe der kleinsten Fraktion, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, versuche ich mich auch anzupassen und die Redezeit zu beschränken.

Wir befinden uns ja, wie gefühlt, so ein bisschen im Vorwahlkampf. Das ist ja ganz spannend, so bezogen auf den Landtag 2016, so mal Ausführungen zu hören. Ich hoffe, das wird dann noch spannender bei der nächsten Abschlussberatung.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger.

Es ist für viele hier im Stadtrat der erste Haushalt, den sie mit verabschieden dürfen, mit beschließen können und, vielleicht darf ich daran erinnern, es ist der erste Haushalt, den wir nicht mit Altholz beschließen, sondern mit einem kleinen süßen Gerät, was uns, sage ich mal, die technischen Schwierigkeiten einer bestimmten Firma vor Augen geführt hat.

Ich möchte im Einzelnen gar nicht auf die Punkte eingehen, die wir jetzt schon von mehreren hier gehört haben, sondern nur einige Feststellungen und Anmerkungen vornehmen.

Es liegt für uns alle in den letzten drei Monaten eine sehr herausfordernde Zeit hinter uns. Doch wir haben es vollbracht, dass wieder der Haushalt für das kommende Jahr im alten beschlossen werden soll.

Und, Herr Oberbürgermeister, Herr Dr. Wiegand, dafür von unserer Fraktion an Sie den ganz besonderen Dank. Denn ich denke, dass es mit so einer großen Verwaltungseinheit notwendig ist, dass man da an der Spitze diese Forderungen definiert, dass man die umsetzt, dass man sie aber natürlich auch mit Ressourcen untersetzt, dass es überhaupt umsetzbar bleibt und, Herr Bürgermeister Geier, Sie mit Ihrem Team vor allen Dingen uns bei den ganzen Ausschusssitzungen so konstruktiv begleitet haben.

Also ein Dankeschön dafür, dass wir das heute überhaupt behandeln können. Auch mit der kleinen Korrektur, Herr Dr. Meerheim hat darauf hingewiesen, dass wir eben eine gewisse Art von längerer Beratungszeit benötigten.

Es ist aber eben nicht nur für Yvonne Winkler der erste Haushalt, der hier beschlossen wird, sondern ja für viele andere.

So ist es auch eine besondere Belastung und erfordert eben nicht nur von den Ausschussvorsitzenden, sondern eben auch von der Verwaltung eine gewisse Transparenz, die Nachvollziehbarkeit und auch Hinweise, Hilfen in den Rat hinein, damit wir die Vorlage, die Sie uns hier anvertraut haben, Herr Oberbürgermeister und Herr Bürgermeister, beraten können, beschließen können und mit bestimmten Veränderungen versehen, wieder zurückgeben hier in den Rat.

Sie wissen es, das ganze Jahr war überschattet von einem Kommunikationsdefizit zwischen Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und uns. Wir haben heute wieder einen Widerspruch, ich sage mal, sehr spät, die Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes zurückbekommen.

Es ist eine, sage ich mal, ein gewisser Schatten auf dem Jahr, für mich selbst auch, inklusive der Kommunalwahl. Und es schien ja immer so, dass wie als Rat von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, nicht akzeptiert werden, als die Vertreter der Bürgerschaft. Sondern, dass es eigentlich mehr so einen Wunsch gibt, dass Sie vielleicht andere Personen, andere Gruppierungen hier hinein wünschen, um damit konstruktiv arbeiten zu können.

Aber auch auf Grund Ihrer sehr kurzfristigen Informationspolitik gern über die Bande der auch hier im Saal anwesenden Personen gespielt, also über die Presse, haben wir sehr konstruktiv, so glaube ich, in den letzten Wochen intensiv miteinander gearbeitet, mit sehr vielen Mitarbeitern aus der Verwaltung diskutiert über Lösungsmöglichkeiten, über Finanzierung, über Kosten gesprochen, und deswegen liegt eben heute hier der Kompromiss vor.

Und Herr Dr. Meerheim, es ist nun oft genug erwähnt, und Herr Cierpinski haben diesen Vorschlag im Finanzausschuss diskutiert, eingebracht und für mich auch sehr beispielhaft gezeigt, was durch eine konstruktive Begleitung eines Prozesses überhaupt möglich wird. Nämlich, in der Abwägung von vielen Einzelinteressen aktiv auf die einzelnen Partner zugehen und, ich will es mal so sagen, nicht in einem Elfenbeinturm eines Amtes sitzen bleiben und warten, dass dort vielleicht durch eine gewisse Klarheit Lösungen entstehen, sondern mit den Beteiligten zusammen hier ein Kompromiss. Und das heißt ja nur Kompromiss, eine bestmögliche Lösung mit den Bedingungen, die wir hier haben, die wir hier vorfinden.

Zwei Anmerkungen zu dem, was wir als Fraktion vermissen.

Ja, das Mitnehmen, Herr Oberbürgermeister. Wenn wir jetzt gerade über den Haushalt sprechen, ist es schon für uns erstaunlich, dass wir aus der Presse erfahren, dass bis Ende des Jahres 2014 wohlgemerkt, die Mieter des 188 aufgefordert werden, doch bitte das Haus zu verlassen, wir im Finanzausschuss einen Kompromiss erarbeitet haben, der aber heißt, wir wollen etwas aufstocken, um die Möglichkeit zu geben, dort in einer gewissen Perspektive Zukunftsszenarien zu entwickeln. Das wird nicht diskutiert, das wird nicht im Kulturausschuss diskutiert, das erfährt man von betroffenen Bürgern.

Das ist sozusagen nicht der Stil, den wir uns wünschen.

Zum Thema Bürgerhaushalt.

Sie wissen das, dass es uns am Herzen lag und liegt. Sie wissen es, Herr Geier, dass wir mit sehr vielen Vorschlägen da reingegangen sind, mit vielen Warnungen, dass hier eine Unterbrechung passieren muss, dass man hier nicht sitzen kann und sagen kann, mal sehen wer vorbeikommt, der wird vielleicht einen Hinweis geben.

Dass wir gerade im Interesse einer Diskussion mit der Bürgerschaft über bestimmte Schwerpunkte, dass was Sie, Herr Dr. Wiegand ja auch eingefordert haben von unserer Seite, also eine Prioritätensetzung vorzunehmen, dass das nicht einfach so mal passiert.

Und dass ein Freischalten einer Webseite nicht gleichzeitig bedeutet, dass dort Zehntausend User drauf ihre Meinung und ihre Mitarbeit aktiv mit einbringen.

Deswegen sind wir auf jeden Fall interessiert daran, weiterzudenken, dass wir gerade in der Vorbereitung, ich denke auch, dass Herr Bönisch da ganz viele Punkte angesprochen hat, die auch in den Beratungen offenbar worden. Ich erinnere an viele Nachfragen von Herrn Knöchel, die gerade in der Darstellungsmöglichkeit in dem jetzigen Haushalt, ich sage mal, noch Reserven sind, die einerseits die Beratungen, denke ich mal, konstruktiver gestalten lassen können und natürlich auch den Informationsfluss zu den Mitgliedern der Ausschüsse.

Ob es jetzt einer anderen Diskussionskultur bedarf oder ob man einfach sagt, das bleibt so, das verbessern wir sowieso nicht, wir haben ja sozusagen Zitate gehört, dass man sagt, das war immer so, es wird immer sein, es gibt ganz viel Geschrei.

Ich bin ja so jemand, der die Hoffnung nicht aufgibt, nicht unbedingt an Wunder glaubt, aber gerade durch den Kompromiss, der hier im Finanzausschuss erarbeitet wurde, sehe, dass dort in einem gemeinsam abgesteckten Verfahren dort wirklich eine gewisse Zukunft liegt und wo wir, denke ich auch, ein Zeichen setzen hin zum Oberbürgermeister, dass diese Beteiligung natürlich viel zielführender ist, viel mehr Leute mitnehmen lässt, als dass wir hier gegeneinander vielleicht sogar noch über Widersprüche irgendwo eine Art Klarheit schaffen.

Wir als Fraktion haben uns mit eigenen Vorschlägen und Ideen auch in die Haushaltsberatungen, in den Fachausschüssen, auch in den Finanzausschuss eingebracht. Wir sind Bestandteil des Paketes und werden auf jeden Fall dieser Kompromisslösung, dem Paket aus dem Finanzausschuss zustimmen und hoffen, dass wir mit diesem Haushalt Eckpunkte, eine Grundlage für eine Qualität in der Aufgabenerfüllung in der Verwaltung führen und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Bürgermeister Geier

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Gäste.

Es ist jetzt natürlich unheimlich schwierig, auf die ganzen Anregungen, Hinweise und Kritiken zu reagieren. Aber ich fange einfach mal an mit dem Hinweis von der Stadträtin Brock, lustvolle Einbringung. Das nehme ich mir zu Herzen für das nächste Jahr. Und bei lustvoller Einbringung da kommt mir immer wieder dieser Werbespot von Jürgen Klopp im Hinterkopf hoch. Und da sagt er „Lust am Gewinnen“. Vielleicht ist es auch nicht schlecht, weil, es passt natürlich auch zu unseren Haushaltsberatungen hier 2015. Die Lust am Gewinnen, die Lust am Haushaltsausgleich, die Lust, sich politisch zu einigen. Ja, das kann man einfach nur in jede Richtung unterstützen.

Und da kann ich auch sehr gut überleiten auf diesen Änderungsvorschlag aus dem Finanzausschuss.

Meine persönliche Wertung dazu ist einfach die, dass das ja ein Paradebeispiel ist, wie ein Stadtrat in seiner Königsdisziplin, nämlich dem Etatrecht, da zu einem Gesamtergebnis kommen kann, unter Rahmenbedingungen, die einfach so sind, dass zu wenig Geld da ist, dass jeder natürlich seine Positionen möglichst berücksichtigt haben möchte, dass man da auch was abgeben muss und dass zum Schluss aber das Gesamtpaket stimmig sein sollte und das dann auch noch in einer vernünftigen Zeitschiene passiert.

Da kann ich wirklich nur meinen Respekt dazu zollen und jedem der Akteure, die sich hier eingebracht haben, danken und meine Anerkennung aussprechen.

Für mich war jetzt auch interessant in den Ausführungen, dass es da zur Beratungsfolge doch viele Punkte gibt, die da zu überlegen sind. Ich nehme das gerne auf, dass man sich zu den Beratungsfolgen nochmal abstimmt. Ich möchte allerdings bei dem Punkt auch darauf hinweisen, dass die Einbringung eines Haushaltes immer eine Momentaufnahme ist, weil da ja ein Redaktionsschluss dahinter steht.

Und dass natürlich bei einer sehr langen Debatte zu einem Haushalt sehr, sehr viele Änderungen kommen. Und zwar nicht nur aus der Verwaltung und nicht nur aus dem Rat, sondern auch durch irgendwelche Entwicklungen im Landtag oder teilweise im Bundestag. Das führt dann natürlich auch dazu, dass wir einen höheren Änderungsdienst haben.

Und meine Empfehlung kann da nur sein, dass man Haushaltsberatungen stringent durchführt und wenn es da an der einen oder anderen Stelle was zu verbessern gibt, dann soll es an mir nicht liegen.

Ich möchte auch die Gelegenheit dazu nutzen, das greife ich jetzt einfach mal auf, dass ich interessierte Stadträte dazu einlade, sich einfach mal anzuschauen, wie eine Haushaltsplanung in der Kämmerei stattfindet und wie da die einzelnen Punkte miteinander verknüpft sind. Weil, als das, was Sie, Sie sehen da an einer Stelle eine Veränderung, und all das, was da dann in der Folge zu ändern ist, ist quasi in der Blackbox.

Ich kann anbieten, dass sich das Jeder einfach mal anschaut und das man dann einfach für künftige Haushalte schaut, wie man das mit der Beratungsfolge gegebenenfalls fortschreibt und ändert.

Wichtig ist aber, dass wir zu einer Beschlussfassung in dem laufenden Jahr für das Folgehaushaltsjahr kommen.

Dann war hier ein wesentlicher Punkt in den Ausführungen, Ergebnishaushalt ausgeglichen und Finanzhaushalt mit nahezu minus 40 Mio.

Ich möchte ausdrücklich ausführen, dass diese Darstellung im Haushalt im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten stattfindet. Und ich erkläre Ihnen warum.

Es ist so, dass wir durch die Doppik beispielsweise Rückstellungen bilden können. Das haben wir getan, in vielfältiger Art und Weise. Und von diesen rund 40 Mio., die im Finanzhaushalt nicht ausgeglichen sind, machen allein die Rückstellungen 30 Mio. aus. Das heißt also, wir arbeiten das, was in der Eröffnungsbilanz und bei den Jahresabschlüssen rückgestellt wurde, ab. Und irgendwann sind natürlich auch Rückstellungspositionen leer, ich drück es mal so aus, sind leer.

Und es führt aus meiner Sicht dazu, dass wir mit diesen Rückstellungsbildungen, die hier zu einem sehr hohen Minus führen, politisch gesehen etwas Zeit gewinnen, um uns auf neue Konzepte einzustellen. Das heißt, wir bekommen Zeit, uns zu überlegen, was wir in einer Ausrichtung der Stadt hier in diesen künftigen Haushalten abbilden wollen, wo man ein Konzept braucht, wo man umsteuern muss, wo man auch Schwerpunkte setzt.

Und da ist es richtig, Herr Wolter, dass man da auch die Bürgerschaft bestmöglich einbezieht. Also wir haben es vielleicht an einer Stelle mit dem ISEK, das ist aber mehr so in diesem planerischen Bereich, der jetzt nicht direkt was mit Haushalt zu tun hat. Aber diese planerischen Vorüberlegungen münden natürlich irgendwann mal in entsprechenden Haushaltszahlen beziehungsweise in Anmeldungen zum Haushalt oder in bestimmten Schwerpunktsetzungen, insbesondere im Dezernat II.

Und insofern ist da eine bestimmte Grundausrichtung, in welche Entwicklung man diese Stadt bringen möchte, schon da. Es ist wahrscheinlich nur dieses Scharnier in der zahlenmäßigen Abbildung noch etwas stärker auszuprägen.

Und was den Bürgerhaushalt angeht, haben wir ja eine Beratung gehabt, es ist schon etwas länger her, da haben wir uns dazu verständigt, mit entsprechenden Vertretern der Fraktionen, dass wir dann ab dem Jahr 2015 auch in der Frage, wie man Bürger anspricht, etwas geändert vorgehen wollen. Also nicht nur bei der Frage, dass man bloß Haushaltszahlen einstellt, sondern dass man da auch anfängt, bestimmte Schwerpunktthemen zu diskutieren.

Also ich möchte hier ausdrücklich sagen, dass natürlich diese minus 40 Mio. nicht prickelnd sind. Und dass natürlich unser Ziel sein muss, diese 40 Mio. auf null zu bringen, dass wir etwas Zeit gewonnen haben, uns Gedanken zu machen, wie das gehen könnte. Weil, letztendlich minus 40 Mio. auch bedeutet, in einem entsprechenden Umfang Haushaltskonsolidierungskonzepte oder Schwerpunktsetzungen zu definieren.

Stichwort Haushaltskonsolidierung ist gefallen aus dem Vortrag von Herrn Krause, der ist stockend. Wir haben im Moment eine etwas andere Sachlage. Dadurch, dass der Ergebnishaushalt ausgeglichen ist, ist dieser Zwang, ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen, in dieser Form, wie man es aus der Kameralistik kennt, nicht mehr gegeben.

Allerdings müssen wir uns durch diese sich verändernden Rahmenbedingungen natürlich ständig darauf einstellen, entsprechend zu reagieren.

Also das heißt, der große Block von 500 Personalabgängen, die da bis 2020 anstehen, da muss man natürlich definieren, wie das Aufgabenspektrum sein soll. Denn davon hängt ab, ob ich wieder 500 Stellen besetzen muss oder ob durch eine entsprechende Neuausrichtung und Definition das vielleicht 500 minus x ist.

Insofern ist das natürlich immer eine Daueraufgabe.

Die Rahmenbedingungen sind auch angesprochen worden. FAG, was das Land macht. Da möchte ich ausdrücklich dafür plädieren, dass auch der Stadtrat geschlossen mit der Verwaltung an der Stelle des Finanzausgleiches kämpft. Das ist quasi die Primärbaustelle.

Und vorhin war die Frage, warum man nicht klagt? Weil eine Klage für das Finanzausgleichsgesetz 2013/2014 gegolten hätte. Das läuft jetzt quasi aus. Wir haben eine neue Sachlage. Und da bin ich eher dafür, dass man dann schaut, wie man das Finanzausgleichsgesetz 2015 auswertet, nachdem wir mit dem Finanzausgleich 2014 nicht so schlecht gefahren sind.

Jetzt komme ich noch mal zurück zu dieser Liquidität, minus 40 Mio. Es kommt ein anderes Problem auf uns zu. Ich habe es bei der Einbringungsrede schon gesagt, nämlich die Frage, dass ein Kassenkreditvolumen und damit auch die Frage der Liquidität und wann die Stadt welche Dispositionen vornimmt, also welche Überweisungen vornimmt, dass da ein Genehmigungsvorbehalt mit dem Inkrafttreten des neuen Kommunalverfassungsgesetzes gegeben ist. Und dass von uns eine Liquiditätsplanung verlangt wird.

Und jetzt stellen Sie sich mal vor, bei Ihnen privat ist irgendeiner da, der sagt, ich möchte von Ihnen ständig eine Liquiditätsplanung haben, was man im Oktober vorhat, was da abfließt und was im November zufließt. Also ich weiß nicht, wie das bei einer Größenordnung der Stadt Halle funktionieren soll, dass man da treffgenau eine Liquiditätsplanung machen kann.

Und an der Stelle bitte ich einfach dann auch, wenn es um die Frage der Beurteilung unseres einzureichenden Haushaltes geht, um entsprechende Flankierung aus dem Stadtrat.

Es war hier noch ein Punkt mit der Frage, Stellenplan. Bei dem Stellenplan haben wir eine Zweiteilung. Das ist richtig. Der Rat beschließt den Rahmen und die entsprechende Ausführung obliegt der Organisationshoheit des OB. Das ist richtig. Dass da natürlich auch der Stadtrat das seine oder andere anders sieht, das liegt in der Natur der Sache.

Wovon ich aber überzeugt bin, und da bitte ich einfach auf mal drum, mir Städte zu benennen, die eine Stellungplanung, und dass das unterjährig passiert, noch detaillierter und transparenter vorlegen, als das die Stadt Halle tut. Also da wäre ich wirklich daran interessiert. Ich kenn so eine Stadt nicht.

Wir haben hier in den Personalausschuss, finde ich, eine sehr transparente Darstellung des Stellenplanes eingebracht, farblich untersetzt, wie die verschiedenen Veränderungen vom letzten Stellenplan zu dem jetzigen Stellenplan sind. Ich denke, damit kann man sehr gut arbeiten.

Wir geben Ihnen eine monatliche Berichterstattung, was bei uns personell passiert.

Natürlich kann man sich jetzt darüber streiten, ob das aus Ihrer Sicht ausreicht. Ich bin aber der Meinung, es ist ziemlich viel.

Und bei der Frage, wie man jetzt quasi mit einer unterjährigen Handhabung umgeht, kann das aus meiner Sicht nicht Zielstellung des Stadtrates sein, dass er quasi, ich übertreibe jetzt mal, von Monat zu Monat eine Nachtragshaushaltssatzung fordert, weil sich irgendwas im Stellenplan ändert.

Deshalb gibt es ja auch diese Grundaussage, dass ein Stadtrat den Rahmen beschließt, in dem sich dann die Verwaltung zu bewegen hat.

Ein weiterer wichtiger Punkt, das würde ich auch aufgreifen, ist dann die Frage, also da kann man vielleicht schon noch was verbessern in der Kommunikation, dass man noch mal klar macht, dass der Stellenplan die eine Sache ist und dass das Tarifrecht und das Beamtenrecht, das zu beachten ist, eine andere Sache ist. Und da können Sie auch tief in die Literatur einsteigen, Tarifrecht und Beamtenrecht ist hier quasi, steht quasi mindestens ranggleich zu dieser Rahmenentscheidung des Stadtrates zum Stellenplan.

Also es gibt da auch tarif- und beamtenrechtliche Themen, die zu beachten sind.

Ja, soweit würde ich gern mal auf die Bemerkungen eingehen. Es ist ganz wichtig, dass wir uns auch im Personalausschuss über das weitere Vorgehen, also Stichwort Aufgabenkritik, unterhalten. Ich werde natürlich, Herr Bönisch, diese Ausführungen mit den 90 Stellen aufgreifen und selber überprüfen. Ich kann es jetzt auf die Schnelle nicht, weil ich da jetzt auch Ihre Herleitung, also das müssten wir noch mal abstimmen, aber das ist natürlich kein Problem, dass wir das entsprechend synchronisieren.

Ja, zum Haushalt kann ich nur sagen, wir haben hier einen hervorragenden Kompromiss gefunden, aus meiner Sicht. Warum ist der Kompromiss wichtig? Weil wir jetzt einen Haushalt im Jahr 2014 noch beschließen können. Weil dadurch all diejenigen, die aus dem Haushalt Gelder zu erwarten haben, gespeist werden oder mit Zahlungen rechnen können, und weil wir vor allen Dingen auch, ist vorhin beim Oberbürgermeister im Bericht auch angeklungen, unsere vielfältigen und umfangreichen Investitionen, die da im Jahr 2015 anstehen, beginnen und durchführen können.

Und deshalb, meine Damen und Herren, aus meiner Sicht herzlichen Dank für diese vielen Stunden, die sich jeder von Ihnen genommen hat, um sich da umfassend in die Ausschusssitzungen und in die Beratungen zum Haushalt einzubringen. Ich danke Ihnen dafür.

Ich möchte meine Ausführungen beschließen und ich bitte Sie um Zustimmung zum Haushalt 2015.

Ende des Wortprotokolls.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, bat um weitere Wortmeldungen.

Aus Sicht des Jugendhilfeausschusses äußerte sich **Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, dahingehend, dass es ca. 30 Schulsozialarbeiter in der Stadt gäbe und ca. 13 davon über Bildung und Teilhabe getragen werden. Im jetzt vorgestellten Haushalt habe es keine Vorschläge gegeben, wie die im Jahr 2015 ausfallenden Transfermittel aufgefangen werden können.

Momentan gäbe es nur eine Protokollnotiz aus dem Finanzausschuss mit dem Hinweis, dass 270.000 Euro freigestellt werden, für den Fall, dass es keine anderen Mittel gibt. Er halte es für dringend notwendig, die Schulsozialarbeit zu sichern. Dies könne nicht nur mit einer Protokollnotiz erfolgen.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass es zwar einen kleinen Zuschlag bei der freien Jugendarbeit gegeben habe, man jedoch auf einem Tiefpunkt angekommen sei. Dies könne in der bisherigen Form nicht fortgeführt und der Haushalt nur unter Vorbehalt beschlossen werden, da es bei den geringen Mitteln nicht bleiben kann.

Weitere Wortmeldungen zum Haushalt lagen nicht vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Änderungen zum Änderungsantrag des Finanzausschusses. Danach würde über den Änderungsantrag des Finanzausschusses abgestimmt werden.

Zum weiteren Verfahren schlug er vor, die einzelnen Punkte um die Aussage der Fraktionen bzw. der Ausschussvorsitzenden auf Zurückziehung bzw. Aufrechterhaltung zu ergänzen.

In Bezug auf den Tagesordnungspunkt

- 6.1.33.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Änderungsantrag des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften (VI/2014/00490) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013" Vorlagen-Nr.:VI/2014/00158
Vorlage: VI/2014/00499

wies **Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**, darauf hin, dass dieser Punkt Gegenstand des Änderungsantrages des Finanzausschusses sei und insoweit eine Änderung des dortigen Antrages durchzuführen wäre. Es müsse entweder über den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters abgestimmt werden oder eine Änderung durch die Antragsteller erfolgen.

In diesem Zusammenhang machte **Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, darauf aufmerksam, dass seine Fraktion den Punkt 34 zurückzieht und dieser aus der Vorlage gestrichen werden kann. Damit wäre der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters hinfällig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zog daraufhin seinen Änderungsantrag zurück.

In Bezug auf den Änderungsantrag seiner Fraktion zur Katzenkastration führte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, aus, dass wiederholt in der Mitteldeutschen Zeitung noch einmal auf die Situation und die ausgehende Gefahr hingewiesen wurde, was auch die Intention des Antrages war. Es gehe um 10.000 Euro und seine Fraktion habe den Verdacht, dass letztendlich das Problem im Rahmen einer akuten Gefahrenabwehr erledigt werden soll.

Das Geld müsse im Vorhinein in den Haushalt eingestellt werden, wenn die Gefahr jetzt schon bekannt sei.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde dazu mitgeteilt, dass es innerhalb des Haushaltes die Möglichkeit gäbe, das entsprechende Geld bereitzustellen, wenn Gefahr im Verzug ist. Die getroffenen Absprachen und Untersuchungen hätten deutlich gemacht, dass dies derzeit nicht der Fall sei.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, wies darauf hin, dass man im Finanzausschuss entsprechend der Äußerungen des Oberbürgermeisters verblieben sei. Ähnlich wie bei anderen Anträgen auch, würden bei Gefahr im Verzug die entsprechenden Mittel bereitgestellt. Aus diesem Grund bat er darum, nicht extra über den Antrag abzustimmen. Er verbleibe im Paket mit der Zusicherung, bei Gefahr im Verzug auf die Mittel zurückgreifen zu können.

Herr Krause akzeptierte die Erklärung der Verwaltung als Verpflichtung und nahm im Namen seiner Fraktion den Antrag zurück.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung des Änderungsantrages des Finanzausschusses.

- zu 6.1.33 **Änderungsantrag des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013" Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158 (Empfehlung)**
Vorlage: VI/2014/00490

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

geänderter Beschluss (Änderungen im Text):

Der Stadtrat übernimmt die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften vom 2. Dezember 2012 – vgl. Anlagen 1 und 2.

Anmerkungen:

Punkt 34 der Anlage 1 (Überblick zum Ergebnishaushalt) wurde zurückgezogen.

- zu 6.1.33.1 **Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Änderungsantrag des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften (VI/2014/00490) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den participationsbericht über das Jahr 2013" (Vorlagen-Nr.:VI/2014/00158) Vorlage: VI/2014/00499**
-

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat übernimmt die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften vom 2. Dezember 2014 – vgl. Anlagen 1 und 2 mit Ausnahme der Beschlussempfehlung zum Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion (VI/2014/00467) zur Stellenstreichung der Stelle SB Büro des Oberbürgermeisters.

- zu 6.1.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den participationsbericht über das Jahr 2013" Vorlage: VI/2014/00432**
-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 werden die Transferaufwendungen für das Produkt 1.57501 Zuschuss an Stadtmarketing (Tourismus) um 200.000 Euro erhöht.

- zu 6.1.2 **Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den participationsbericht über das Jahr 2013, VI/2014/00158 Vorlage: VI/2014/00425**
-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Zuschuss an das Stadtmarketing verbleibt in Höhe des Ansatzes 2014 bei 1.111.300,- €.

- zu 6.1.3 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"**
Vorlage: VI/2014/00438
-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Produktes 1.11107 Amtsblatt, Pressearbeit und Printpublikationen um 30.000 Euro gekürzt.

- zu 6.1.4 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 - Stellenplan" (Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158)**
Vorlage: VI/2014/00359
-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Das Sekretariatspersonal für Schulsekretariate mit drei Personalstellen aufzustocken.

- zu 6.1.5 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 - Stellenplan/FB Soziales (Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158)**
Vorlage: VI/2014/00368
-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Im Stellenplan für den FB Soziales werden zusätzlich folgende Personalstellen eingestellt:

- für den Bereich Asylbewerberleistungen 4 Stellen
- für den Bereich Grundsicherung 1 Stelle
- für den Bereich Eingliederungshilfe 3 Stellen

zu 6.1.6 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013, VI/2014/00158**
Vorlage: VI/2014/00395

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

1. *Im Stellenplan Geschäftsbereich III Kultur und Sport, Teilhaushalt 003/441 Konservatorium, werden die 4,5 kw-Vermerke bei Freiwerden von Musikschullehrer/in gestrichen.*
2. *Eine 0,667 VZS (E9) Musikschullehrer/in, die im Vollzug der Haushaltssperre 2014 nicht besetzt werden konnte, wird erneut ausgeschrieben und besetzt.*

zu 6.1.6.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle(Saale) zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013**
Vorlage: VI/2014/00470

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. *Im Stellenplan Geschäftsbereich III, Kultur und Sport, Teilhaushalt 003/441 Konservatorium, werden die 4,5 kw-Vermerke bei Freiwerden von Musikschullehrer/in nicht vor Ende 2017 wirksam.*
2. *Eine 0,667 VZS (E9) Musikschullehrer/in, die im Vollzug der Haushaltssperre 2014 nicht besetzt werden konnte, wird erneut ausgeschrieben und besetzt.*

zu 6.1.7 **Änderungsantrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 - VI/2014/00158 (Freizeitflächen)**
Vorlage: VI/2014/00360

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt,

eine Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistung im Produkt 1.55102 - Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze (Zeilennummer 12 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) um 50.000,00 EUR.

Eine Minderung des Produktes 1.55105 Wasserspielanlagen (Zeilennummer 12 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) um 50.000,00 EUR.

zu 6.1.8 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Rüdiger Fikentscher (SPD-Fraktion) und des sachkundigen Einwohners Werner Misch zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00376

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Zuschussbedarf im Produkt 1.55301 Friedhofs- und Bestattungswesen wird in Höhe des Planansatzes 2014 für den Haushalt 2015 zu Grunde gelegt. Die geplanten Kürzungen werden nicht vorgenommen.

zu 6.1.9 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00442

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Produktes 1.55101 Grünflächen und Parkanlagen um 100.000 Euro erhöht.

zu 6.1.10 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00441

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Produktes 1.55102 Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze um 50.000 Euro erhöht.

zu 6.1.11 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"**
Vorlage: VI/2014/00440

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Produktes 1.55105 Wasserspielanlagen um 157.847 Euro gekürzt.

zu 6.1.12 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"**
Vorlage: VI/2014/00437

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Investitionsplan des Produktes Wald-, Forst-, Jagd- und Landwirtschaft (7670014) werden zusätzlich 10.000 Euro zur Anschaffung eines Wegehobels eingestellt.

zu 6.1.13 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"**
Vorlage: VI/2014/00436

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 wird in einem geeigneten Produkt eine Summe von 10.000 Euro an zusätzlichen Mitteln als Anschubfinanzierung für die Umsetzung der Kleingartenkonzeption eingestellt.

zu 6.1.14 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"**
Vorlage: VI/2014/00433

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Produktes 1.55101 Wald-, Forst-, Jagd- und Landwirtschaft um 20.000 Euro erhöht. Die zusätzlichen Mittel werden für die bessere Unterhaltung der Wege in der Dölauer Heide verwendet.

zu 6.1.15 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00371

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

"Die Summe der Sportförderung (Nummer 842101001, Seite 821) wird um 76.600 € auf 100.000 € angehoben."

zu 6.1.16 Änderungsantrag der Stadträte Harald Bartl (CDU/FDP), Dr. Annegret Bergner (CDU/FDP), Dr. Hans-Dieter Wöllenweber (CDU/FDP) und Dr. Ulrike Wünscher (CDU/FDP) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015, VI/2014/00158
Vorlage: VI/2014/00318

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Transferaufwendungen werden zum Haushaltansatz um 100T€ erhöht, Haushaltsstelle 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur, Zeilennummer 13.

Die Mittel werden wie folgt aufgeteilt:

- 30T€ zusätzlich zu den veranschlagten Mitteln für das Künstlerhaus 188
- 21.500€ Stadtmuseum 1.25101, Sachkonto 52710200 Sachausgaben eigene Veranstaltungen und 3.500€ Sachkonto Öffentlichkeitsarbeit und Werbung
- 15€ Stadtbibliothek 1.27201, Sachkonto Bibliothekstechnisches Material, Zeitschriften
- 25T€ als Projektförderung für den Kunstverein Talstraße im Jahr 2015

zu 6.1.17 Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013, VI/2014/12542
Vorlage: VI/2014/00398

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtratsbeschluss vom 24. 3. 2010 V/2010/08579 zur Mitfinanzierung der Moritzburg wird im Jahr 2015 umgesetzt und dafür 130T€ in den Haushalt eingestellt.

- zu 6.1.18 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00435**
-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 werden die Transferaufwendungen im Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur um 50.000 Euro erhöht. Die zusätzlichen Mittel sind als Zuschuss für das Künstlerhaus 188 zu verwenden.

- zu 6.1.19 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013, VI/2014/00158
Vorlage: VI/2014/00397**
-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Für das Jubiläum 900 Jahre Stadtsingechor werden im Haushalt 2015 im Produkt 1.26202 Stadtsingechor, in Zeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zusätzlich 50T€ eingestellt.

- zu 6.1.20 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00434**
-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 werden die sonstigen ordentlichen Aufwendungen des Produktes 1.27201 Stadtbibliothek um 1.000 Euro erhöht. Die zusätzlichen Mittel werden zur Realisierung des Projektes W-LAN in der Zentralbibliothek verwendet.

zu 6.1.21 **Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zum Haushaltsplan 2015, hier GB IV, Produkt 1.36201 Jugendarbeit (Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht Vorlage VI/2014/00158)**
Vorlage: VI/2014/00343

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge bei der Leistung 1.36201.01 - Förderung der Jugendarbeit in freier Trägerschaft - den Planansatz um 7,5% erhöhen. Es wird eine Erhöhung auf 508.682 Euro beantragt.

zu 6.1.22 **Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zum Haushaltsplan 2015, hier GB IV, Produkt 1.36301 Jugendsozialarbeit (Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013, Vorlage VI/2014/00158)**
Vorlage: VI/2014/00345

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen, die Leistung 1.36301.01 Förderung der Jugendsozialarbeit in freier Trägerschaft / Planansatz 2015 (nach Austauschblatt Stand 12.09.2014 - 407.805 Euro) um 7,5% zu erhöhen auf 438.390 Euro.

zu 6.1.23 **Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zum Haushaltsplan 2015, hier des GB IV, Produkt 1.36302 Förderung der Erziehung in der Familie (Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht Vorlage VI/2014/00158)**
Vorlage: VI/2014/00346

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge der Leistung 1.36302.07 Förderung Freier Träger Erziehung in der Familie den Planansatz von 629.100 Euro zuordnen.

zu 6.1.24 **Änderungsantrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 (Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158)**
Vorlage: VI/2014/00379

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

„Pro ausländische Schüler soll das Schulbudget der jeweiligen Schule um 2 Euro erhöht werden“.

Die Deckung erfolgt nicht aus dem Bereich Bildung.

**zu 6.1.25 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage
"Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie
den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013"
Vorlage: VI/2014/00367**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Festsetzung des Sachausgabenbudgets (Schulbudget und unterrichtsspezifische Sachkosten) bei integrativ beschulten Schülern und Schülerinnen an Grundschulen, Sekundarschulen, Gesamtschulen, Schwerpunktschulen, Gymnasien und Berufsschulen auf den Betrag des Sachausgabenbudgets, welcher diesem Schüler beim Besuch einer entsprechenden Förderschule angerechnet würde.

**zu 6.1.26 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für
das Haushaltsjahr 2015" (Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00362**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 werden im Produkt „Sonstige soziale Angelegenheiten“ für die Leistung 1.35108.01

30.000 Euro

mehr eingestellt.

Die nun zusätzlich eingestellten Gelder werden dem Halle-Pass G zugeordnet.

**zu 6.1.27 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI, SPD, CDU/FDP,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM im
Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung
für das Haushaltsjahr 2015" (Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00387**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Geschäftsbereich IV werden zusätzlich 270.000 Euro zur Finanzierung der Schulsozialarbeit eingestellt.

- zu 6.1.28 Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 (VI/2014/00158)
Vorlage: VI/2014/00426**
-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Zuschuss an den Zoo erhöht sich um 400.000,- € auf 3.054.500,- €.

- zu 6.1.29 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158 – hier: Aufwendungen für die Unterhaltung schulischer Grundstücke und Anlagen
Vorlage: VI/2014/00356**
-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 werden in folgenden Produkten zusätzliche Mittel für Aufwendungen bei der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen bereitgestellt:

*Produkt 1.21101 Grundschulen – 110.700 €
Produkt 1.21601 Sekundarschulen – 30.600 €
Produkt 1.21701 Gymnasien – 46.100 €
Produkt 1.21801 Gesamtschulen – 8.500 €
Produkt 1.22101 Förderschulen – 59.000 €
Produkt 1.23101 Berufsbildende Schulen – 30.500 €*

- zu 6.1.30 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158 – hier: Aufwendungen für die Unterhaltung städtischer Grünflächen und Parkanlagen
Vorlage: VI/2014/00363**
-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 werden im Produkt 1.55101 zusätzliche Mittel in Höhe von 100.000 € für Aufwendungen bei der Unterhaltung der Grünflächen und Parkanlagen bereitgestellt.

zu 6.1.31 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158 – hier: Kulturförderung, Stadtbibliothek und Stadtmuseum Vorlage: VI/2014/00454

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 werden:

- 1. im Produkt 1.28102 „Pflege von Kunst und Kultur“ zusätzliche Mittel in Höhe von 100.000 € für Transferaufwendungen zur Projektförderung,*
- 2. im Produkt 1.27201 „Stadtbibliothek“ zusätzliche Mittel in Höhe von 15.000 € für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen,*
- 3. im Produkt 1.25101 „Stadtmuseum Halle“ zusätzliche Mittel in Höhe von 25.000 € für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen*

bereitgestellt.

zu 6.1.32 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015" (Vorlagen-Nr.: VI/2014/00158) Vorlage: VI/2014/00357

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2015 werden unter dem Produkt Geschäftsbereich OB – Investitionsplan Steuerung der Kommune (811101001)

25.000 Euro

zusätzlich für die Anschaffung geeigneter Tontechnik für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen eingestellt.

zu 6.1.34 **Antrag des Stadtrates Ulrich Peinhardt (CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 - VI/2014/00158 (Breitbandkonzept)**
Vorlage: VI/2014/00468

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt,

dass im Haushalt 2015 Haushaltsmittel i. H. v. 60.000 EUR Eigenmittel für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zum Breitbandausbau bereitgestellt werden.

zu 6.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013**
Vorlage: VI/2014/00158

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss (Änderungen im Text):

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2015 mit dem Haushaltsplan 2015.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2013 zur Kenntnis.

zu 6.2 **Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung**
Vorlage: V/2013/12291

zu 6.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und der CDU/FDP-Fraktion zur Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung (V/2013/12291)**
Vorlage: V/2014/12767

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte dazu aus, dass er den Kompromiss im Änderungsantrag unterstützt.

Zum Hintergrund des Änderungsantrages informierte Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, dass die ursprüngliche Prioritätensetzung nicht nachvollzogen werden konnte. Aus Sicht seiner Fraktion gäbe es die drei Hauptschwerpunkte Wissenschaftsmarketing, Tourismusmarketing und Standortmarketing beim Stadtmarketing, die jeweils gleichermaßen betrieben werden sollten.

Herr Senius, SPD-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass unter dem TOP 7.1 der Tagesordnung sich damit befasst werde, ob bis zum 30.04. ein Wirtschaftskonzept erstellt werden soll, welches gegebenenfalls auch Schwerpunkte und Entwicklungsziele beinhalten wird. Er halte es für verfrüht, jetzt schon mit der Beschlussfassung eine Entscheidung dazu zu treffen, wo die Schwerpunkte im Stadtmarketing angelegt werden sollen.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf die sehr lange Beratungsfolge der Vorlage und darauf, dass dem Beschluss im Wirtschaftsausschuss und im Finanzausschuss mehrheitlich zugestimmt wurde. Im nächsten Verlauf könne man sich weiterhin mit den grundsätzlichen Fragen beschäftigen.

zu 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und der CDU/FDP-Fraktion zur Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung (V/2013/12291) Vorlage: V/2014/12767

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt folgende zustimmende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 08.10.2013:

Die „Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH“ wird in der als Anlage 3 **geänderten** und beigefügten Fassung beschlossen.

Die Prioritätensetzung der Stadt Halle (Saale) wird in Anlage 3 (strategische Ausrichtung der Prioritätensetzung der SMG) wie folgt geändert:

	Wissenschafts- marketing	Tourismus- marketing	Wirtschafts/ Standort- marketing	City- Marketing	Event- marketing
Stadt Halle (Saale)	50 40	45 40	0 16	0	0 4

Unter Berücksichtigung aller Gesellschafter ändert sich im Ergebnis die Aufgabenverteilung der SMG wie folgt:

	Wissenschafts- marketing	Tourismus- marketing	Wirtschafts/ Standort- marketing	City- Marketing	Event- marketing
Gesamt	30	30	30	5	5

zu 6.2 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung Vorlage: V/2013/12291

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt folgende zustimmende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 08.10.2013:

Die „Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH“ wird in der als Anlage 3 **geänderten** und beigegefügt Fassung beschlossen.

Die Prioritätensetzung der Stadt Halle (Saale) wird in Anlage 3 (strategische Ausrichtung der Prioritätensetzung der SMG) wie folgt geändert:

	Wissenschafts- marketing	Tourismus- marketing	Wirtschafts/ Standort- marketing	City- Marketing	Event- marketing
Stadt Halle (Saale)	50 40	45 40	0 16	0	0 4

Unter Berücksichtigung aller Gesellschafter ändert sich im Ergebnis die Aufgabenverteilung der SMG wie folgt:

	Wissenschafts- marketing	Tourismus- marketing	Wirtschafts/ Standort- marketing	City- Marketing	Event- marketing
Gesamt	30	30	30	5	5

**zu 6.4 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung)
Vorlage: VI/2014/00455**

Herr Schied, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, äußerte sich dahingehend, der Entschädigungssatzung nicht zuzustimmen. Er begründete seine Entscheidung damit, dass die neue Satzung für die Stadträte, welche Sozialleistungen erhalten, negative Auswirkungen habe.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass durch die Änderung ein falsches Signal gesetzt werde.

Die Reduzierung bei den sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern, die nicht durch die Grundpauschale abgedeckt seien, könne durch ihre Fraktion nicht mitgetragen werden. Ebenfalls werde das Argument der Aktivität zu wenig beachtet. Darüber hinaus sei die Änderung nicht zwingend notwendig, da der Runderlass des Landes einen empfehlenden Charakter habe.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Fraktion, verwies in seinen Ausführungen auf ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes, in welchem dargestellt wurde, dass der Stadtrat alternativ zur Änderung der Satzung eine gesamtfinanzielle Aufstellung machen könne. Sollte man in dem wirtschaftlichen Rahmen einer durchschnittlichen Sitzungsfrequenz bleiben, wäre keine Satzungsänderung notwendig.

Er fragte bei der Verwaltung an, ob eine solche Anfrage beim Landesverwaltungsamt gestellt wurde.

Dazu teilte **Herr Paulsen, Grundsatzreferent**, mit, dass das letzte Schreiben des Landesverwaltungsamtes in dieser Angelegenheit nicht klärend war. Von Seiten der Verwaltung wurde bisher noch nichts unternommen. Das Schreiben wurde den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und diese um eine Positionierung gebeten. In der Hauptausschusssitzung im November wurde Übereinstimmung darüber erzielt, die Entschädigungssatzung anzupassen, um mit dem Erlass konform zu sein.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass es sich bei dem Vorschlag im Hauptausschuss um das Magdeburger Modell handelt. Dieses werde vom Land anerkannt und sei kostenneutral.

In Bezug auf die Anmerkung von Frau Dr. Brock fragte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, an, ob es zutrefte, dass der Erlass nur empfehlenden Charakter habe.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde klargestellt, dass der Erlass den Rahmen vorgibt und deutlich mache, dass es keine Beanstandung und kein Einschreiten der Aufsichtsbehörde gäbe, wenn in den Grenzen verblieben wird.

Des Weiteren schloss er sich den Ausführungen von Herrn Paulsen an. Sollten Änderungen gewünscht sein, würde die Verwaltung mit der Kommunalaufsicht sprechen.

Herr Krause gab die Empfehlung ab, die Satzungsänderung heute zu beschließen. Man habe sich in der Fraktionsvorsitzendenrunde darüber verständigt, der ultimativen Aufforderung des Landesverwaltungsamtes zu folgen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

23 Ja-Stimmen

22 Nein-Stimmen

5 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung).

zu 6.6 Teilnahme von zwei Stadträten an der 38. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 09. bis 11. Juni 2015 in Dresden
Vorlage: VI/2014/00420

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass nachfolgend aufgeführte Stadträte von den Fraktionen vorgeschlagen wurden: Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Plath, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI.

Er machte darauf aufmerksam, dass man sich auf zwei Personen einigen müsse, ansonsten sei eine Wahl durchzuführen.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, trat von seiner Teilnahme zurück. Seiner Meinung nach sollte auch berücksichtigt werden, dass Mitglieder, welche schon länger im Stadtrat sind, die Veranstaltung besuchen, jedoch nicht immer die gleichen Stadträte daran teilnehmen.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, trat ebenfalls von der Teilnehmerliste zurück.

Frau Müller, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, widersprach dem Argument von Herrn Dr. Wend, dass Stadträte, die noch nicht so lange dabei seien, nicht auf diese Veranstaltung fahren sollten. Ihrer Meinung nach müssten diese auch Erfahrungen sammeln.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, dass **Frau Manuela Plath** und **Frau Melanie Ranft** die Stadt Halle (Saale) als stimmberechtigte Mitglieder bei der 38. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dresden vertreten.
2. Der Stadtrat beschließt, dass diesen beiden Stadträten nach § 7 der Satzung über die Entscheidung ehrenamtlich tätiger Bürger die anfallenden Kosten von der Stadt Halle (Saale) gewährt werden.
3. Sollte ein Verhinderungsfall eintreten, entscheidet der Vorsitzende des Stadtrates auf Vorschlag der jeweiligen Fraktion über die Vertretung.

Bezüglich der Vertretungsregelung verwies **Herr Paulsen, Grundsatzreferent**, auf ein vom Deutschen Städtetag geregeltes Verfahren, dass dann die Fraktionen, deren Vertreter nicht teilnehmen kann, zusammen mit dem Stadtratsvorsitzenden einen Ersatz suchen.

Herr Lange schlug vor, die beiden zurückgetretenen Stadratsmitglieder im Verhinderungsfall der beschlossenen Teilnehmer anzusprechen.

zu 6.7 Nachmeldungen zum Maßnahmeplan der Stadt Halle vom 11.09.2013 für Investitionen nach dem Hochwasser 2013 und

**Beschluss zur Höhe und Veränderung der Schadensmeldung von Fördermitteln nach der Richtlinie Hochwasser des Landes Sachsen-Anhalt zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00446**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Nachmeldung von einer Maßnahme sowie der damit verbundenen Erhöhung des Gesamtschadens um insgesamt **1.420.906,56 €** ~~620.506,56 €~~ auf **283.142.872,95 €** ~~282.942.472,95 €~~ zu.

(Vergleiche Tabelle als Anlage)

zu 6.8 Vorschlagsliste der Stadt Halle (Saale) zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die Amtszeit vom 01. Februar 2015 bis 31. Januar 2020
Vorlage: VI/2014/00385

zu 6.8.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorschlagsliste der Stadt Halle (Saale) zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die Amtszeit vom 01. Februar 2015 bis 31. Januar 2010 (V: VI/2014/00385)
Vorlage: VI/2014/00513

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, beantragte im Namen seiner Fraktion die Streichung der Nr. 18 in der Vorschlagsliste.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung.

zu 6.8.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorschlagsliste der Stadt Halle (Saale) zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die Amtszeit vom 01. Februar 2015 bis 31. Januar 2010 (V: VI/2014/00385)
Vorlage: VI/2014/00513

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Streichung des Vorschlages Nr. 18.

zu 6.8 Vorschlagsliste der Stadt Halle (Saale) zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die Amtszeit vom 01. Februar 2015 bis 31. Januar 2020
Vorlage: VI/2014/00385

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
47 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die Amtszeit vom 01. Februar 2015 bis 31. Januar 2020.

**zu 6.9 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA
BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2013
Vorlage: VI/2014/00051**

(Dem Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA unterlagen: Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand, Herr Bernhard Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, Frau Dr. Inés Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Denis Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, Frau Katharina Hintz, SPD-Fraktion, Herr Swen Knöchel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI)

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) werden für das Wirtschaftsjahr 2013 entlastet.

**zu 6.10 Satzung zum Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Halle (Saale) für den
Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2014/00194**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
1 Nein-Stimme

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Satzung zum Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Halle (Saale) für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis.

**zu 6.12 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen für das
Haushaltsjahr 2014 im Geschäftsbereich IV
Vorlage: VI/2014/00377**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

1 Enthaltung

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2014 für folgende Produkte:

1.) 1.31101 Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU)

Sachkonten 53310100/ 73310100 und 53320100/ 73320100 Leistungen der Sozialhilfe in und außerhalb von Einrichtungen in Höhe von **495.700 Euro**

2.) 1.36303 Hilfe zur Erziehung für Minderjährige (HzE)

Sachkonten 53310200/ 73310200 und 53320200/ 73320200 Leistungen der Jugendhilfe in und außerhalb von Einrichtungen in Höhe von **1.924.584 Euro**.

Die Deckung erfolgt aus folgenden Produkten/ Leistungen:

1.31201.06 Leistungen nach dem SGB II, Kommunalen Finanzausgleich

Sachkonto 44840000/ 64840000 Erträge aus Kostenerstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich in Höhe von **860.273 Euro**

1.36303 Hilfe zur Erziehung für Minderjährige

Sachkonten 42210100/ 62210100 Kostenbeiträge und Aufwandsersatz in Einrichtungen in Höhe von **441.264 Euro**;

4225000/ 62250000 Rückzahlung gewährter Hilfen in Höhe von **18.747 Euro**

1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen

Sachkonten 40120000/ 60120000 Grundsteuer B in Höhe von **150.000 Euro**;

40210000/ 60210000 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von **525.000 Euro**;

40310000/ 60310000 Vergünstigungssteuer in Höhe von **425.000 Euro**.

**zu 6.13 **Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, Haltepunkt
Rosengarten
Vorlage: VI/2014/00309****

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erinnerte daran, dass im letzten Jahr der Beschluss gefasst wurde, die Merseburger Straße vierspurig zu erweitern und die Brücke darüber zu erneuern, um Projekten der Zukunft mehr Raum zu geben.

Die Stadtplanung habe jedoch davor gewarnt, da es an der betreffenden Stelle nicht nötig sei, mehr Verkehr in die Stadt reinzuziehen. Auch wurde parallel dazu eine Entlastungsstraße gebaut, zu welcher am heutigen Tag der Bewilligungsbescheid für den letzten Bauabschnitt überreicht wurde.

Man komme nun zu dem Problem, dass nach jetzigen Schätzungen der Stadtverwaltung 400.000 Euro angepasst werden müssen, um den damals gefassten Beschluss umzusetzen. Es würden damit mehrere Millionen Fördermittel gebunden, die an anderen Stellen fehlen.

Seine Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen und er appellierte an die Stadträte, den Beschluss ebenfalls abzulehnen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies auf die Richtigkeit des Beschlusses. Das Projekt soll für einen Zeitraum von fünfzig bis sechzig Jahren halten. Seiner Meinung nach werde auch nicht der Verkehr in die Stadt gezogen, sondern der fließende ein- und ausfahrende Verkehr werde nicht zusätzlich eingeengt.

Seine Fraktion werde der Vorlage auf jeden Fall zustimmen, damit ein mittel- und langfristiger, großzügiger Verkehr aus dem Süden möglich ist.

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, warb eindringlich für die Zustimmung zur Vorlage.

Er führte dazu aus, dass es am Rosengarten drei Brücken hintereinander gäbe und eine davon, welche zurzeit einen Engpass bilde, auf den Querschnitt der anderen Brücken erweitert werden soll. Damit hätte man die Möglichkeit einer künftig vernünftigen Verkehrsführung.

In Bezug auf die Argumentation der Entlastung durch die HES (Haupterschließungsstraße Halle-Ost) merkte Herr Scholtyssek an, dass es sich hierbei um eine Gewerberschließungsstraße handelt, welche fördermitteltechnisch nicht dazu beitrage, die Merseburger Straße zu entlasten, sondern das Gewerbegebiet anzuschließen.

Herr Scholtyssek appellierte daran, für eine weitsichtige Lösung zu stimmen, um das Geld investieren zu können und bat um Zustimmung zur Vorlage.

Zum gleichen Thema verwies **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, auf zwei schon bestehende Engstellen in der Merseburger Straße. Da man am Bergmannstrost schon beschlossen habe, eine behindertengerechte Straßenbahnhaltestelle zu bauen, werde der Verkehr dort nur noch einspurig vorbeiführen.

Ebenso in der Ortslage Ammendorf. Am ehemaligen Waggonbau sei nicht der Platz, künftig ein separates Gleisbett für die Straßenbahn zu schaffen und daneben die Straße zweispurig zu führen.

Seiner Ansicht nach werde es durch eine kleinere Brücke keine Engstelle geben. Ziel sollte sein, auf eine wirtschaftliche Lösung zu achten und die Brücke in ihrer bisherigen Größe zu errichten.

Des Weiteren merkte **Herr Häder** an, dass mit der Ablehnung des jetzigen Beschlusses noch nicht der alte Stadtratsbeschluss aufgehoben werde. In der Konsequenz sei dieser aufzuheben.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, nahm die Anregung von Herrn Häder auf. Seine Fraktion werde, wenn die Ablehnung des Beschlusses zustande käme, im Januar 2015 einen entsprechenden Antrag dazu einbringen, den alten Beschluss aufzuheben.

Aus diesem Grund plädierte er dafür, die heutige Beschlussvorlage abzulehnen.

Es müsse in Zukunft daran gedacht werden, vernünftige Verkehrslösungen anzustreben, die zu einer Endsiegelung der Straßen führen.

Auch auf Grund der Verkehrszählungen und den zu erwartenden Verkehrsbewegungen sollte auf die verschiedenen Varianten verzichtet und der ursprüngliche Beschluss zurückgenommen werden. Dafür plädiere seine Fraktion.

Abschließend verwies **Herr Dr. Meerheim** auf die fehlenden Finanzmittel für Schulbauten und -investitionen. Man sollte auf jegliche Varianten verzichten und das Geld vielleicht in einen Schulneubau verwenden.

Die Maßnahme sei nicht dringend notwendig und aus diesem Grund könne dem Beschluss nicht zugestimmt werden.

Zum gleichen Thema stellte **Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, klar, dass es an der betreffenden Stelle in der Merseburger Straße nicht genug Platz für alle Verkehrsteilnehmer gäbe, wenn diese vierspurig ausgebaut werde.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass nicht nur 400.000 Euro Eigenmittel durch die Stadt zu erbringen sind, sondern auch Fördermittel in Höhe von 3,5 Mio. Euro verbaut werden sollen, die dringend an anderen Stellen gebraucht werden.

In Bezug auf die HES machte **Herr Wehrich** deutlich, dass diese auch den Zweck habe, die Merseburger Straße zu entlasten. Seiner Meinung nach werde das Verkehrsaufkommen dort zurückgehen.

Die Durchführung des Beschlusses halte er für Geldverschwendung, da Geld eingesetzt werde, wo es nicht zwingend erforderlich sei. Aus diesem Grund bat er um Ablehnung der Vorlage und um Aufhebung des Grundsatzbeschlusses im Januar.

Herr Scholtyssek merkte noch einmal an, dass im letzten Jahr der Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend geändert wurde, eine breitere Brücke zu bauen. Dies wurde der Deutschen Bahn mitgeteilt, welche ihr Bauvorhaben umplante. Seiner Meinung nach mache sich die Stadt lächerlich, wenn die Deutsche Bahn jetzt wieder umplanen soll.

Die jetzt vorliegende Variante sei die billigste Lösung einer breiten Brücke.

Abschließend stellte **Herr Scholtyssek** fest, dass der jetzige Querschnitt der Brücke für eine Lösung mit separatem Gleiskörper, überbreite Spur und Din-gerechtem Fuß- und Radweg nicht ausreichen würde.

In Bezug auf die Unterhaltungspflicht der Brücke führte er aus, dass für die Unterhaltung verantwortlich sei, wer darüberfährt.

Zur Verkehrsentlastung der HES merkte **Herr Scholtyssek** an, dass die Verkehre, die über die Merseburger Straße fließen und von Süden in den Norden wollen von vom Süden in den Westen nicht die HES benutzen werden. Wegen des großen Umweges über die HES würden diese weiterhin über die Merseburger Straße fahren.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, äußerte sich dahingehend, dass die Verwaltung in der Diskussion kein Aufweitungsverlangen erklärt habe. Die Verwaltung habe mit der Vorlage den Auftrag des Stadtrates erfüllt, was auch Grundlage für die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn war.

Im Moment gäbe es die Situation, dass auf Basis der Aussagen der Stadt von 2011/2012 die Planung vorliege. Sollte der Stadtrat jetzt zu einer anderen Beschlussfassung kommen, würde diese Planung wieder aufgerufen werden.

In Bezug auf die Unterhaltung der Brücke führte er aus, dass die Zahlungen des Vorteilsausgleichs der Deutschen Bahn nach Eisenbahnkreuzungsgesetz an die Stadt schon mit in die Kalkulation eingepreist worden sind.

Herr Rothe, SPD-Fraktion, sprach sich für die Zustimmung der Beschlussvorlage aus. Seiner Ansicht nach sei die Vierspurigkeit der Merseburger Straße von grundlegender Bedeutung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

24 Ja-Stimmen

28 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

- I. *Der Stadtrat stimmt der Variante 1 - Dreifeldbrücke mit einer lichten Nettoweite von 28,60 m – als Vorzugsvariante zur Sicherung eines 4-spurigen Straßenausbaus der Merseburger Straße zu.*
- II. *Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Deutschen Bahn AG für die Gesamtmaßnahme auf dieser Grundlage eine Planungsvereinbarung in Höhe von 416.500,00 Euro abzuschließen.*

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, informierte darüber, dass Beschlussvorlagen vorliegen würden, die nicht von einem antragsberechtigten Mitglied des Rates unterzeichnet sind. Aus seiner Sicht habe der Oberbürgermeister die Vorlagen zu unterschreiben, da er als einziger aus der Verwaltung mit abstimmen darf. Er bat um eine rechtliche Würdigung des Sachverhaltes.

Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht, teilte dazu mit, dass der Oberbürgermeister durch die Beigeordneten in den jeweiligen Geschäftsbereichen vertreten werde. Insoweit könnten die Beigeordneten die Vorlagen ihres Zuständigkeitsbereiches unterschreiben.

**zu 6.14 Einziehung von Verkehrsflächen im Bereich Steg
Vorlage: VI/2014/00298**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Einziehung von Verkehrsflächen im Bereich Steg nach § 8 Abs. 2 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA).
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

**zu 6.15 Leitbild Riebeckplatz
Vorlage: VI/2014/00187**

**zu 6.15.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Leitbild Riebeckplatz (VI/2014/00187)
Vorlage: VI/2014/00509**

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich dafür aus, am Riebeckplatz dafür zu sorgen, dass ein geordnetes Bauen stattfinden kann. Die Projekte sollten in eine Gesamtplanung eingebunden werden. Er könne der Vorlage zustimmen.

Frau Winkler, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, begrüßte im Namen ihrer Fraktion das Vorhandensein eines Leitbildes, was jedoch nicht präzise genug sei. Es würden wesentliche Dinge, wie die Verkehrswege, die Fußgängerwege und die Fahrradwege fehlen. Ebenso wie die Randbebauung und ihre Fraktion schlage die Aufnahme der aufgeführten fehlenden Anlagen in das Leitbild vor.

Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, schlug im Namen seiner Fraktion vor, die noch offenen Fragen im neu zu gründenden Stadtentwicklungsausschuss zu diskutieren. Aus diesem Grund bat er um Zurückstellung des Antrages, bis zur Gründung des Stadtentwicklungsausschusses.

Seine Fraktion werde dem Antrag ohne Änderungsantrag zustimmen.

Zur weiteren Verfahrensweise bat **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, um eine Konkretisierung der Vorschläge und führte als Formulierungsvorschlag für den Änderungsantrag aus: „Bei der Erstellung des Rahmenplan/Masterplan Riebeckplatz sind folgende nachstehende Punkte zu prüfen ...“.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, merkte an, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion auf eine Ergänzung des Rahmenplan/Masterplan auslaufe und nicht in das Leitbild direkt eingreife.

Der Anregung von Herrn Bernstiel könne nicht gefolgt werden, da der Ausschuss noch nicht existiere. Man wolle mit dem Änderungsantrag eine Konkretisierung erreichen, weil bestimmte Fragen im Planungsausschuss einer Ergänzung bedurften.

Aus diesem Grund bat er um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion. Gleichzeitig werde der Vorschlag von Herrn Beigeordneten Stäglin angenommen und der erste Satz des Beschlussvorschlages dahingehend geändert.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte darauf aufmerksam, dass der gesamte Antrag zurückgestellt werden sollte. Er sehe nicht die Dringlichkeit, heute eine Beschlussfassung vornehmen zu müssen. Damit sollte insgesamt das Leitbild in dem neu zu gründenden Stadtentwicklungsausschuss diskutiert werden.

Er sprach sich für eine Vertagung aus, um die Möglichkeit zu eröffnen, den Antrag in dem noch zu konstituierenden Ausschuss zu beraten.

Herr Doege, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, fragte an, welche zeitlichen Vorstellungen die Verwaltung für die Abarbeitung des Leitbildes habe.

Dazu teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass man mit dem nordwestlichen Teil zügig in die weitere Arbeit gehen und mit einem Aufstellungsbeschluss agieren wolle. Ziel sei, im nächsten Jahr den Rahmenplan zu erarbeiten und parallel dazu in Gesprächsrunden mit der Bahn über Flächenentwicklungen stehe.

Er plädierte dafür, jetzt das Leitbild auf den Weg zu bringen.
Der Rahmenplan soll nach Bestätigung der Hauptsatzung im neu eingerichteten Stadtentwicklungsausschuss diskutiert werden.

Herr Häder machte noch einmal darauf aufmerksam, dass er die Dringlichkeit einer Beschlussfassung nicht erkennen könne und stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Beschlusses.

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, verwies auf die schon länger geführten Diskussionen zu diesem Thema und bat aus diesem Grund um Abstimmung der Vorlage.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

**zu 6.15.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Leitbild Riebeckplatz (VI/2014/00187)
Vorlage: VI/2014/00509**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird mit einem zweiten Punkt ergänzt:

Der zu erstellende Rahmenplan/Masterplan Riebeckplatz definiert insbesondere nachstehende Punkte detailliert:

1. *Verkehr*
Im Leitbild ist die prinzipielle Verkehrslösung des Stadtraumes Riebeckplatz mit den anschließenden Stadtgebieten darzustellen, speziell zur nördlichen und südlichen Anbindung. Es wird geprüft, ob eine Reduzierung der beiden Hochstraßen auf eine möglich ist.
2. *Freiraum*
Für die Optimierung der Aufenthaltsqualität am Riebeckplatz (Rondell) werden Maßnahmen entwickelt, die insbesondere den Platzcharakter stärker hervorheben und eine attraktivere Nutzung für die Bürgerinnen und Bürger ermöglichen.
3. *Städtebau*
Zur Sicherung einer eindrucksvollen dominanten Bebauung im zentralen Bereich (4 Hochhäuser) wird eine Höhenorientierung der Baufluchten und Raumkanten festgelegt.

**zu 6.15 Leitbild Riebeckplatz
Vorlage: VI/2014/00187**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt das von der Verwaltung vorgelegte Leitbild Riebeckplatz als Grundlage für die weitere Entwicklung des Stadtraumes zwischen Hauptbahnhof und Innenstadt. Das vorliegende Leitbild soll die Grundlage für einen zu erstellenden Rahmenplan/ Masterplan Riebeckplatz darstellen.

zu 6.16 Baubeschluss - Umbaumaßnahme mit Sanierung Gebäude Radeweller Weg 13/14
Vorlage: VI/2014/00258

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Planung und Sanierung der leer stehenden Kindertagesstätte Radeweller Weg 13 als Verwaltungsgebäude und des Gesamtkomplexes Radeweller Weg 13/14.

Das Vorhaben ist ab 2014 im Rahmen des Budgets im Fachbereich Bildung einzuordnen.

zu 6.17 Bebauungsplan Nr. 159 „Stadteingang Riebeckplatz“ - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2014/00245

Frau Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, merkte an, dass in der Planung nicht erkennbar sei, aus welchem Grund und in welchem Umfang städtische Mitarbeiter in die Büroräume des neu zu bauenden Büroturmes einziehen sollen. Es gäbe keine inhaltliche Untersetzung dazu.

Sie sprach sich für die Ablehnung des Aufstellungsbeschlusses aus.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erinnerte daran, dass aufgrund des fehlenden Leitbildes der Beschluss schon einmal im Planungsausschuss vertagt wurde. Auch wurde die Stadtverwaltung seit längeren zur Vorlage eines Raumkonzeptes aufgefordert, damit nachvollzogen werden kann, wo sich die Unterbringung von Verwaltungseinheiten hinbewege. Seit Monaten gäbe es keine Antwort darauf, obwohl es aus seiner Sicht notwendig sei, um über neue Verwaltungsgebäude nachzudenken.

Er bat Herrn Oberbürgermeister um eine frühzeitige Einbeziehung und gemeinsame Diskussion zu einem solchen Vorhaben. Zum jetzigen Zeitpunkt halte er die Aufstellung eines Bebauungsplanes für verfrüht.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, machte darauf aufmerksam, die verschiedensten Themen zu trennen. Es sei ein Büro- und Verwaltungsgebäude für 400 bis 600 Mitarbeiter in einem noch zu definierenden Bauvolumen geplant.

Unabhängig von einem Raumkonzept und der Frage der Unterbringung von Verwaltungsmitarbeitern der Stadtverwaltung gehe es darum, Planungsrecht zu schaffen.

Der heutige Beschluss sage aus, dass man sich auf den Weg mache, das Planungsrecht für eine Verwaltungsnutzung am Riebeckplatz zu schaffen. Dabei werde noch kein Mietvertrag unterschrieben. Es hänge noch eine Vielzahl von Untersuchungen daran und auch bei anderen Entwicklungen sei es wichtig, Planungsrecht zu schaffen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand äußerte sich dahingehend, dass er seit Monaten in seinen Berichten über diese Vorhaben informiere. Er habe erläutert, dass das Raumkonzept im Januar 2015 vorgelegt wird. Ebenso wolle man versuchen, auf Grund von Schließungen von Verwaltungsstandorten die am neuen Standort zu zahlende Miete zu erwirtschaften und den Riebeckplatz zu beleben.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Vorlage bis zum Vorliegen des Raumkonzeptes.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt
vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 159 „Stadteingang Riebeckplatz“ aufzustellen.*
2. *Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen mit einer Größe von etwa 0,8 ha.*
3. *Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Planungsziele.*
4. *Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.*

**zu 6.18 Einziehung einer Teilfläche der Querfurter Straße
Vorlage: VI/2014/00246**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Einziehung einer Teilfläche der Querfurter Straße nach § 8 Abs. 2 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA).

2. Die Stadtverwaltung veranlasst die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass er sich zum TOP 6.21 selbst zu Wort melden möchte. Aus dem Grund übergab er an **Herrn Dr. Fikentscher, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, die Sitzungsleitung. Ab dem Tagesordnungspunkt 8 werde er die Sitzungsleitung wieder übernehmen.

zu 6.21 1. Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (Vorlage- Nr. V/2013/11910)

**2. Umsetzung bzw. Abschluss einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum folgenden Schuljahren, bis zum Schuljahr 2020/21.
Vorlage: V/2014/12788**

**zu 6.21.1 Änderungsantrag des Sachkundigen Einwohners Ralf-Jürgen Kneissel und der Stadträtin Dr. Ulrike Wünscher (CDU) zur Beschlussvorlage V/2014/12788 (Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung)
Vorlage: VI/2014/00510**

Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zog den Änderungsantrag 6.21.1 zurück.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, berichtete von dem fraktionsübergreifenden Kompromiss, dass das neue Gymnasium gleich am Hallmarkt eröffnet wird. Dadurch werde es keine Außenstelle geben und an die Eltern das Signal gegeben, dass ihre Bedenken verstanden wurden und man vom Standort Rigaer Straße abgewichen sei.

Des Weiteren machte **Herr Lange** darauf aufmerksam, dass besonders auch die Stadtverwaltung darauf hinweisen müsse, dass der Gymnasialzweig der Kooperativen Gesamtschule ein gleichwertiges gymnasiales Angebot in der Stadt darstellt.

Auch die Gründung einer neuen IGS (Integrative Gesamtschule) im Süden der Stadt sei eine richtige und notwendige Maßnahme. Seit Jahren sei die Schule überbucht und man sollte darauf hinwirken, dass die Schüler, die eine solche kommunale Schule besuchen wollen, diese auch besuchen können.

Bezugnehmend auf die Gymnasialplätze führte **Herr Lange** aus, dass jedem Schüler, der auf ein kommunales Gymnasium wechseln möchte, ein Platz geboten werden kann.

Bis in die Jahre 2020/2021 habe die Stadt eine große Aufgabe, was Schulbauten betreffe und im Haushalt müssten Prioritäten gesetzt werden, damit diese Schulbauten realisiert werden können.

Seine Fraktion werde der geänderten Fassung der Vorlage zustimmen.

Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, berichtete, dass mit der Verabschiedung der Schulentwicklungsplanung Planungssicherheit für das kommende Schuljahr geschaffen werde.

Trotz der Schulentwicklungsplanung gäbe es jedoch noch viel zu tun und STARK III müsse endlich und umfassend greifen, obwohl damit noch kein Schulhof saniert und keine Schule modern ausgestattet werde. Aus diesem Grund sei es notwendig, noch mehr kommunales Geld in die Hand zu nehmen.

Abschließend bat **Frau Ranft** um Zustimmung zur Schulentwicklungsplanung.

Herr Bartl, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, merkte an, dass zwar der Bedarf an einer Integrierten Gesamtschule besteht, es aber auch gute Gründe für eine terminliche Verschiebung gäbe, denn es müsse finanziell leistbar sein baulich neu anzufangen.

Wegen der vielen offenen Fragen, sollte mit dem Neubau der Integrierten Gesamtschule noch ein Jahr gewartet werden.

Zum gleichen Thema machte **Herr Senius, SPD-Fraktion**, deutlich, dass hinsichtlich der erweiterten Kapazitäten in der gymnasialen Nutzung der Schulbetrieb während der Bauphase nicht einfach sei. Jedoch sehe man auch die Notwendigkeit, in den Schulhof in der Dreyhauptstraße zu investieren.

Weiterhin äußerte **Herr Senius** sein Unverständnis darüber, dass man sich erst jetzt im Rahmen der Haushaltsdiskussion mit der Schulentwicklungsplanung auseinandergesetzt habe. Seiner Meinung nach wären die Bedarfe schon lange absehbar gewesen.

Im nächsten Jahr müsse man sich frühzeitig, losgelöst von den aktuellen Haushaltsgesprächen, damit auseinandersetzen, welchen Wert die Bildung in der Stadt habe.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Senius wies **Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, darauf hin, dass man zwar die Zahl der heranwachsenden Gymnasiasten kannte, jedoch die finanziellen Mittel das Problem gewesen seien. Auch heute wisse man noch nicht, ob die angestrebte Lösung so finanziert werden kann, wie sie jetzt angedacht ist. Auf jedem Fall könne dem jetzigen Kompromiss zugestimmt werden.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Dr. Fikentscher, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Vorlage.

**zu 6.21.1 Änderungsantrag des Sachkundigen Einwohners Ralf-Jürgen Kneissel und der Stadträtin Dr. Ulrike Wünscher (CDU) zur Beschlussvorlage V/2014/12788 (Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung)
Vorlage: VI/2014/00510**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Punkt 1.8 der Vorlage wird gestrichen.

zu 6.21 1. Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (Vorlage- Nr. V/2013/11910)

2. Umsetzung bzw. Abschluss einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum folgenden Schuljahren, bis zum Schuljahr 2020/21.
Vorlage: V/2014/12788

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die 1. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 vom 29.01.2014 (Vorlage Nr. V/2013/11910) zuzüglich der Umsetzung/des Abschlusses einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum folgenden Schuljahren, wie folgt:

1.1 Vorbehaltlich der Sanierung des neuen Standortes erfolgt die Fusion der Schulen

Förderschule Makarenko
Trakehner Straße 1
06124 Halle (Saale),

Förderschule Fröbel
Wolfgang-Borchert-Straße 40
06126 Halle (Saale)

und

Sprachheilschule „Albert Liebmann“
Harzgeroder Straße 65
06124 Halle (Saale)

am Standort

~~Carl-Schorlemmer-Ring 62/64~~ **Harzgeroder Str. 63/65**
~~06122~~ **06124** Halle (Saale)

Name der neuen Schule: Förderschulzentrum für Lernen und Sprachentwicklung
(bis auf Widerruf) Halle-Neustadt

Zeitpunkt der Fusion: Mit Beginn des, auf den Abschluss der Sanierung des Standortes ~~Carl-Schorlemmer-Ring~~, **Harzgeroder Straße**, folgenden Schuljahres.

Die Umsetzung der Fusion bedarf der Bestätigung des Beschlusses im Rahmen der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr, in dem die Fusion vollzogen werden soll.

1.2 Vorbehaltlich der Sanierung des neuen Standortes erfolgt die Fusion der Grundschulen

Grundschule „Wolfgang Borchert“
Wolfgang-Borchert-Straße 42
06126 Halle (Saale)

und

Grundschule am Zollrain

Harzgeroder Straße 63
06124 Halle (Saale)

am Standort

Wolfgang-Borchert-Straße 40/42
06126 Halle (Saale)

Name der neuen Schule:
(bis auf Widerruf) Grundschole Westliche Neustadt

Zeitpunkt der Fusion: Mit Beginn des, auf den Abschluss der Sanierung des Standortes Wolfgang-Borchert-Straße, folgenden Schuljahres.

Die Umsetzung der Fusion bedarf der Bestätigung des Beschlusses im Rahmen der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr, in dem die Fusion vollzogen werden soll.

- 1.3 Das Schulobjekt Heinrich-Pera-Straße 13 (Glauchaschule) wird als Grundschulstandort mit integriertem Hortstandort reaktiviert. Die Eröffnung der neuen Grundschule erfolgt, beginnend mit der Klassenstufe 1, ab Schuljahr 2017/18.
- 1.4 Der Schulstandort Gutjahrstraße 1 der BbS „Gutjahr“ wird aufgelöst. Die an diesem Standort bisher beschulten Bildungsgänge werden ab Schuljahr ~~2017/18~~ **2015/16** am Hauptstandort der BbS „Gutjahr“ An der Schwimmhalle 3 fortgeführt werden.
- 1.5 Die Nutzung des Standortes Dreyhauptstraße/Gutjahrstraße/Oleariusstraße wird **ab Schuljahr 2017/18** geändert. Nach Auszug der Berufsbildenden Schulen wird der Standort als Standort einer allgemeinbildenden Schule geführt.
- ~~1.6 Vorbehaltlich der Umsetzung der des Beschlusspunktes 1.1 1.4 und 1.2 wird die BbS III „Johann Christoph von Dreyhaupt“ zum Schuljahr 2020/21 2017/18 an den Standort Harzgeroder Straße 63/65 Carl-Schorlemmer-Ring 62/64 umgesetzt. Die BbS III „Johann Christoph von Dreyhaupt“ wird, nach Sanierung des Standortes Carl-Schorlemmer-Ring 62/64, zum Schuljahr 2017/18 dauerhaft an diesen Standort umgesetzt.~~
- 1.7 Am Standort ~~Rigaer Str. 1 a~~ **Oleariusstraße 7** wird zur Deckung des Bedarfes für die Schulform Gymnasium beginnend ab Schuljahr 2015/16 ein neues 4-züdiges allgemeines und- kommunal geführtes Gymnasiums eröffnet. Der Name der neuen Schule ist bis auf Widerruf „Neues städtisches Gymnasium“.
- ~~Bis zum Schuljahr 2019/20 wird das Neue städtische Gymnasium an den Standort Dreyhauptstraße/Gutjahrstraße/Oleariusstraße umgesetzt.~~
- 1.8 Am Standort ~~Ottostraße 25~~ **Rigaer Straße 1 a** wird zur Deckung des Bedarfes für die Schulform Gesamtschule beginnend ab dem Schuljahr 2015/16 eine kommunal geführte vierzügige Integrierte Gesamtschule eröffnet. Der Name der neuen Schule ist bis auf Widerruf „Zweite Integrierte Gesamtschule Halle“.
- Nach Sanierung des Standortes Ingolstädter Straße 33 wird die neue Integrierte Gesamtschule dauerhaft an diesen Standort umgesetzt. Die Sprachheilschule Halle wird dazu an den Standort Rigaer Str. 1 a umgesetzt.**
- 1.9 Zur Sicherung der Bestandsfähigkeit der Grundschulstandorte werden nachfolgenden Schulbezirksveränderungen vorgenommen:

- a) Veränderung der Schulbezirke der Grundschule „Wolfgang Borchert“ und der Grundschule Nietleben.

Ab Schuljahr 2017/18 werden die, bisher dem Schulbezirk der Grundschule „Wolfgang Borchert“ zugeordneten Straßen

Hemingwaystraße
Daniel- Defoe-Straße
Stanislaw- Lem- Weg und
Ibsenweg

dem Schulbezirk der Grundschule Nietleben zugeordnet.

- b) Veränderung der Schulbezirke der Grundschule Radewell und der Grundschule Friedensschule.

Ab Schuljahr 2017/18 werden die, bisher dem Schulbezirk der Grundschule Friedensschule zugeordneten Straßen

Chemiestraße
Camillo- Irmischer- Straße
Eisenbahnstraße
Gottfried- Lindner- Straße
Horst- Heilmann- Straße Nr. 8a - 24
Hohe Straße
Karl- Peter- Straße
Leo- Herwegen- Straße
Merseburger Straße Nr. 359 – 445 ungerade
Schachtstraße
Willi-Brundert- Straße

dem Schulbezirk der Grundschule Radewell zugeordnet.

- c) Veränderung der Schulbezirke der Grundschule Friedensschule und der Grundschule Silberwald.

Ab Schuljahr 2018/19 werden die, bisher dem Schulbezirk der Grundschule Silberwald zugeordneten Straßen

Robinienweg
Am Rosengarten
Guldenstraße

dem Schulbezirk der Grundschule Friedensschule zugeordnet.

- 1.10 Der Standort Ottostraße 25 wird der KGS "Ulrich von Hutten" zugeordnet. eingerichtet. Der jetzige Standort Liebenauer Straße 119 der KGS "Ulrich von Hutten" wird schrittweise an den Standort Ottostraße umgesetzt. Nach dem Umzug wird der Standort Liebenauer Straße 119 geschlossen und an den Fachbereich Immobilien- und Bewirtschaftungsmanagement übergeben.**
- 1.11 Die Aufnahmekapazität der Klassenstufe 5 des Gymnasialteiles der KGS „Wilhelm von Humboldt wird ab Schuljahr 2015/16 auf 3 Klassen festgelegt.**

2. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der 1. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes sowie des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 vom 29.01.2014 und des darin ausgewiesenen Bedarfes an neuen Schulgebäuden sowie dem Sanierungsbedarf von Schulanlagen und Schulgebäuden für den Planungszeitraum des Schulentwicklungsplanes zuzüglich einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum nachfolgenden Schuljahren, folgende Maßnahmen:
- 2.1 In Verbindung mit Beschlusspunkt 1.1 ist der Standort ~~Carl-Schorlemmer-Ring 62/64~~ **Harzgeroder Str. 63/65** bis zum Schuljahr ~~2018/19~~ **2019/20** zu sanieren und für die Nutzung als Schulstandort des Förderschulzentrums herzurichten.
- 2.2 In Verbindung mit der Umsetzung des Punktes 1.2 ist der Standort Wolfgang-Borchert-Straße 40/42 bis zum Beginn des Schuljahres ~~2019/20~~ **2018/19** zu sanieren und für die Nutzung als Grundschulstandort mit integrierter Hortnutzung herzurichten.
- 2.3 In Verbindung mit der Umsetzung des Punktes 1.3 ist der Standort Heinrich-Pera-Straße zu sanieren und für die Nutzung als Grundschulstandort mit integrierter Hortnutzung herzurichten.
- 2.4 In Verbindung mit der Umsetzung des Punktes 1.4 sind zur räumlichen Sicherung am Hauptstandort der BbS „Gutjahr“ durch Erwerb ~~der einer Immobilie~~ (ehemaligen Berufsschule des DVZ Halle, **Am Stadion 7**) weitere Unterrichtsräume der BbS zuzuordnen und für die Aufnahme der Bildungsgänge aus dem Standort Gutjahrstraße 1 bis zum Beginn des Schuljahres ~~2017/18~~ **2015/16** zur Nutzung herzurichten.
- 2.5 Nach Freilenkung des Objektes Gutjahrstraße 1 (vgl. 1.5) **wird die Nutzung der Räumlichkeiten im Schulgebäude Oleariusstraße 7 durch die BbS III in das Schulgebäude Gutjahrstraße 1 verlagert. Gleichzeitig erfolgt die Herrichtung des Schulgebäudes Gutjahrstraße 1 für die Nutzung als Gymnasialstandort schrittweise während der Nutzung durch die BbS III.** ~~ist die BbS III „Johann Christoph von Dreyhaupt“ befristet bis zum Umzug in die Harzgeroder Straße 63/65 in das Schulgebäude Gutjahrstraße 1 umzusetzen.~~
- 2.6 Das Schulgebäude Dreyhauptstraße ist **nach Auszug der BbS III bis zum Beginn des Schuljahres 2020/21 2018/19 für die Nutzung als Gymnasialstandort Gymnasialstandort** zu sanieren. ~~Im Anschluss an den Umzug der BbS III „Johann Christoph von Dreyhaupt“ in die Harzgeroder Straße (vgl. 1.6), ist das Schulgebäude Gutjahrstraße 1 zu sanieren.~~
- Der Gesamtkomplex der Schulgebäude Gutjahrstraße 1/Dreyhauptstraße 1/ Oleariusstraße 7 ist für die gemeinsame Nutzung als Gymnasialstandort für ein 4-züiges Gymnasium und die Volkshochschule herzurichten.
- 2.7 Zur Sicherung des Schulbetriebes ist bis zum Einzug des neuen Gymnasiums **in das Schulgebäude Gutjahrstraße 1** zum Schuljahr ~~2019/20~~ **2017/18 am Standort Steg** ~~im Umfeld des Standortes Dreyhauptstraße/Gutjahrstraße/Oleariusstraße~~ der Bau einer neuen Dreifeldturnhalle sowie **am Gymnasium** die Zuordnung von zusätzlichen Flächen als Pausenhofflächen für das Gymnasium ~~zu prüfen und sofern möglich zu planen und umzusetzen~~ anzuschließen.
- 2.8 ~~In Verbindung mit~~ Zur Sicherung der Umsetzung des Beschlusspunktes 1.6 ~~der Umsetzung des Punktes 1.5~~ ist der Standort Harzgeroder Straße **Carl-Schorlemmer-Ring 62/64 63/65**, ~~nach Auszug der Förderschule „Albert Liebmann“ und der~~

~~Grundschule am Zollrain, bis zum Beginn des Schuljahres 2020/21~~ **2017/18** zu sanieren und für die Bedingungen zur Nutzung durch die BbS III herzurichten.

~~2.9 Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2014 zu prüfen, welche neuen Standorte für die Zweite Integrierte Gesamtschule als dauerhafter Standort genutzt werden können. Das Ergebnis der Standortprüfungen ist dem Stadtrat im I. Quartal 2015 zur Kenntnis zu geben.~~

2.9 Mit der Beschlussfassung zu den Punkten **1.8.** 2.1, 2.2, 2.5, 2.6 und 2.8 wird die Verwaltung beauftragt, Anträge auf Förderung im Rahmen des STARK III- Förderprogrammes für diesen Standort vorzubereiten und einzureichen. Bisher vorliegenden Planungen zur Sanierung des Standortes sind zu überarbeiten und der geplanten Nutzung anzupassen.

2.10 Zur langfristigen Sicherung des Gymnasialangebotes in der Stadt wird der ~~Raumbestand des Giebichenstein-Gymnasiums erweitert.~~ Dazu ist, vorbehaltlich eines positiven Baugenehmigungsverfahrens, bis zum ~~Beginn~~ **spätestens Beginn** Schuljahr 2017/18 ein Erweiterungsbau auf angrenzenden Flächen des Schulgrundstückes des Giebichenstein-Gymnasiums „Thomas Müntzer“ errichtet. **Mit dem Erweiterungsbau sollen die Aufgaben der Schülerspeisung und der Ganztagsbetreuung am Giebichenstein-Gymnasium verbessert werden.**

3. Der Stadtrat beschließt, den Beschluss vom 29.01.2014 (Vorlage-Nr. V/2013/11910) im Wortlaut bezüglich der Beschlusspunkte 2.3 und 2.4 wie folgt zu ändern:

(2.3) neue Fassung

Die Gemeinschaftsschule „Kastanienallee“ ist weiterführende Schule für Schülerinnen und Schüler, die in den Schulbezirken der Grundschule Kastanienallee, der Grundschule „Rosa Luxemburg“ und der Grundschule am Kirchteich wohnen und ermöglicht, in Kooperation mit dem Christian- Wolff- Gymnasium, alle Schulabschlüsse.

(2.4) neue Fassung

Im Gebiet der genannten Schulbezirke (Grundschule Kastanienallee, Grundschule „Rosa Luxemburg“ und der Grundschule am Kirchteich - ehemaliger Schulbezirk der Sekundarschule Kastanienallee) wird, aufwachsend ab Klassenstufe 5, keine weitere Sekundarschule vorgehalten. Schülerinnen und Schüler, die in diesem Gebiet wohnen, können beim Wechsel an die Sekundarschule der Gemeinschaftsschule „Kastanienallee“ zugeordnet werden. Andernfalls erfolgt die Aufnahme in der nahegelegenen Sekundarschule „Heinrich Heine“.

**zu 6.22 Änderung der Satzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00321**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale).

**zu 6.23 Jahresabschluss 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00297**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten für das Wirtschaftsjahr 2013 wird wie folgt festgestellt:

Jahresfehlbetrag:	83.702,42 €
Bilanzsumme:	41.201.259,84 €.

2. Dem Betriebsleiter des Eigenbetrieb Kindertagesstätten Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2013 gemäß § 18 (4) Satz 2 Nr. 3 EigenBG LSA Entlastung erteilt.

3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 83.702,42 € wird auf neue Rechnungen vorgetragen.

**zu 6.24 Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VI/2014/00079**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2015 wird bestätigt.

**zu 6.25 Beschluss zur Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2014 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 09. Dezember 2014
Vorlage: VI/2014/00489**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat tritt der Genehmigung des Landesverwaltungsamtes vom 09.12.2014, 206.4.1-10402 HAL-HH2014 bei.

zu 7 Wiedervorlage

**zu 7.1 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der CDU/FDP-Fraktion im Stadtrat von Halle zur Erarbeitung eines Wirtschaftskonzepts
Vorlage: VI/2014/00224**

**zu 7.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der CDU/FDP-Fraktion im Stadtrat von Halle zur Erarbeitung eines Wirtschaftskonzepts (Vorlagen-Nummer: VI/2014/00224)
Vorlage: VI/2014/00503**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass die Verwaltung den geänderten Beschlussvorschlag begrüßt.

Herr Senius, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass der ursprüngliche Antrag der Verwaltung darauf gerichtet war, ein umfassendes Konzept zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung der Stadt Halle zu erstellen, welches über den Inhalt einer Aufbau- und Ablauforganisation, Schnittstellenbeschreibungen und Leistungsstandards hinausging.

Das Konzept sollte die konkreten Entwicklungsziele der Stadt im Rahmen der wirtschaftlichen Weiterentwicklung aufnehmen und mit konkreten Maßnahmen untersetzt sein und auch die Steuerungshinweise enthalten, die insbesondere auch alle Akteure erfasst, die unter kommunalem Einfluss stehen.

Im gestrigen Wirtschaftsausschuss habe sich herausgestellt, dass die von der Verwaltung geplante Zusammenfassung der vorhandenen, bestehenden Konzepte zu kurz greift. Und die als Alternative vorgeschlagene externe Beauftragung, welche nach Aussage der Verwaltung mit Kosten von 250.000 bzw. 300.000 Euro verbunden wäre, halte man nicht für angemessen.

Die jetzige Fassung des Änderungsantrages sehe deshalb vor, dass das Wirtschaftskonzept bereits im Rahmen der Erstellung, unter Einbeziehung der Kompetenz von Vertretern des Stadtrates erstellt wird. Das Konzept sei dann in einem zweiten Schritt dem kompletten Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die frühzeitige Einbeziehung des Stadtrates bei der Konzepterstellung sei auch deshalb erforderlich, da sich Halle im Rahmen des Wirtschaftsranking 2014 nach oben und weiter entwickelt habe. Jedoch sei die Entwicklung vorwiegend darauf zurückzuführen, dass die nordrhein-westfälischen Städte nach hinten rutschten. Halle nähme auch im

Wirtschaftsrating 2014 unter den ostdeutschen Städten den letzten Platz ein. Mit einer Platzziffer 59 bei 69 gerätkten Städten hätte Halle gerade die letzten zehn erreicht.

Aus diesem Grund müssten alle Kompetenzen zusammengezogen und ein umfassendes Wirtschaftskonzept entwickelt werden, welches durch die Verwaltung angesteuert und umgesetzt werden kann.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, stellte fest, dass schon im Wirtschaftsausschuss intensiv zu diesem Thema diskutiert wurde. Er erinnerte daran, dass es die Zusage der Verwaltung gab, bei der Bestandsanalyse auf entsprechende Benchmarks einzugehen, was durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bestätigt wurde.

Herr Fikentscher, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass der Änderungsantrag 7.1.1 durch die Übernahme in den Antrag 7.1 erledigt sei.

zu 7.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der CDU/FDP-Fraktion im Stadtrat von Halle zur Erarbeitung eines Wirtschaftskonzepts (Vorlagen-Nummer: VI/2014/00224) Vorlage: VI/2014/00503

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Änderungen vom Antragsteller übernommen

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Antrag erhält folgende Fassung:

- 1. Die Verwaltung wird aufgefordert, bis April 2015 ein Wirtschaftskonzept vorzulegen, ~~das die Konzepte für das städtische Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft, die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalekreis mbH & Co. KG, die Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH, die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH sowie die Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH sowie die Bio-Zentrum Halle GmbH~~ **welches die Entwicklungsziele der Stadt unter Einbeziehung der städtischen Beteiligungen zusammenfasst.***
- 2. Das Konzept wird in Zusammenarbeit mit der BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), **unter Einbeziehung von Vertretern der Fraktionen, im Rahmen eines Workshops** erstellt und benennt Steuerungsgrößen und -indikatoren und beschreibt mittel- und langfristige Entwicklungsziele.*
- 3. Das Konzept stellt die aufeinander abgestimmten Budgets für Personal und Marketing dar und benennt die inhaltlichen Schwerpunkte der städtischen Beteiligungen.*
- 4. **Das Konzept ist dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.***

zu 7.1 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der CDU/FDP-Fraktion im Stadtrat von Halle zur Erarbeitung eines Wirtschaftskonzepts Vorlage: VI/2014/00224

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, bis April 2015 ein Wirtschaftskonzept vorzulegen, ~~das die Konzepte für das städtische Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft, die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalekreis mbH & Co. KG, die Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH, die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH sowie die Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH sowie die Bio-Zentrum Halle GmbH~~ **welches die Entwicklungsziele der Stadt unter Einbeziehung der städtischen Beteiligungen** zusammenfasst.
2. Das Konzept wird in Zusammenarbeit mit der BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), **unter Einbeziehung von Vertretern der Fraktionen, im Rahmen eines Workshops** erstellt und benennt Steuerungsgrößen und -indikatoren und beschreibt mittel- und langfristige Entwicklungsziele.
3. Das Konzept stellt die aufeinander abgestimmten Budgets für Personal und Marketing dar und benennt die inhaltlichen Schwerpunkte der städtischen Beteiligungen.
4. **Das Konzept ist dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.**

**zu 7.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale): Beschluss des Stadtrates zur Errichtung einer Gedenk- und Informationstafel zu Ehren von Fritz Hartnagel und Alfred Bauer
Vorlage: VI/2014/00226**

Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, machte darauf aufmerksam, dass man im Kulturausschuss eine Vereinbarung zum Umgang mit diesem Antrag gefunden habe und dieser erst im April 2015 wieder im Kulturausschuss vorgelegt wird. Aus diesem Grund könne der Antrag heute nicht behandelt werden und müsste von der Tagesordnung genommen werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stimmte der Rücknahme von der Tagesordnung nicht zu und bat um eine Beschlussfassung des geänderten Beschlussvorschlages.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erinnerte daran, bei einer Beschlussfassung auf die Umsetzung des Beschlusses zu achten.

Frau Müller, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, kritisierte, dass der Antrag nur mit wenigen Quellen untersetzt war und der historische Nachweis fehlte. Sie argumentierte, dass man mit der Nennung einzelner Namen vieler anderer nicht gerecht werde.

Bezugnehmend auf den Kulturausschuss merkte **Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, an, dass man mit Blick auf die Vorbehalte der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI den ursprünglichen Antrag dahingehend geändert habe, dass das Thema in einer Diskussionsrunde einer Arbeitsgruppe auf den Weg gebracht und abschließend dem Kulturausschuss vorgelegt werden soll.

Herr Bartl, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, unterstützte die Ausführungen von Frau Dr. Bergner und die weitere Diskussion im Kulturausschuss.

Herr Krause, SPD-Fraktion, gab den Hinweis, dass die Diskussion in einer Arbeitsgruppe im zweiten Beschlusspunkt fixiert sei.

Seiner Fraktion sei daran gelegen, Menschen, die im zweiten Weltkrieg gekämpft haben, stellvertretend für eine Erinnerungskultur in einer Stadt zu ehren, in welcher Namen genannt werden können.

Er bat um Abstimmung des Antrages.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Krause verwies **Frau Dr. Wünscher** auf die Intentionen im Kulturausschuss, dass bisher keine ernstzunehmende Expertise vorläge und aus diesem Grund eine Verständigung noch nicht möglich war.

Der erste Beschlusspunkt gehe ihr zu weit, da er bei einer Beschlussfassung bedeuten würde, dass eine angemessene Ehrung stattfinden soll, ohne dass eine Prüfung durch die Arbeitsgruppe notwendig wäre.

Sie machte den Vorschlag, zuerst die Diskussion in der Arbeitsgruppe zu führen, das Ergebnis im Kulturausschuss vorzustellen und danach das Thema im Stadtrat zu behandeln.

Zu den Anmerkungen von Frau Dr. Wünscher stellte **Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, fest, dass man sich im Kulturausschuss auf den jetzt vorliegenden Text des Beschlussvorschlages geeinigt habe.

Durch **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wurde vorgeschlagen, mit dem Beschluss eine Ehrung der genannten Personen zu prüfen und danach eine Untersuchung durch der Arbeitsgruppe erfolgen zu lassen.

Er regte an, als Kompromiss den Beschlusspunkt dahingehend zu ändern: „Der Stadtrat beschließt, eine Ehrung von Fritz Hartnagel und Alfred Bauer zu prüfen.“

Frau Dr. Wünscher beantragte die Vertagung des Antrages bis zum Vorliegen des Ergebnisses der Arbeitsgruppe.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, bat darum, dem Antrag nicht zu folgen. Seiner Meinung nach reiche die Änderung eines Wortes, wie schon von Herrn Häder vorgeschlagen.

Herr Krause stimmte der Einfügung des Wortes *Prüfung* in den ersten Beschlusspunkt zu.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, erinnerte an einen Antrag der Fraktion DIE LINKE aus dem Jahr 2012, in welchem die Stadt beauftragt wurde, eine Gedenktafel für die Stadtverordneten von SPD und KPD, die im Kampf gegen Faschismus ihr Leben lassen mussten, im Foyer im Stadthaus wieder anzubringen. Damals habe es einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Erstellung von Recherchen zu den fünf namentlich genannten Personen gegeben. Damals lagen die Namen im Stadtarchiv vor, es habe sich aber dann niemand dafür interessiert. Seiner Meinung nach müsse auch der jetzige Antrag ernst genommen werden.

Herr Häder formulierte noch einmal seinen Änderungsvorschlag für den Beschlusspunkt 1. der Vorlage: „Der Stadtrat beschließt, eine angemessene Ehrung von Fritz Hartnagel und Alfred Bauer zu prüfen.“

Frau Wagner, Stadträtin, informierte darüber, dass Fritz Hartnagel zu den Mitgliedern der Gruppe Weiße Rose gehörte und regte an, bei der Ehrung „*Fritz Hartnagel und andere Mitglieder der Weißen Rose...*“ zu formulieren.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Dr. Fikentscher, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, **eine angemessene Ehrung** ~~zu Ehren von Fritz Hartnagel und Alfred Bauer eine angemessene Ehrung Gedenk- und Informationstafel am Weinbergcampus zu errichten vorzunehmen zu prüfen.~~
2. **Wie diese Ehrung erfolgen soll, wird durch eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Stadt Halle (Saale), der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und des Weinberg Campus besprochen und geplant. Abschließend wird das Vorhaben dem Kulturausschuss erneut zur abschließenden Beratung vorgelegt.**

**zu 7.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beirat Stadtmarketing
Vorlage: VI/2014/00238**

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, machte darauf aufmerksam, dass laut der sich in Arbeit befindlichen Hauptsatzung der Vertreter des Gesellschafters im Stadtmarketing der Finanzausschuss. Bei einer Beschlussfassung des Antrages wäre der Beirat berufen, den Finanzausschuss zu beraten. Er bat um Überlegungen dazu, ob dies sinnvoll wäre.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Bönisch erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass mit dem Antrag eine Änderung im Stadtmarketingbereich auf der Grundlage des Gesellschaftsvertrages gemeint sei. Im Gesellschaftervertrag Stadtmarketing gäbe es die Möglichkeit, einen Beirat auf Beschlussfassung der Gesellschafter herbeizuführen. Dies soll mit der Antragstellung erreicht werden.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte den Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand zu und bat um eine positive Beschlussfassung.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, machte deutlich, dass der Beirat laut Gesellschaftersatzung einen anderen Charakter trage, als Gegenstand des Antrages ist. Der Gesellschaftsvertrag sehe einen Beirat für die Stadtmarketing GmbH vor. Im vorliegenden Antrag gehe es nur um den Vertreter des Gesellschafters Stadt. In diesem Fall wäre es der Oberbürgermeister oder ein Vertreter. Mit der Beschlussfassung würde man für diesen einen Beirat schaffen.

Durch **Frau Dr. Brock** wurde darauf hingewiesen, dass man versuchen wollte, eine Formulierung zu finden, die durch den Stadtrat beschlussfähig ist. Der Fachbeirat Politik sollte wieder installiert werden, damit zum Beispiel auch die strategische Ausrichtung umgesetzt werden kann.

Herr Krause, SPD-Fraktion, ergänzte die Anmerkungen von Herrn Dr. Meerheim. Es handele sich um einen Beirat, der den städtischen Vertreter hinsichtlich Angelegenheiten des Stadtmarketing berät.

Er gab den Hinweis, dass er die Rolle und Funktion des Stadtmarketing in den Kontext der Konzeptionierung der Wirtschaftsförderung sehe. Dazu könnte der Beschluss hilfreich sein und seine Fraktion würde dem Antrag zustimmen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, schlug vor, den letzten Satz des Beschlussvorschlages zu streichen.

In diesem Zusammenhang verwies **Herr Bönisch** auf die Hauptsatzung und machte darauf aufmerksam, dass darin die Zuständigkeit des Finanzausschusses für den Gesellschafterausschuss festgelegt sei.

Durch **Herrn Schramm, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, wurde angemerkt, dass ein Beirat gewollt sei, der den städtischen Vertreter berät. Damit würde auch nicht die Zuständigkeit des Finanzausschusses beeinträchtigt werden.

Es gäbe viele Entscheidungen, die im Bereich Stadtmarketing mit einer engeren Einflussnahme durch den Stadtrat hätten getroffen werden müssen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass der Stadtrat den Oberbürgermeister anweisen könne, seine Stimme in der Gesellschafterversammlung entsprechend abzugeben. Eine Beratung des Oberbürgermeisters sei jedoch nicht vorgesehen.

In Bezug auf die Diskussion zum Finanzausschuss führte er aus, dass die Gesellschafter im Stadtmarketing keinen Bedarf für einen Beirat sehen. Auch sei es nicht zulässig, dass eine Beratung des Vertreters des Hauptverwaltungsbeamten stattfinde, sondern es sei nur die Anweisung zur Stimmabgabe möglich. Die Einrichtung eines Beirates zur Beratung des Oberbürgermeisters halte er für nicht zulässig.

Herrn Klätte, Stadtrat, merkte an, dass die Stadt 55 % der Stimmen im Stadtmarketing habe. Er fragte an, ob der Beirat zu gründen wäre, wenn Herr Oberbürgermeister durch den Stadtrat angewiesen wird, seine Stimme in diese Richtung auszuüben.

Dem stimmte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zu. Es reiche die einfache Mehrheit, jedoch müssten auch die anderen Gesellschafter gehört werden.

Er sicherte zu, den Beschluss zur Diskussion in die Gesellschafterversammlung mitzunehmen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

**zu 7.5.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beirat Stadtmarketing (VI/2014/00238)
Vorlage: VI/2014/00552**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der letzte Satz aus dem Beschlussvorschlag:

„Der Beirat berät den städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung hinsichtlich der Angelegenheiten der Stadtmarketing GmbH.“

wird gestrichen.

**zu 7.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Beirat
Stadtmarketing
Vorlage: VI/2014/00238**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle beschließt die Einrichtung eines Beirates Stadtmarketing. Die Mitglieder des Beirates werden vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) entsandt, jede Fraktion erhält das Benennungsrecht für ein Mitglied. ~~Der Beirat berät den städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung hinsichtlich der Angelegenheiten der Stadtmarketing GmbH.~~

**zu 7.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Durchführung eines Gratis-Flohmarktes und einer Online-Gratis-Börse
Vorlage: VI/2014/00222**

Frau Winkler, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM begründete den Antrag mit dem Vorbild in Magdeburg. Dort könnten Bürger zweimal jährlich gebrauchsfähige, aber veraltete Haushaltsgeräte abgeben. Es soll Abfallvermeidung betrieben und allen Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, an dieser Börse teilzunehmen.

In Bezug auf die Online-Gratis-Börse machte **Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, darauf aufmerksam, dass eine zustimmende Stellungnahme der Verwaltung dazu vorliege und er schon im Umweltausschuss angeregt habe, zu prüfen, ob die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters betroffen sei.

In diesem Zusammenhang wies er auf die heute zugeleitete Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtes zu einem Widerspruch des Oberbürgermeisters hin, in welcher die Verantwortung des Hauptverwaltungsbeamten für den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung, was auch die Entscheidungsbefugnis über die technische Ausstattung umfasst sowie die Einrichtung und Gestaltung von Internetauftritten der Stadt und seiner Einrichtungen.

Aus seiner Sicht treffe dies auf die Gratis-Online-Börse zu. Er bat um eine Stellungnahme des Oberbürgermeisters, ob er gegen den Beschluss Widerspruch einlegen wird.

Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht, teilte dazu mit, dass laut dem vorliegenden Wortlaut des Beschlusses ein Prüfauftrag an die HWS erfolgen soll. Insoweit sei nicht allein die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters betroffen.

Herr Scholtyssek stellte den Antrag zur Streichung des Beschlussvorschlages „zur Einrichtung einer Online-Gratis-Börse“.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt. Wenn im Ergebnis der Prüfung eine Rechtswidrigkeit festgestellt wird, könne dann darauf reagiert werden.

Abschließend bat **Herr Dr. Fikentscher** um Abstimmung des Antrages von Herrn Scholtyssek zur Streichung der Worte „*und im Internet eine Online-Gratis-Börse*“.

zu 7.7.1 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Durchführung eines Gratis-Flohmarktes und einer Online-Gratis-Börse (Vorlage: VI/2014/00222) Vorlage: VI/2015/00558

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Im Beschlusstext wird „und im Internet eine Online-Gratis-Börse“ gestrichen.

zu 7.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Durchführung eines Gratis-Flohmarktes und einer Online-Gratis-Börse Vorlage: VI/2014/00222

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen,

inwieweit es möglich ist, in Zusammenarbeit mit der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) halbjährlich einen Gratis-Flohmarkt auf den Werkstoffmärkten ~~und im Internet eine Online-Gratis-Börse~~ durchzuführen.

zu 7.8 Antrag des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Vermeidung der örtlichen Massierung von Wahlplakaten Vorlage: VI/2014/00211

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erklärte, dass es darum gehe, in bestimmten Gebieten in Halle die Plakatierung zu minimieren und eine größere Meinungsvielfalt zuzulassen.

Er warb um Zustimmung zu seinem Antrag.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, stimmte den Ausführungen von Frau Dr. Brock und Herrn Dr. Meerheim zu.

Weiterhin informierte sie darüber, dass wegen der unklaren Verhältnisse potentielle Mieter, welche 2015 dort einziehen wollten, ihren angekündigten Einzug zurückgenommen hätten. Sie halte den Zustand für unzumutbar, da auch der Umzug in das Stadtmuseum nicht geklärt werden konnte.

Bezüglich des zu erstellenden Konzeptes machte sie darauf aufmerksam, dass dieses unabhängig vom Standort der Vereine, der Ateliers und der Künstler zu erarbeiten ist. Alternativ müsste auch der Standort Künstlerhaus 188 geprüft werden beziehungsweise wie der Umzug in das Stadtmuseum erfolgen soll.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, teilte die Anmerkungen von Frau Dr. Wünscher. Aus seiner Sicht sei aber auch die Erarbeitung eines Konzeptes erforderlich, um eine Lösung innerhalb der Räume im Künstlerhaus 188 oder in Zusammenarbeit mit den Nutzern und Mietern zu finden und Alternativen aufzustellen.

In Bezug auf die Aufforderung an die Mieter zum Auszug aus dem Künstlerhaus 188 bat er um Klarstellung durch die Verwaltung, was genau an die Mieter als Kündigungsgrund definiert wurde und in welchem Umfang wirtschaftlicher Schaden entstand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte dazu mit, dass die geführten Diskussionen auf Wunsch von Vereinen stattfanden, welche in das Stadtmuseum einziehen wollen. Momentan würden durch die Verwaltung die Alternativen geprüft.

Er könne dem vorliegenden Antrag zustimmen und erklären, dass momentan keine Mietverhältnisse unterbrochen werden.

Nach der Prüfung aller Optionen würden diese im Kulturausschuss vorgestellt werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte darauf aufmerksam, bei der Behandlung und Umsetzung des Antrages darauf zu achten, welche tatsächlichen Kosten anfallen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI
in den
Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit interessierten Nutzerinnen und Nutzern ein tragfähiges Nutzungskonzept für die Räumlichkeiten des Künstlerhaus 188 zu erarbeiten. Das Konzept ist dem Stadtrat spätestens im II. Quartal 2015 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 8.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Beschlüsse zur Kleingartenkonzeption der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00448**

Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete den Antrag ihrer Fraktion mit der nicht erfolgten Realisierung des schon im März gefassten Beschlusses, welcher ohne Einschränkungen umgesetzt werden sollte. Der Antrag stelle die Bekräftigung eines schon gefassten Beschlusses dar.

Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, fragte bei der Verwaltung an, weshalb der Stadtratsbeschluss bisher noch nicht umgesetzt wurde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies darauf, dass im vergangenen Jahr kommuniziert wurde, dass der Schwerpunkt auch in den Kleingärten in der Beseitigung der Hochwasserschäden lag. Mit dem jetzigen Beschluss zum Haushalt gäbe es eine finanzielle Grundlage und Vorarbeiten lägen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtratsbeschluss zur Kleingartenkonzeption der Stadt Halle vom 24.03.2013 (Beschluss zu Vorlage V/2012/10759) vollständig umzusetzen und dazu im ersten Quartal 2015 eine mit dem Stadtverband der Gartenfreunde ausgehandelte Vereinbarung zur Umsetzung der Kleingartenkonzeption und eine Förderrichtlinie zur „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens“ zur Beschlussfassung vorzulegen. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2016 ist eine Haushaltsstelle für Ausgaben zur Verbesserung des Kleingartenwesens in der Stadt Halle (Saale) vorzusehen.

**zu 8.4 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI und MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Interessenbekundungsverfahren zur Betreuung des Stadtbads
Vorlage: VI/2014/00450**

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erinnerte an den Ausgangspunkt für den Antrag, welcher eine Diskussion im Sportausschuss voranging. Dort habe sich der Ausschuss mit großer Mehrheit darauf verständigt, im Hinblick auf das Interessenbekundungsverfahren sowohl die vorgelegten Interessenbekundungen einzusehen und auch die zukünftigen Entscheidungen zum Stadtbad im Stadtrat getroffen werden.

Mit dem vorliegenden Antrag wurde der Auftrag des Sportausschusses aufgenommen und formuliert. **Herr Wehrich** bat um Zustimmung zum Antrag.

Herr Krause, SPD-Fraktion, unterstützte die Ausführungen von Herrn Wehrich und machte auf den dringenden Handlungsbedarf durch die Verwaltung aufmerksam.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Halle GmbH die Geschäftsführung

anzuweisen, dass diese wiederum die Geschäftsführung der Bäder Halle GmbH anweist, Angebote/Bewerbungen im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens zum Stadtbad Halle dem Sportausschuss und dem Stadtrat vorzulegen. Eine Entscheidung zur Übernahme oder Teilübernahme des Stadtbades durch Dritte bedarf einer Zustimmung des Stadtrates.

zu 8.5 Antrag der Stadträtin Frau Wagner zur Ablehnung von Vollstreckungsmaßnahmen
Vorlage: VI/2014/00404

Frau Wagner, Stadträtin, begründete den Antrag damit, dass Vollstreckungsersuchen von ARD und ZDF Beitragsservice durch die Stadt abgelehnt werden sollen, wenn bestimmte Voraussetzungen fehlen.

Herr Bürgermeister Geier verwies auf das Verwaltungsvollstreckungsgesetz in Sachsen-Anhalt, in welchem es im Paragraf 7a eine eindeutige Regelung dazu gäbe, nach welcher die Stadt Halle verfare.

Sollte es Unstimmigkeiten bezüglich der Voraussetzungen geben, könne von der Stadt angeboten werden, einen entsprechenden Schriftwechsel an die GEZ herbeizuführen. Jedoch müsse der Antrag von den betreffenden Bürgern selbst gestellt werden.

Des Weiteren machte **Herr Bürgermeister Geier** deutlich, dass er eine allgemeine Beauftragung der Verwaltung zum Verzicht von Vollstreckungsmaßnahmen nicht befürworten könne. Vollstreckungsmaßnahmen würden dazu dienen, das berechnete Geld einzuziehen und die Zahlungsdisziplin unter allen Zahlungspflichtigen abzuhandeln.

Herr Bürgermeister Geier riet von einer Zustimmung des Antrages ab.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies darauf, dass es sich bei dem Antrag um Amtshilfe im übertragenen Wirkungskreis handelt und deshalb kein Beschluss im Stadtrat dazu gefasst werden könne.

Er halte eine Diskussion zu dieser Problematik für angebracht und verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Finanzausschuss.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, bat um Feststellung der Zulässigkeit des Antrages. Bei Nichtzulässigkeit könne er nicht in einen Ausschuss verwiesen werden.

Dazu stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass ein gestellter Antrag, welche in die Kompetenz des Stadtrates falle, auf die Tagesordnung komme und zulässig sei. Auch habe die Verwaltung in ihrer Stellungnahme eine klare Beschlussempfehlung gegeben.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, Vollstreckungsmaßnahmen im Auftrag des ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservices abzulehnen und an diesen zurückzugeben, wenn die Voraussetzungen für Vollstreckungsmaßnahmen zum Einzug rückständiger Rundfunkgebühren fehlen.

- zu 8.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Besetzung des Bildungsausschusses mit einem sachkundigen Einwohner
Vorlage: VI/2014/00505**
-

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmt zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt die Entsendung des Herrn Stefan Malkoc als sachkundigen Einwohner in den Bildungsausschuss.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, machte den Vorschlag, nach dem Tagesordnungspunkt 9 mit der nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates zu beginnen. Die nachfolgenden öffentlichen Tagesordnungspunkte würden dann erst in der nächsten Sitzung des Stadtrates im Januar 2015 behandelt werden.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, legte seinen Widerspruch zur vorgeschlagenen Verfahrensweise ein.

Damit ist die Behandlung aller Tagesordnungspunkte durchzuführen.

- zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**
-

- zu 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Lärmbelästigungen durch HAVAG-Trasse im Steinweg
Vorlage: VI/2014/00405**
-

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum Paternoster im Rathaus
Vorlage: VI/2014/00424**
-

Herr Scholtyssek fragte nach, weshalb der Paternoster im Rathaus noch regelmäßig gewartet werde und welche zusätzlichen Kosten entstehen würden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 9.3 Anfrage der Stadträte Dr. Hans-Dieter Wöllenweber und Andreas Hajek
(beide CDU/FDP-Fraktion) zur Gefahrenabwehrverordnung
Vorlage: VI/2014/00381**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.4 Anfrage der Stadträte Dr. Hans-Dieter Wöllenweber und Andreas Hajek
(beide CDU/FDP-Fraktion) zum Leitbild Riebeckplatz
Vorlage: VI/2014/00382**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur
Vorbereitung des 70. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus
Vorlage: VI/2014/00316**

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, merkte an, dass das Ereignis sehr bedeutend für die Stadt Halle sei und die von der Verwaltung benannten Aktivitäten nicht ausreichen würden. Die Stadtverwaltung solle sich Gedanken darüber machen, das bedeutende Ereignis in würdiger Form in der Stadt im nächsten Jahr zu begehen.

**zu 9.6 Anfragen der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum
Sachverhalt "Essensteilnahme von Kindern in Kindertageseinrichtungen in
der Stadt Halle (Saale)"
Vorlage: VI/2014/00306**

Die Beantwortung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

**zu 9.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur
Unterstützung der Sanierung der St. Moritz-Kirche zu Halle
Vorlage: VI/2014/00429**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.8 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Parkplätzen im Umfeld
des Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Zentrums
Vorlage: VI/2014/00444**

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, war mit der Beantwortung der einzelnen Punkte durch die Verwaltung nicht einverstanden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 9.9 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Versorgung mit
öffentlichen Toiletten
Vorlage: VI/2014/00451**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der
Überarbeitung der Stellplatzsatzung
Vorlage: VI/2014/00449**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.11 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Festplatz
Gimritzer Damm
Vorlage: VI/2014/00416**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.12 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Beleuchtung von Straßen
Vorlage: VI/2014/00415**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.13 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu den Kitakosten und
zu den nicht abgeschlossenen LQE
Vorlage: VI/2014/00419**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.14 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zur Einführung eines Sozial-Tickets bei der HAVAG
Vorlage: VI/2014/00414**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.15 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zur Sicherung des Lebensunterhalts bei Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien
Vorlage: VI/2014/00413**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.16 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zur beabsichtigten Erweiterung der Plätze für Asylbewerber im Stadtgebiet von Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00412**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.17 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zu Maßnahmen der Stadt Halle (Saale) zur schnelleren Durchsetzung von Ausreiseanordnungen durch Abschiebung von Asylbewerbern, deren Anträge auf Asyl abgelehnt wurde.
Vorlage: VI/2014/00411**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.18 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zur Finanzierung der Kosten für Unterkunft und Versorgung von Asylbewerbern, deren Antrag auf Asyl, in letzter Instanz abgelehnt wurde
Vorlage: VI/2014/00410**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.19 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zur Zinsbelastung im Zusammenhang mit der Finanzierung der Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00409**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.20 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zur Sicherheit in der Dunkelheit im Park der einheimischen Gehölze im Stadtteil Silberhöhe
Vorlage: VI/2014/00408

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.21 Anfrage des Stadtrates Herrn Pitsch zur Finanzierung der Kosten für Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00406

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 Quartalsbericht III/2014 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: VI/2014/00252

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 Turnusmäßige projektorientierte Berichterstattung des FB Bauen Statusberichte für die Bauprojekte Radweg Kröllwitz, Haupterschließungsstraße 4. Abschnitt und ÖPNV-Schnittstelle Halle-Nietleben
Vorlage: VI/2014/00300

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.3 Bericht zur Suchtkrankenhilfe in der Stadt Halle (Saale) 2014
Vorlage: VI/2014/00175

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.4 Konzeption zu den Marketingaktivitäten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2014/00479

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.5 Mitteilung zur Realisierung personalwirtschaftl. Maßnahmen zur Reduzierung v. Personalaufwendungen im Zeitraum 2014-2018

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass zwei schriftlich eingereichte mündliche Anfragen vorlägen und verlas diese:

1. Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Spielplätzen
2. Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Konzept zur Weiternutzung Kulturtreff

zu 11.1 mündliche Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Spielplätzen

Der Ursprünge-Spielplatz am Rosa-Luxemburg-Platz, unweit des Landesmuseums für Vorgeschichte wurde im Mai teilsaniert. Weitere Reparaturen sollten folgen. Ziel war es, dass er im Herbst wieder komplett ist.

Vor diesem Hintergrund frage ich:

1. In welchem Bauzustand und Nutzungszustand befindet sich aktuell der Ursprünge-Spielplatz?
2. Wie weit sind die Instandsetzungsmaßnahmen voran geschritten?
3. Welche Maßnahmen müssen gegebenenfalls künftig noch folgen und wann ist deren Umsetzung geplant?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte dazu mit, dass, obwohl noch zwei Spielhütten fehlen, der Spielplatz uneingeschränkt nutzbar sei.

Die Vervollständigung der Anlage um die beiden Spielhütten wurde für das erste Halbjahr des nächsten Jahres eingeplant.

Sobald die Haushaltssatzung 2015 vollzogen ist, werden die notwendigen Ausschreibungen veranlasst.

Die Verwaltung werde sich auch weiterhin bemühen, die ursprünglich eingeplante Mammut-Rutsche realisieren zu können.

zu 11.2 mündliche Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Konzept zur Weiternutzung KulturTREFF

In der Hauptausschusssitzung vom 22.10.2014 hat die Verwaltung auf eine mündliche Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange, DIE LINKE/Die PARTEI, geantwortet, im Dezember 2014 ein Konzept zur Weiternutzung des KulturTREFF in Halle-Neustadt vorstellen zu

wollen. Die Verwaltung hatte in der Antwort bereits Überlegungen hinsichtlich verschiedener Möglichkeiten vorgestellt.

1. Ist das Konzept fertiggestellt? Wenn ja, wann wird es dem Stadtrat vorgestellt? Wenn nein, weshalb wurde es noch nicht erarbeitet?
2. Wie geht es ganz konkret mit dem KulturTREFF als Treffpunkt für Vereine etc. im Jahr 2015 weiter?
3. Wie kann eine alternative Nutzung im Künstlerhaus 188, wie von der Verwaltung in der Antwort vorgeschlagen, erfolgen?

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, beantwortete die Fragen dahingehend, dass durch eine organisatorische Umstellung eine Lösung gefunden wurde und die Vermietung des KulturTREFF weiterhin abgesichert sei, ohne zusätzliches Personal einstellen zu müssen.

Bei Veranstaltungen ohne größeren Betreuungsaufwand erfolge eine Schlüsselausgabe und –rücknahme innerhalb der üblichen Dienstzeiten im Fachbereich 24, Immobilien.

Bei umfangreich zu betreuenden Veranstaltungen erfolge eine Sicherstellung durch den Fachbereich 24, über die Abteilung Objektbetreuung.

Es habe eine Ausnahme gegeben, dass einigen Veranstaltungen vorgeschlagen wurde, ins Künstlerhaus 188 zu gehen.

Der KulturTREFF stehe weiterhin zur Verfügung.

In Bezug auf die Fertigstellung des Konzeptes machte **Frau Dr. Marquardt** deutlich, dass es eine pragmatische Lösung gäbe, wie weiter vermietet werden kann.

zu 11.3 Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Widerspruch Internetseite Wirtschaftsförderung

Auf Antrag von Herrn Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, vom 19.12.2014 wurde zum TOP 11.3 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Meine Frage ist an den Oberbürgermeister gerichtet.

Wir haben heute von Frau Schneider eine Mail bekommen. Herr Scholtyssek hat, glaube ich, schon aus dieser Mail zitiert. Bezogen auf die Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes zum Beschluss des Stadtrates, der inhaltlich für uns nicht, wie sagt man so schön, entscheidend ist, aber der eine Idee hier aus dem Rat war. Nämlich die Prüfung der Wirtschaftsförderung auf der Internetseite.

In dieser Mail ist zu lesen, dass die Beanstandungsverfügung der Stadt vom 02.12., zugegangen ist der Stadt am 05.12. Heute ist ja dann doch mehrere Tage später und ich würde Sie fragen, ob Sie zur Wahrung unserer Rechts. . . . , zur Einlegung der Rechtsmittel fristwährend dort Rechtsmittel einlegen, weil dort die Monatsfrist ja besteht, um den Widerspruch einzulegen beim Landesverwaltungsamt, anzuzeigen, damit wir im Januar dann wirklich auch darüber beraten können, ob wir das tun?

Weil die Frage uns ja schon umtreibt, das war ja jetzt gerade auch wiederum der Hinweis von Herrn Scholtyssek, inwieweit sind Prüfvorgänge wirklich mit dem Kommunalverfassungsgesetz gedeckt, dass sie als Eingriff zu werten sind in Ihre Verwaltungshoheit, Gestaltungshoheit als Oberbürgermeister.

Wir würden das gerne vielleicht auch empfehlen dem Rat, wirklich gerichtlich zu prüfen, durch einen Widerspruch vielleicht nochmal zu hinterfragen, weil natürlich auch das Landesverwaltungsamt erklärt hat, dass keine Anhörung und keine Untersetzung dort ergangen ist. Das ist ja auch schwierig, wenn Sie als Vertreter der Stadt dort eine ganz andere Position haben, als wir als Rat.

Insofern würde ich meine Frage an Sie, ob Sie, weil wir gar keine Handlungsmöglichkeit hatten, Herr Oberbürgermeister, mit der Zusendung am heutigen Tag, fristwährend dort anzeigen, dass wir in der Prüfung sind, um dort gegebenenfalls, wenn hier eine Mehrheit sich entscheidet, dort Rechtsmittel einzulegen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Wolter, erst mal zum Grundsätzlichen. Für die Organisationskompetenz und Möglichkeit des Oberbürgermeisters haben wir jetzt, ich will nicht übertreiben, mindestens drei oder vier Verfahren geführt. Jedes Mal, in anderen Fällen, immer mit dem gleichen Prinzip, hat das Landesverwaltungsamt dem Oberbürgermeister Recht gegeben und gesagt, unter den Voraussetzungen ist es nicht möglich, in die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters einzugreifen.

Jetzt kommt der nächste Fall. Und jetzt sagen Sie wieder, wir gehen wieder dagegen vor.

Was wir momentan hier laufen haben ist ja ein Klageverfahren. Das heißt, in diesem Prinzip, um die Fragestellung abzuklären, läuft bereits ein Klageverfahren. Deshalb läuft dieser Prozess, um deutlich zu machen und beschreiben zu lassen vom Gericht, das war ja Ihr Wunsch, dass und wie sieht die Organisationskompetenz des Oberbürgermeisters aus.

Das heißt, wir haben ein laufendes Klageverfahren genau zu dieser Fragestellung. Nur immer abgewandelt in irgendwelchen anderen Bereiche, wo Sie meinen, dass Sie in die Organisationskompetenz eingreifen. Und von daher, muss ich ganz deutlich sagen, ist das jetzt momentan eine Situation, das ist jetzt meine Meinung, wo Sie über Gebühr hinaus jetzt wieder eine Situation herbeiführen.

Wir haben klare Positionierungen des Landesverwaltungsamtes, die Sie auch von den Rechtslagen innerhalb des Landes bereits auch abgeklärt haben. Das heißt, das Landesverwaltungsamt hat mehrfach deutlich gemacht, was es von Ihrer Auffassung hält. Und wenn Sie möchten, dass ich dagegen erst mal vorsorglich Widerspruch einlege, kann ich das gerne tun. Nur, Sie beschäftigen die Verwaltung und das Landesverwaltungsamt über Gebühr. Das muss ich hier an dieser Stelle deutlich sagen. Wir haben dazu ein laufendes Klageverfahren. Und dort kriegen wir eine Antwort.

Herr Wolter

Ja, ich wollte jetzt gar nicht die Diskussion, die führen wir ja sozusagen, und die Unklarheit besteht ja dann auch wirklich, weil wir als Mehrheit im Rat ja eine andere Auffassung hatten bisher, auch zu diesem Fall. Und gerade aus der Beschreibung, dass ein laufendes Klageverfahren läuft, um diesen Sachverhalt auch, damit Sie auch eine Rechtssicherheit haben, damit wir eine Rechtssicherheit haben, sage ich mal, in unserer Antragstellung, das ist ja das Interesse von uns.

Wir wollen ja konstruktiv mit Ihnen arbeiten und wollen Sie nicht in Ihren, sage ich mal, Gestaltungsräumen einschränken, sondern Ihnen klare Aufträge, die uns nicht dauernd zu zusätzlichen Diskussionen führen.

Insofern würde ich Sie bitten, auch aufgrund des laufenden Klageverfahrens, dieses Rechtsmittel einzulegen, um die Möglichkeit zur Klarstellung fristwährend einzulegen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Vielleicht können wir uns verständigen. Ich sichere Ihnen zu, dass ich das umsetze, wenn wir aus dem Klageverfahren, also diesen konkreten Fall, umsetze, wenn wir aus dem Klageverfahren dort eine Entscheidung dann bekommen. Dann bräuchten wir jetzt nicht wegen jedem Fall, wo Sie meinen, die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters, die Kompetenz des Oberbürgermeisters würde nicht bestehen, müssten wir nicht dagegen vorgehen.

Wir können uns doch die Fälle merken und ich sichere Ihnen im Protokoll zu, dass ich das natürlich selbstverständlich umsetze. Denn die Fälle und die Vorgehensweise, die Art und Weise, unter welchen Voraussetzungen der OB zuständig ist, ist immer der gleiche. Ist immer der gleiche Streitpunkt. Nur mit anderen Sachverhalten. Und von daher kann ich Ihnen das nur anbieten.

Wenn Sie sagen, bin ich auch mit einverstanden, ich soll vorsorglich Widerspruch einlegen, dann machen wir daraus einen Verwaltungsvorgang. Also wenn Sie das lieber möchten, dann können wir das gerne tun.

Ich sichere Ihnen zu, dass alle Streitfälle im Sinne der Klageentscheidung, die wir dann irgendwann bekommen, dann von mir umgesetzt werden. Das ist mein Angebot an Sie.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Wolter, eine letzte Wortmeldung zu dem Punkt

Herr Wolter

Das ist eine Klärungssache, die sicher auch Sie interessiert, Herr Vorsitzender. Und insofern, ich bin ja nicht der Hauptverwaltungsbeamte, wollte ich gerade sagen, ich bin ja sozusagen auch nicht die Mehrheit hier im Rat.

Ich kann Ihnen sagen, ich kann das nachvollziehen. Und wenn da sozusagen eine Konstruktivität aus dieser Klage entsteht, die Wirkung hat auch auf die anderen strittigen Fälle, dann würde ich damit zufrieden sein.

Es ist nur das Problem, wenn es nicht ist, dann haben wir natürlich jetzt einen Rechts. . . . , sage ich mal, nicht mehr anfechtbare Beanstandung. Das ist das Problem, was wir dahinter sehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sie haben doch meine Erklärung. Herr Schreyer nimmt das so auf. Wir würden das zu den Fällen hinzufügen und ich sichere Ihnen zu, dass ich unverzüglich umsetze, unter den Voraussetzungen, je nachdem wie die Klage ausgeht.

Herr Lange

Herr Häder möchte seine Anfrage dazu stellen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Nein, ich wollte bloß noch . . . , ich verstehe Sie dann auch so, dass Sie sich nicht auf die Rechtskraft dieser hiesigen Entscheidung berufen würden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Nein, ich würde in das Verfahren dann wieder eintreten.

Herr Lange

Gut.

Ende des Wortprotokolls

zu 11.4 Anfrage Frau Bohm-Eisenbrandt , Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Hundewiese im Stadtpark

In den Bezug auf die Baumaßnahmen am Stadtpark wies **Frau Bohm-Eisenbrandt** darauf hin, dass seit Beginn der Baumaßnahmen die Fläche der Hundewiese halbiert wurde und die Nutzung deshalb stark eingeschränkt sei. Auch die Tür zur Hundewiese wurde jetzt entfernt.

Sie fragte an, weshalb man bei der Planung der Ausführung der Bauarbeiten nicht berücksichtigt habe, erst die neue Hundewiese fertigzustellen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.5 Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zu einer Stellenbesetzung im Verwaltungsmanagement

Herr Krause fragte an, wann von der Verwaltung geplant sei, die Stelle Fachbereichsleiter/in Verwaltungsmanagement wieder zu besetzen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf eine schnellstmögliche Wiederbesetzung. Zurzeit werde der Bereich durch Frau Hahnemann amtierend geleitet. Für die Zukunft wird eine endgültige Lösung angestrebt.

Er sicherte zu, den aktuellen Stand des Verfahrens schriftlich nachzureichen.

zu 11.6 Verabschiedung des Beigeordneten Herrn Neumann durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Häder

Herr Häder bedankte als Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung auch im Namen der Mitglieder des Ausschusses bei Herrn Beigeordneten Neumann für die gute Zusammenarbeit.

zu 12 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

zu 13.1 Antrag auf Akteneinsicht in Vertragsunterlagen zur Herstellung von Wegen und Parkplatzflächen sowie zur Aufwertung eines Badestrandes im Bereich des Hufeisensees

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 5. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeisterin

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin